auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 350

2.11.1995

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir begrüßen Sie zu der neuesten Ausgabe der größten bundesweiten Wochenzeitung mit ehrenamtlicher Belegschaftsbeteiligung. Auch diese Woche werden wir Sie nicht enttäuschen. Ein vielfältiges Angebot brandneuer Informationen wartet darauf, gelesen zu werden.
Nun aber Ernst bei Seite. Kohl hat sich beim Zapfenstreich die Grippe geholt. Über 1000 GegendemonstrantInnen haben hoffentlich dazu beigetragen.
Zum doch abgedruckten "Moabitch"-Artikel, seiner Sprache und den darin erhobenen Vorwürfen verweisen wir auf den danebenstehenden Text.
So denn viel Spaß beim Lesen. Lest + lebt Interim! Radikal natürlich auch!

In Leipzig haben unbekannte Täter in der Nacht zum Montag einen Abrißbagger in die Luft gesprengt. Der Bagger sollte bei dem Abriß eines früheren Autonomentreffs eingesetzt werden. (AP)

Inhaltsverzeichnis

Ordner:

- Broschüre zur Umstrukturierung in Mitte und Tiergarten
- Demo zur Abschiebepolitik, HH 11.11.
- Stellungnahme von HbW
- Aufruf 3.10.-Demo (vorbei)
- 2. Antifaschistischer Sonntagsspaziergang in Hetendorf (vorbei)
- Zum Geburtstag von U. Meinhof (vorbei)
- Info zu Gary Lauck
- Info zu Jürgen Rieger
- Info zu Hetendorf 13
- Bella-Aufruf zum FrauenLesbenblock auf Kurdistan-Demo 18.11. Köln (war schon mal drin)



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Autonomer Einbruch

■ Rechtes Propagandalager ausgehoben

Düsseldorf (taz) – Ein Lagerraum einer Langenfelder Baumschule diente einschlägig bekannten Düsseldorfer Rechtsradikalen bis zum vergangenen Wochenende als verschwiegenes Verteilzentrum für rechtsextremistisches Propagandamaterial. Erst durch einen Einbruch von Autonomen („Kommando Conny Wessmann"), die einer Presseerklärung zufolge am vergangenen Samstag „über 5.000 seiten mit kundenlisten, anschriften etc" aus dem Lagerraum mitgehen ließen, stieß die Polizei auf diese Vertriebsstelle. Man habe, so ein Polizeisprecher, etwa eine halbe Lkw-Ladung von rechtsradikalen Schriften sichergestellt. Mieter der Halle war der Eigentümer des rechten Düsseldorfer „Lebenskunde"-Verlages, Kurt Winter (63). Gegen ihn hat die Staatsanwaltschaft inzwischen ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Verbreitung indizierter Schriften eingeleitet.

Neben Winter nutzte auch der frühere Manager der rechtsradikalen Skinhead-Band „Störkraft", Torsten Lemmer (26), die Halle zum CD-Vertrieb. Das „Kommando" will das geklaute Material „zu gegebenem zeitpunkt" öffentlich machen. Weiter heißt es in dem Schreiben: „wären die akten dem staatsschutz in die hände gefallen, wären sie wie so oft der öffentlichkeit vorenthalten worden ..."

j.s.

Junge Rechte in Mitte

■ Die rechte Wochenpostille „Junge Freiheit" residiert jetzt im Mosse-Haus. „Keine Provokation der Kreuzberger Antifa"

Die rechte Wochenpostille *Junge Freiheit* ist umgezogen. Seit dem 18. Oktober residieren Verlag und die achtköpfige Redaktion im Mosse-Haus in Mitte. In dem erst in diesem Jahr nach umfangreichen Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten fertiggestellten Gebäude, das um die Jahrhundertwende vom jüdischen Verleger Rudolf Mosse gebaut wurde, hat der rechte Verlag nach eigenen Angaben rund 185 Quadratmeter für eine Monatsmiete von 9.500 Mark angemietet.

Für den Chefredakteur und Geschäftsführer Dieter Stein ist der Umzug von Potsdam in das ehemalige Presseviertel der Hauptstadt ein Glücksfall. In die brandenburgische Landeshauptstadt sei „kaum eine Sau" zum Interviewtermin gekommen, meinte er gestern gegenüber der taz. Daß der neue Sitz, wenige Meter von der Grenze zu Kreuzberg als Provokation empfunden werden könnte, glaubt Stein nicht. Das Blatt war von der Antifaszene immer wieder heftig bekämpft worden. Schließlich, so Stein, habe man sich in den letzten Jahren „in steigendem Maße" anderen Standpunkten geöffnet.

Zu den Autoren des Blattes zählt unter anderem der frühere DDR-Bürgerrechtler und heutige Bündnisgrüne Wolfgang Templin, dessen Weg zur Redaktion nun verkürzt wurde: Templin arbeitet wenige hundert Meter vom neuen Verlagshaus der *Jungen Freiheit* entfernt im Mauermuseum am Checkpoint Charlie.

Spezielle Sicherheitsvorkehrungen hat der Verlag nach eigenen Angaben nicht getroffen. „Die Polizei ist über unsere Anwesenheit informiert, die Türen halten wir ansonsten immer schön geschlossen", so Stein.

Die 1986 in Freiburg/Breisgau von rechten Studenten gegründete „Junge Feiheit" war 1993 zunächst nach Moabit im Bezirk Tiergarten gezogen, hatte ihren Sitz aber im Herbst desselben Jahren in den Potsdamer Vorort Bornim verlegt. Das unter anderem vom CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer und vom rechten FDPler und Historiker Rainer Zitelmann unterstützte Blatt zählt nach Verlagsangaben offiziell 70.000 Druckexemplare. Die tatsächlich verkaufte Auflage dürfte jedoch weit darunter liegen, zumal die *Junge Freiheit* wegen Drohungen aus der linken Szene an vielen Kiosken nicht mehr geführt wird.

Der neue Kurs, mit dem liberale und konservative Kreise angesprochen werden sollen, hatte im vergangenen Jahr zu einem Machtkampf innerhalb des Verlags geführt. Während Stein blieb, mußten der zweite Geschäftsführer Götz Meidinger und der Kulturchef Andreas Molau gehen. Sie wollten, so Stein, „eher ein rechtes Ghettoblatt".

Severin Weiland

Dokumentation

Zu dem Einbruch von Antifas in einen rechtsextremen Verlag (jW berichtete) erreichte uns folgendes Bekennerschreiben:

es nützt die beste stahltür nix, wenn der schlüssel außen steckt. wir haben am 22.10. auf dem gelände der firma münch, krüdersheide 16, in solingen eines der größten faschistischen propaganda- und verteilerlager gefunden und besucht. dabei durften wir über 5000 seiten mit kundenlisten, anschriften, konten etc. mitnehmen, unter denen sich rechte aus allen bereichen wiederfinden.

in den wenigen stunden, seit sich die unterlagen in unserem besitz befinden, konnten wir uns einen ersten überblick verschaffen. mit deutscher gründlichkeit wurden über jahre hinweg bundesweite und internationale strukturen katalogisiert. in den akten befinden sich belege über finanzielle transaktionen, spenden, faschistische vertriebsnetze und strukturen, in denen u.a. die namen ra (*Rechtsanwalt, die Red.*) jürgen rieger, felicitas deubel, günther kissel oder thies christophersen zu finden sind, sowie anschriften von firmen und vertrieben. aus den unterlagen geht hervor, daß lemmer in den garagen nicht nur seine nazi-cd's lagerte, sondern vielmehr mit kurt winter zusammen ein faschistisches netzwerk aufbaute. außerdem befinden sich einige tausend anschriften von torsten lemmers rechter kundschaft.

wir werden zu gegebenem zeitpunkt die unterlagen der öffentlichkeit zugänglich machen. wären die akten dem staatsschutz in die hände gefallen, wären sie wie so oft der öffentlichkeit vorenthalten worden, wie z.B. im falle des solinger brandanschlages.
den faschistischen hetzern das maul stopfen!
KOMMANDO
CONNY WEẞMANN

conny wurde am 17.11.89 in göttingen bei einer antifaschistischen aktion von bullen in den tod getrieben.

(Satzzeichen: jW)

Kein Castor per Bahn

■ Bahn prüft Stopp nach Anschlägen

Berlin (AP/dpa) – Die Anschlagserie auf mögliche Transportwege von Atommüll in Castor-Behältern hat nach Angaben der Bahn seit Anfang 1994 insgesamt zwei bis drei Millionen Mark Schaden angerichtet. Der Hamburger Bahnsprecher Helmut Kujawa erklärte, allein die jüngsten Anschläge vermutlich militanter Atomkraftgegner am Dienstag auf Gleis- und Signalanlagen hätten einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark verursacht.

Die Bahn AG will jetzt verstärkt prüfen, ob sie künftig in Einzelfällen Castortransporte verweigern kann. Bahn AG und Bundesverkehrsministerium verhandeln nach Angaben aus dem Bonner Umweltministerium außerdem über eine sogenannte Haftungsfreistellung. Danach könnten Schäden, die bei Anschlägen entstehen, bei den Auftraggebern von Gefahrguttransporten wie den Castor-Behältern mit Atommüll geltend gemacht werden. Dann müßten die Stromkonzerne zahlen.

Unterdessen protestierten am Samstag in verschiedenen norddeutschen Städten wieder 500 Kernkraftgegner friedlich gegen die Atommüllagerung im niedersächsischen Gorleben und den Castortransport dorthin.

Schwerpunkt der friedlichen Portestaktionen war am Samstag der niedersächsische Landkreis Lüchow-Dannenberg, in dem das Atommüll-Zwischenlager liegt. Dort beteiligten sich insgesamt 300 Menschen an mehreren Aktionen. Etwa 125 Atomgegner protestierten in Kiel, 25 in Lübeck und 20 in Kassel gegen Castortransporte.

Die ursprünglich für diesen Herbst geplanten Atommülltransporte aus Gundremmingen (Bayern) und dem französischen La Hague sind auf 1996 verschoben worden. Bisher steht in Gorleben ein Castor, der unter starkem Polizeischutz eingelagert wurde.

■ Anti-Atom

Neue Demos

Lübeck (dpa) – In Kiel und Lübeck demonstrierten am Sonnabend anläßlich eines bundesweiten Aktionstages AtomkraftgegnerInnen gegen weitere Castor-Transporte. Die Protestaktionen verliefen nach Polizeiangaben ohne größere Zwischenfälle. In Kiel versuchten 25 Atomkraftgegner, einen Intercity nach Hamburg an der Ausfahrt zu hindern, indem sie sich am Bahnsteig gegen den Zug lehnten. Bahnpolizei und Polizei hätten die Castor-Gegner ohne Widerstand von ihrer Aktion abbringen können, betonte ein Polizeisprecher. Anschließend habe ein Kreis von 70 Atomkraftgegnern eine Stunde in der Innenstadt gegen Castor-Transporte und „Polizeistaat" demonstriert. In Lübeck demonstrierten 130 Jugendliche gegen die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie.

Verteiler: Berliner Presse, Lokalredaktion
Info-Radio/SFB Abendschau
dpa/ADN/AFP



PRESSEERKLÄRUNG UNABHÄNGIGER ANTIFASCHISTISCHER GRUPPEN BERLIN

-Verdecktes Neonazitreffen am 29.10.1995 um 16.00 Uhr im Restaurant JANUS, Ordensmeisterstraße 57, 12099 Berlin Tempelhof, Tel. 751 3114.
- Antifaschistische Gruppen erheben Einspruch.
-Inhaber des JANUS zur sofortigen Kündigung der Räume aufgefordert.

Für einen harmlosen "Literaturkreis" reservierte das langjährige Ex- FAP-Mitglied Heiko Luge im bürgerlichen Restaurant JANUS ein Hinterzimmer, in dem am Sonntag das erste Berliner Lesertreffen der nationalrevolutionären "Staatsbriefe" stattfinden soll

Die "Staatsbriefe" sind eine rechtsextremistische Zeitschrift, in der seit mehreren Jahren auf mittlerem intellektuellen Niveau über den Umsturz des "Systems" und die Einrichtung einer faschistischen Diktatur debattiert wird. (Seite 2)



Gegenwehr!

Wir haben am Samstag nachmittag Gäste und Belegschaft des JANUS mit anliegendem Flugblatt über die Hintergründe des "Literaturkreises" informiert und den Inhaber der Gaststätte, G. Zimmermann, zur Kündigung der Räume aufgefordert. Anmelder Luge hat ihn über die Risiken der Veranstaltung im Unklaren gelassen. Immerhin mahnt er in der Einladung zu "äußerster Diskretion" und weiß, daß die "Staatsbriefe nicht nur Freunde haben".

Unsere Aktion wurde sehr positiv aufgenommen, einige Gäste solidarisierten sich. Es stellte sich heraus, daß der Raum schon einmal, im Juni dieses Jahres, von Neonazis gemietet wurde, woraufhin es zu Beschwerden über rechtsradikale Grölereien kam. Die Belegschaft unterstützt unsere Forderung, konnte aber über die Raumvergabe keine Entscheidung treffen

Der Inhaber wollte sich bis zum späten Samstag nicht zur Kündigung der Räume entschließen. So besteht die Gefahr, daß morgen Abend wieder Naziparolen durch die Ordensmeisterstraße hallen, wenn wir das "Lesertreffen" nicht anders verhindern können.




Unterstützen Sie unseren Widerstand gegen die braunen "Denker"!
Helfen Sie uns, sie an das Licht der Öffentlichkeit zu zerren!

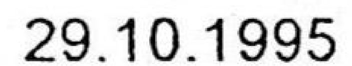
Unabhängige Antifaschistische Gruppen, Berlin, 28.10.1995

SONNTAG:

Ob das Treffen durch unsere Aktion tatsächlich verhindert wurde, läßt sich noch nicht sagen. Immerhin haben wir erreicht, daß die Nazis eindeutig geoutet wurden und sich die "positiven Erfahrungen mit den frühjährlichen Lesertreffen in Leipzig"(Heiko Luge in der Einladung) nicht auf den "Berliner Raum" übertragen ließen.

Das JANUS glich am Sonntag einer Festung: Alle Fenster fest verrammelt, vor der Tür ein Pulk von ca. 15 Rechten, von denen bisher ein Charlottenburger REP-Ex-Verordneter und aggressiver Ordner am Rande von REP- Veranstaltungen in Charlottenburg und Moabit, identifiziert wurde. Die stämmigen Jungdeutschen spähten erfolglos nach anstürmenden ChaotInnenhorden und wirkten verstört.

Rund um die Kneipe waren mindestens sechs Polizeifahrzeuge im Einsatz, um die antifaschistische Gegenaktion, mit der offenbar fest gerechnet wurde, zu verhindern. Der Betreiber der Gaststätte, G. Zimmermann, hat voll auf die Zusammenarbeit mit Polizei und Rechten gesetzt. Anders als die Belegschaft, die sich für den Rausschmiss der Nazis aussprach, bot er ihnen Schutz.


29.10.1995

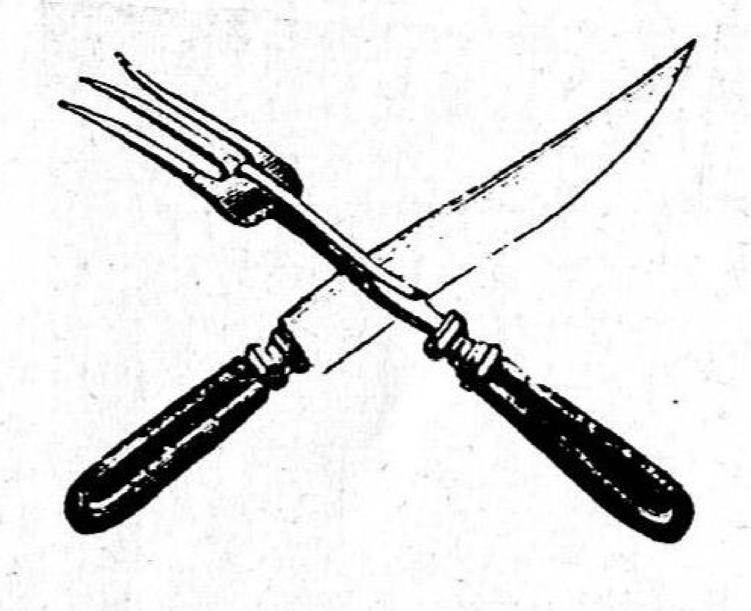









KEIN RAUM FÜR FASCHISTEN!



Liebe RestaurantbesucherInnen, liebe Angestellte,

hier, im Restaurant "JANUS" in der Tempelhofer Ordensmeisterstraße 57 findet morgen, Sonntag den 29.10.1995, 16.00 Uhr, ein "Lesertreffen" der "Staatsbriefe" statt.

DIE "STAATSBRIEFE" SIND EINE RECHTSRADIKALE IDEOLOGIEPOSTILLE!

Die Zeitschrift veröffentlichte z.B. das "100 Tage- Programm" des rechtsradikalen Ideologen Dr. Reinhold Oberlercher, in dem er die Gründung einer diktatorischen nationalen "Notstandsregierung" propagiert. Heiko Luge, der zu dem morgigen Treffen einläd, war jahrelang Mitglied der inzwischen verbotenen FAP. Seit März 1995 organisiert er einen "Schulungszyklus" zur "Neuordnung Deutschlands" und leitet zusammen mit Helge Drescher, Redakteur der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden rechtsextremen Wochenzeitung "Junge Freiheit"(JF) das "Deutsche Kolleg", in dem nationalrevolutionäre Theoriearbeit für die faschistische Machtübernahme geleistet wird.



Nach dem Plan der Neonazis soll der "Lesertreff" eine Dauereinrichtung werden. Das muß von Anfang an verhindert werden!

Faschistische Organisationen, wie die Republikaner, die NPD oder die Deutsche Liga(DL), sind als Drahtzieher und Brandstifter ausländerfeindlicher und antisemitischer Übergriffe in der Öffentlichkeit relativ bekannt. Anders die "Lesezirkel" oder "Kolleg" genannten Tarnorganisationen, die praktisch und ideologisch Knotenpunkte im rechtsextreme Netz darstellen.

Dort werden Konzepte und Strategien entwickelt, und der Austausch zwischen dem klar zu identifizierenden faschistischen Lager und einem Spektrum, das sich als konservativ bezeichnet, ermöglicht. Die Politik der Gruppen, die sich als "nationalrevolutionär" bezeichnen, zielt darauf ab, hier faschistische Gesellschaftsverhältnisse durchzusetzen.



Braunzone: die Vernetzung der neuen Nazis

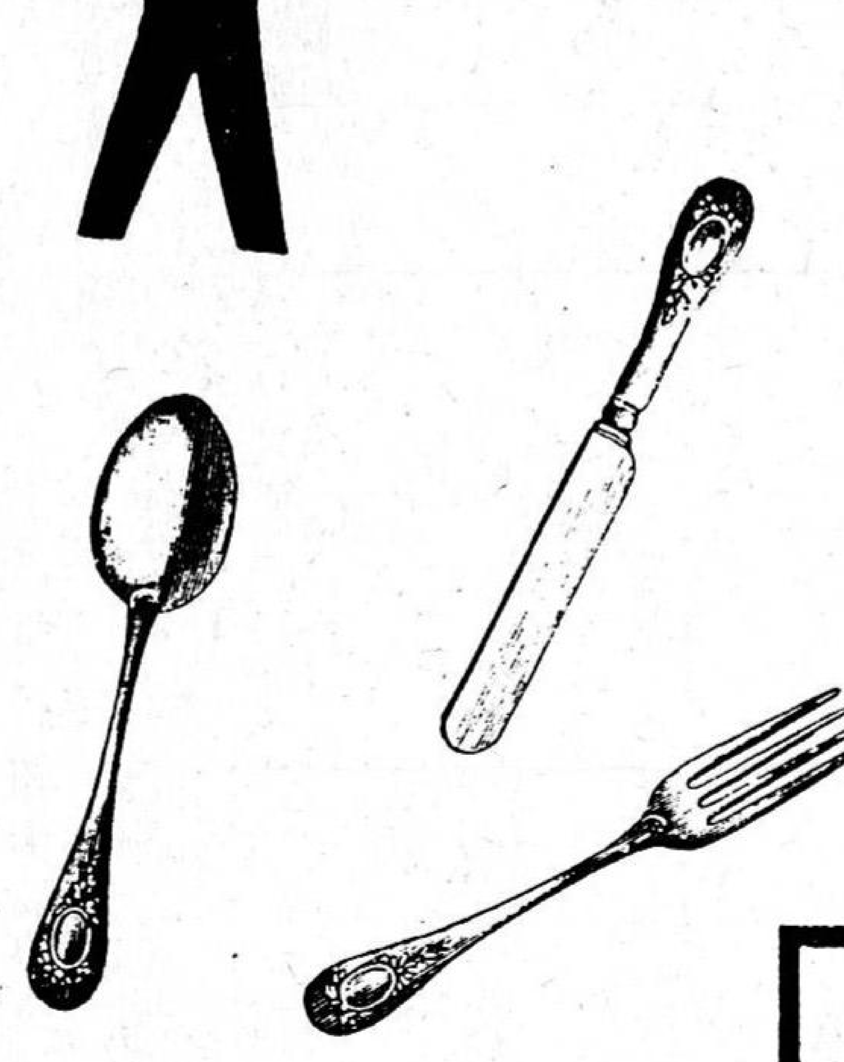
Die "Staatsbriefe" dienen als Organ einer braunen Vereinigung von Akademikern, die sich in der DESG (Deutsch-Europäische Studiengesellschaft) organisiert haben, um theoretische Fragen des Umsturzes zu erörtern. Sie wollen dazu das bekannte faschistische Modell modernisieren. Die DESG veröffentlichte in den "Staatsbriefen" folgende Grundsatzpapiere: "Weltordnung des Europas der Völker" (11/91), "Programm der Reichsdeutschen Bewegung" (1/91) "Reichsverfassungsentwurf" (1/92).

Die Organisation richtet seit 1991 in Berlin jeweils zweitägige Tagungen aus, zu denen rechtsextreme "Denker" aus ganz Europa anreisen. Die Referenten bewegen sich in einem Organisationsspektrum von Republikanern bis zur DL. Neben Dr. Oberlercher und vielen anderen war im April 1991 auch der Berater des östereichischen "Führers" Haider anwesend, um über die Entwicklung im Nachbarland zu berichten, in dem Haiders "Freiheitliche" inzwischen zweitstärkste Partei ist.

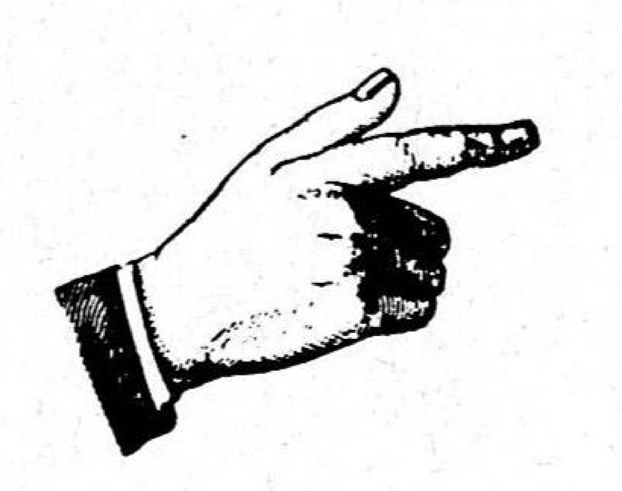
Fast alle Referenten sind Autoren in der "Jungen Freiheit", einer modernen rechtsextremen Wochenzeitung mit angeblich 40000 Exemplaren Auflage, die dank antifaschistischen Eingreifens meist unter der Theke verkauft wird. Über die JF spannt sich ein Bogen von der CDU, deren Rechtsaußen Lummer,- dort Autor ist, bis hin zu offenen Nationalsozialisten.

Liebe RestaurantbesucherInnen, liebe Angestellte-
wir denken, daß auch Sie nicht damit einverstanden sind, daß das "JANUS" von Rechtsradikalen als Treffpunkt genutzt wird. Wir bitten das Management, den Raum für morgen abzusagen und sich von den Organisatoren zu distanzieren. Zeigen wir den "Staatsbriefen" morgen gemeinsam, daß das "JANUS" keine Adresse für sie ist!

Unabhängige Antifaschistische Gruppen, Berlin, 28.10.1995



Quellen: "Was geht ab?"Aktuelle Antifa-Doku, PF 110331, 10833 Berlin
"Braunzone" Recherche zur rechten Denkfabrik, 1993, Hg: AIM, PF 210235 Berlin
"Antifa-Informationen gegen die JF" 1993/94, Antifa-Versand,Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin



3. Antifaschistischer Sonntagsspaziergang
gegen das faschistische Schulungszentrum Hetendorf 13.

Dafür treffen wir uns am **17. Dezember** 1995, **diesmal schon um 12.00 Uhr,** in Bonstorf (Ortsmitte).
Nach dem Sonntagsspaziergang fahren wir gemeinsam zum ehemaligen Konzentrationslager Bergen - Belsen um dort eine Kundgebung zu halten.

Bündnis gegen Rechts Initiative zur Schließung des rechtsextremen Schulungszentrums in Hetendorf
c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29205 Celle
Für unsere Arbeit brauchen wir viel Geld (Plakate, Flugblätter usw.) deshalb spendet bitte auf das Konto: Info-Treff, Stichwort 1995, Postbank Hannover, BLZ 25010030, KontoNr. 384862-302.

Entgegnung auf den Text von Klara Franke "Freitag der 13. - ein Glückstag für Helmut und die Baumafia"

Liebe Klara und andere Interessierte!

Als Mitarbeiterin des Bündnisses Anti - Tunnel - GmbH und als Anarchistin kenne ich die Position zwischen den Stühlen und schätze sie: sie relativiert die eigene Sicht der Dinge.
Dein Brief ist eine Chance und ein Ärgernis. Ärgernis deswegen, weil er wieder einmal die alte Wahrheit bestätigt: Wenn über längere Zeit kein Land in Sicht ist, haut jeder mit dem Ruder auf den Bootsnachbarn ein.
Abgrenzung - in diesem Fall gegen "Ökos" - hat nach meiner Erfahrung weniger mit tatsächlichen inhaltlichen Differenzen zu tun, als mit der eigenen Eitelkeit. Wer ist das überhaupt, die "Ökos", deren Arbeit Du so unhinterfragt diffamierst, und wer ist Dein "wir"? Nach Deiner Beschreibung sind "Ökos" Leute, die nicht wissen, wo der Feind steht, Leute,die feige und devot vor dem Feind (den Bullen) kuschen und völlig perspektivlos in Unkenntnis sinnlose Dinge tun (z. B. gegen die Tunnel klagen). Deine Verachtung gegen diese Leute (die es meiner Meinung nach gar nicht gibt, schon gar nicht in dieser Einheitlichkeit) sagt in erster Linie etwas über Dich aus: Du hinterfragst Deine eigenen Positionen nicht und mit Lösungsansätzen anderen willst Du Dich nicht beschäftigen.
Deine Arroganz untermauerst Du mit Spekulationen, die einer Überprüfung nicht stand halten. (Hier zwei Richtigstellungen: So ist die Behauptung, die Demo sei bewußt und in enger (?) Absprache mit den Bullen terminlich und räumlich so gelegt, daß sie den Kanzler auch ja nicht stört, schlicht falsch. Als wir die Demo angemeldet und bekannt gemacht haben, - aus meiner Erfahrung geht das nicht kurzfristig, zumal in Zeiten linkspolitischer Flaute - stand der Ablauf des Kanzlerbesuchs noch gar nicht fest. Den Termin haben wir gewählt, um möglichst vielen Leuten die Teilnahme zu ermöglichen, auch Schülern und Leuten, die zu regelmäßigen Terminen arbeiten. Ich will nicht darauf eingehen, welche Lehren "Ökos" nun aus den Oberbaumbrückenaktionen gezogen haben mögen, ich denke, jedeR eine andere. Aber bitte nimm auch die Leute ernst, die die Lorbeeren des Straßenschlachtfeldes nicht für so erstrebenswert halten, wie Du vielleicht selbst.) Aber das ist nicht so wichtig.
Wichtiger scheint mir, über die Chance zu sprechen, die Dein Text birgt. Es ist die Chance der Diskussion und Annäherung, die Möglichkeit, aus den ganz vielen verschiedenen Denkansätzen der am Widerstand gegen die Tunnel beteiligten Menschen und Gruppen zu lernen und gemeinsam eine Perspektive zu entwickeln. Das geht aber nur, wenn man sich auf die anderen Erfahrungen und Ideen einläßt und ihnen mit Achtung begegnet.
Das beginnt schon bei der Überlegung "was ist machtvoll?". Können wir heute überhaupt eine "machtvolle" Demonstration gegen den völlig abgeschirmten Kanzler machen und wollen wir das? Auf welcher Ebene wollen wir "mächtig" sein? Es gibt viel mehr Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen auf die Stadtentwicklung, als die der Autonomen der 80er Jahre (ist das das "wir", auf das Du Dich beziehst?), auch wenn diese damals gut war. Wichtig ist die Fortentwicklung der Widerstandsformen, und das geschieht, denke ich, am effektivsten unter Berücksichtigung aller vorhandenen Erfahrungen, auch denen jenseits des eignen Tellerrandes.



Zum Beispiel gibt es Leute in der Anti - Tunnel - GmbH, die von der Auseinandersetzung mit Kanzler und Bullen gar nichts halten. Nach deren Erfahrung werden die Entscheidungen in der Verwaltung getroffen und dort sehen sie hauptsächlich ren Ansatzpunkt. Deren "Kampf" findet ganz ohne Spektakulum und Bauchgribbeln statt und deswegen scheint er Dir so spießig. Aber tatsächlich verdanken wir es nur diesen Leuten, daß es heute da, wo die Entlastungsstraße ist, keine Autobahn gibt. Ihr Erfolg, ihre "Macht" liegt in ihrer Ausdauer.
Verachtest Du diese?



Dann gibt es die Leute, die Fachkompetenz erwerben oder zur Verfügung stellen, um dem Widerstand den Inhalt zu geben. Die die Umweltgutachten des Senats widerlegen können und sozial- und umweltverträglichere Eisenbahnkonzepte vorlegen können.
Verachtest Du diese?



Dann gibt es welche, die sich damit beschäftigen, die ganzen Bauvorhaben noch im Stadium der Planung an die Öffentlichkeit zu zerren, Aufklärung zu machen über die Diskrepanz zwischen Hochglanzbroschüren und Wirklichkeit. Die versuchen, das Thema auch außerhalb der Gemeinde Gleichgesinnter bekannt zu machen und zu diskutieren. Ohne diese würde der Tunnel unbeachtet abseits der Öffentlichkeit durchgezogen werden.
Verachtest Du diese Leute auch?

Außerdem gibt es Leute, die versuchen, die Gefährdung des Tiergartens erfahrbar zu machen, durch Kunstaktionen, durch Trassenwanderungen, durch Tribunale, durch Baumpatenschaften. Lächerlich? Auch in den Emotionen der Menschen steckt Kraft. *Verachtest Du diese?*



Dann gibt es auch Leute, die immer wieder mit kleinen Aktionen auf das Projekt und seine Schädlichkeit hinweisen bis hin zu "militanteren" Aktionen wie der Besetzung der Kleingartenkolonie Lehrter Straße.
Willst Du auch diese verachten?

Dann gibt es welche, die in mühseliger Kleinarbeit die juristischen Schwachpunkte des Projekts herausarbeiten. Dies für aussichtslos zu halten, ist Dein gutes Recht, aber eben nur eine Meinung.

Deswegen diese Leute verachten?

An dieser Stelle würde ich nun gerne auf den Beitrag der autonomen Szene eingehen, aber es hat ihn leider (noch?) nicht gegeben. Trotz einiger Versuche hat die Anti - Tunnel - GmbH es nicht geschafft, diese Leute für das Thema zu interessieren, obwohl ich persönlich den Hauptstadtbau & Co für wesentlich gravierender halte als Olympia.

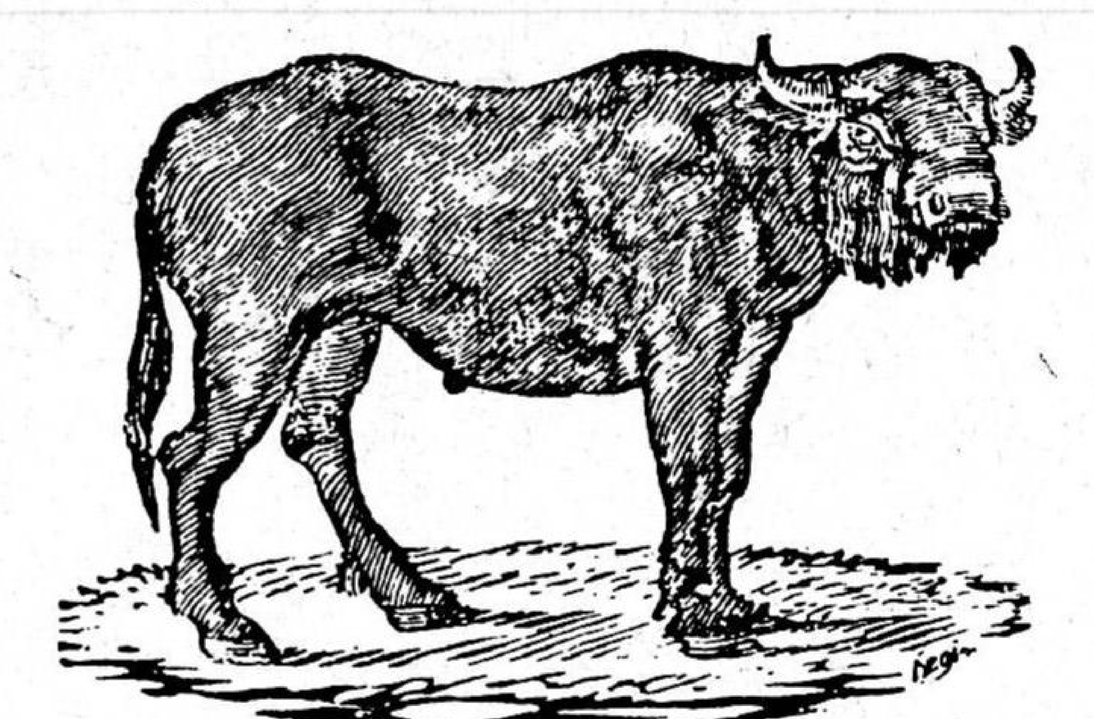
Jeder dieser Ansätze für sich allein genommen ist zu wenig, alle zusammen sind gut und wenn das Ganze bereichert würde durch die Erfahrungen und Ideen der radikalen Linken aus Hausbesetzerzeit, Blockaden und Widerstandscamps, wäre es großartig. Aber dafür ist ein offenes auf - einander - Zugehen Bedingung, und das fällt in Zeiten politischer Schwäche allen Gruppen gleichermaßen schwer.

Die Anti - Tunnel - GmbH war bis jetzt immer für alle offen, die mitmachen wollten, wir haben außer der ÖDP niemanden abgewiesen. Ihre Aktivitäten sind nur so gut wie die Leute, die mitmachen, es verstehen. Es liegt also auch an Dir, daß sich das Bündnis in Deinem Sinne weiterentwickelt.

Ich lade Dich und alle anderen Interessierten zum nächsten Treffen ein:
Wir treffen uns
Mittwoch, den 1. November im A - Laden, Rathenower Straße 22,
fon/fax 394 61 67, U - Bahnhof Birkenstraße,
um 17.00 Uhr besprechen wir mit den BaumpatInnen
das Vorgehen gegen die drohende Rodung,
um 19.00 Uhr ist das normale Plenum.
Denk Dir was Gutes aus gegen die Baumfällung, vielleicht kann das ein Anfang sein für eine neue autonome Kampagne.

FREIHEIT • LIEBE & GLÜCK!
CAROLINA!







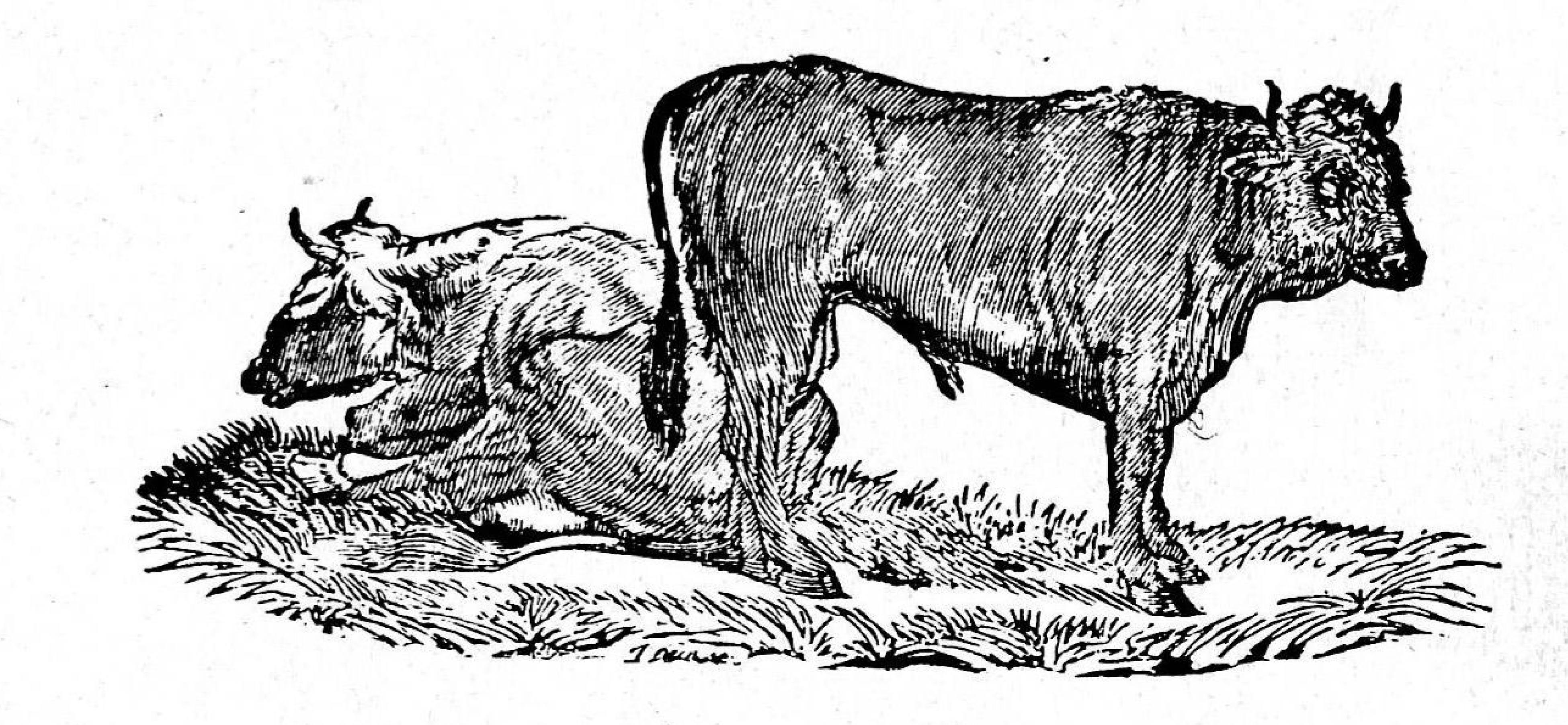


DOKUMENTATION ZUR ZERSTÖRUNG DER BERLINER INNENSTADT!

In der Berliner Innenstadt regieren Abrißbirne und Bagger! In wenigen Jahren soll ein völlig neues Stadtzentrum entstehen, die Folge für die BewohnerInnen der Innenstadtbezirke ist dabei nicht von Bedeutung, deren Meinung dazu schon gar nicht. Beim Anarchistische Laden Moabit gibt es eine kleine kommentierte Broschüre- ***Von der Kulturlandschaft zur Großbaustelle -****, in der alle Abriß-, Abholz- und Neubauvorhaben rund um den und im Großen Tiergarten auf der Karte und im Text dargestellt werden.*

Für 1.50,-DM Rückporto in Briefmarken (am liebsten auf einem A5 - Briefumschlag mit Adresse) kann das Heftchen bestellt werden bei

Anarchistischer Laden Moabit
z. Hd. Andre'/ Carolina
Rathenowerstraße 23
10559 Berlin
oder
Anti - Tunnel - GmbH
Friedrichstraße 165
10117 Berlin



MO@BITCH MO... MO@BIT
MO@BITC... @BIT
MO@BIT ... @BIT
MO@BIT... MO@BIT
MO@BITCH MO@BITCH MO@BIT

2. aufzäumen; zügeln; 3. pret. von bite 2.
bitch [bitʃ] 1. Hündin f; V Hure f; ~ fox Füchsin f; ~ wolf Wölfin f; 2. verpfuschen.
bite [bait] 1. Beißen n; Biß m; Bissen m, Happen m; Anbeißen n; Haften n; 2. (irr.) beißen;

R@t der FREIEN REPUBLIK MO@BIT im Exil

Ja seid ihr denn alle vom Wilden Affen gebissen?!! ZENSUR in der ***Interim***, ein ganz neues Kapitel des Vorfalls autonomer Sitten. In der Ausgabe 349 vom 26. Oktober 1995 wurde auf den Seiten 26/27 von offenbaren Englischstümperlnnen lächerlicher- und moralinsauererweise unser Name *zensiert* (siehe **eingeschwärzte** Stellen: "CH"). Hier für die ganz Dooooofen: Laut dem guten alten "LANGENSCHEIDT" hat "*bitch*" verschiedene Bedeutungen, an *erster* Stelle "*Hündin*". Da aber offenbar die Blödheit Triumphe feiert und mensch als wandelnder Doppelwhopper nur noch die "dirty" speakings kennt, und das (verklemmte) Denken sowieso versaut ist, hat mensch wohl das umgangssprachliche "*Hure*" interpre*tiert* (siehe Ausriß - V = vulgär, *vulgar*).

Ausreißen könnte mensch vor dieser Art von "Saubermännern und -frauen", die sich am Ende nur selbst entlarvt: als dämlich. Selbst wenn mensch "*Hure*" gemeint *hätte*, so what?! Da wärt Ihr aber ganz schön in Deut(sch)ungssnöten. Ham wa abba nich!

Gemein(t) war mit dem Wortspiel die Assoziation an eine dahergelaufene, unangepasste, vielleicht etwas räudige und, na klar, bissige Straßentöle, die sich in den (Über)Lebenskämpfen auskennt und wo's sein muß auch mal zuschnappt, laut kläfft, knurrt und die Zähne zeigt. Allet clean?, Herr/Frau *interimp* ?

Wenn't nich allet so traurich wär' könnt ma sich schlapp lachen.

TRAURICH, TRAURICH, TRAURICH, is abba noch wat janz anners: **unsere schöne Republieke is nämmich dem Erdboden gleich gemacht worden.** Die Betonköppe ham die Planierraupe drüber jejaacht. Die BI LEHRTER STRASSE hatte zwar ihre Vor-Ort-Büro-Hütte nach den schweren Polizeivandalierungen vom 21.10. wieder instandgesetzt (rausgetretene Türen und Fensterkreuze wieder eingesetzt, abgerissene Fensterläden wieder drangeschraubt etc.), aber am 26.10. kam ohne Vorwarnung der Bulldozer und hat alle Hütten und Wägen völlig plattgewalzt. Das Gelände wird seit der Räumung flächendeckend von der "Schmiere" bewacht und Personenkontrollen werden durchgeführt. Am Tag nach der Räumung dürften an die 20 Wannen und Sixpacks, sowie etliche uniformierte und zivile Streifen an und auf dem Gelände gewesen sein. Was uns zu der Forderung veranlaßt: det wolln wa jetz imma so! Keen freiet Weekend mea füa de jrünen Söldnas!! Sorgen wir für Vollbeschäftigung !!! Es gibt noch viele Baustellen in Berlin zu bewachen. Wieviel Millionen Bullen braucht unmensch wohl dazu? Wieviel zusätzliche Milliarden Baunebenkosten? Wenn'se uns von unsere Re-pub-lieke nur noch'n Pub lassn, zei'jn wa ihn' wenichstens det uns det stinkt, un' stänkan wo wa könn'. De nächste Jelejenheit dafor is de *Mainzerstraßendemo*: MAINZ WIE ES STINKT UND KRACHT ! Un' wea die vapaßt findt bestimmt noch'n Bauzaun sons' zum Drannepinkeln.

Some daughters and sons of the MO@BITCH FREE REPUBLIC

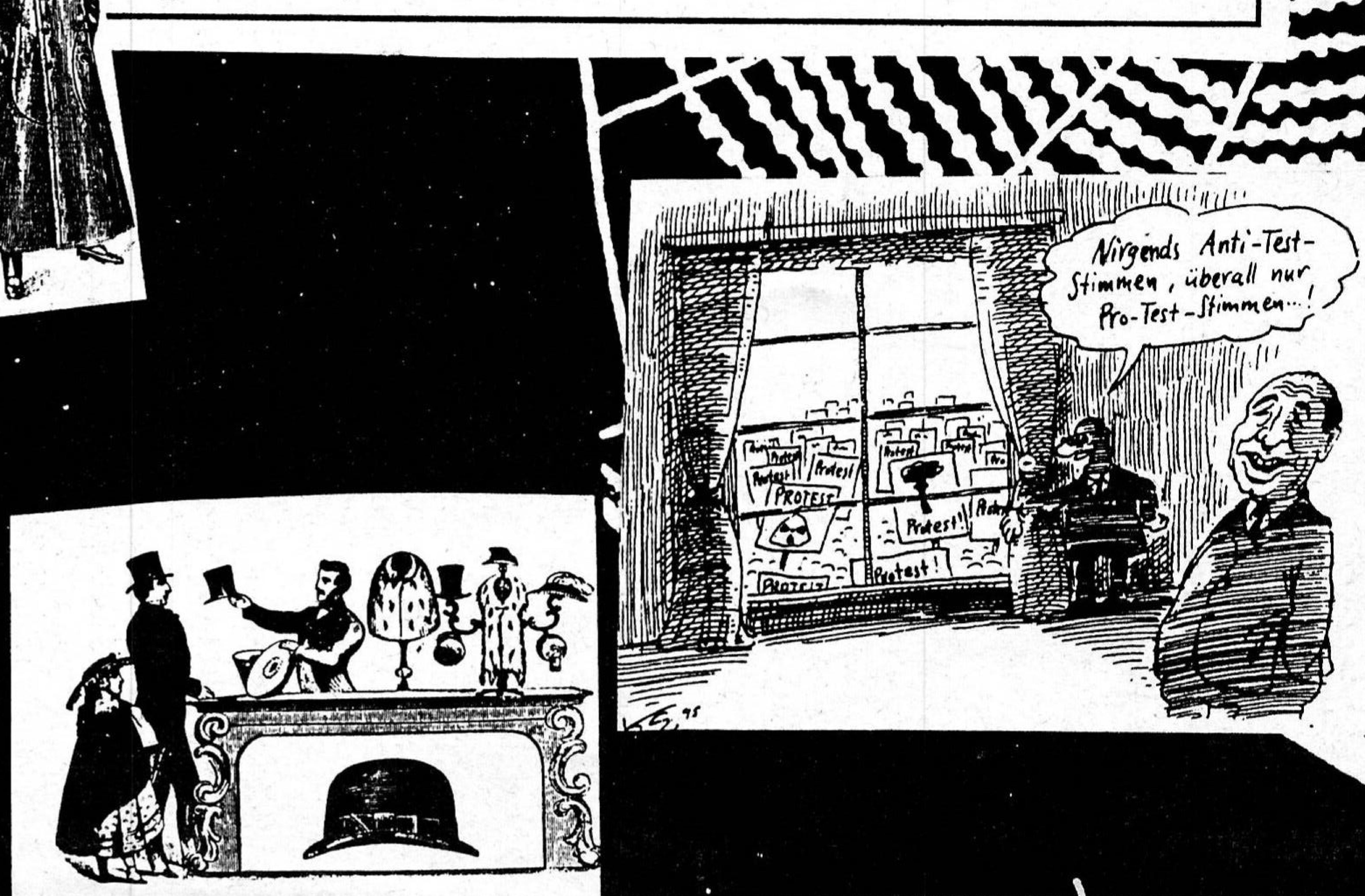
E@T THE Reich !

Weder ZentralWAHNhof noch *Gier*gartentunnel!!

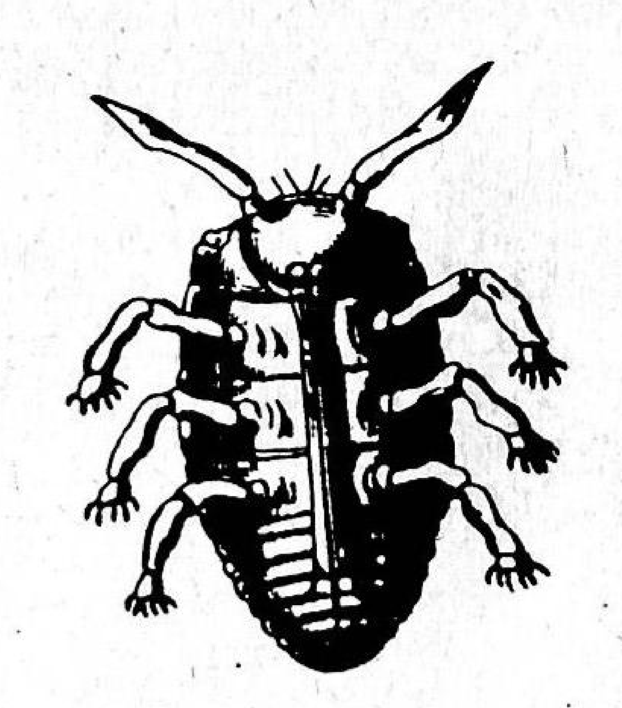
Nix jeschnallt, wa...?

Wir wenden uns hiermit an die "Sons of the MoaBITCH Free Republic" und nicht explizit an die "daughters", weil wir die Dokumentation des "Moabitch"-Beitrages als eine Möglichkeit sehen, unter Männern eine Auseinandersetzung über (unseren) sexistischen Sprachgebrauch anzuregen.
Ihr scheint das wohl cool zu finden, ganz im sexistischen hardcore- und hiphop-Jargon flockig locker daherzukommen. Wer die Bedeutung von "bitch", "son of a bitch", etc. nicht im Zusammenhang mit der Abwertung von Frauen sieht, bzw. sogar noch die (linguistische) Gleichstellung von Hure mit den einer Hündin zugeschriebenen Eigenschaften unhinterfragt thematisiert, befindet sich schlichtweg auf dem patriarchalischen Holzweg.
Wir sehen die Sprache in Verbindung mit patriarchalischem Bewußtsein/Verhalten als eine Ausdrucksform und Mittel von dieser Herrschaft.
Nun leider gibts in der Szene genug Männer, die Kritik an ihrem sexistischen Wortschatz als moralinsauer und lächerlich betrachten. Der Spirit von Easy-Rider, Mackerfreiheit und "Fuck you-son of a bitch"-Sprücheklopferei scheint wohl die "coole" Gegenreaktion auf den Versuch einer konstruktiven Sexismusauseinandersetzung unter Männern zu sein.
Daß wir nicht jeden (rassistischen, sexistischen oder anderen) Müll abdrukken, bringt eine bestimmte Auswahl der abzudruckenden Texte zwangsläufig mit sich. Irgendworan sollte sich ja schon festmachen können, daß diese Zeitung ein Forum für autonome Gegenöffentlichkeit (und d.h. "ganz platt" natürlich für antikapitalistische, antisexistische und antirassistische Inhalte) sein will. Was für Euch "Zensur" ist, sehen wir als Bemühen, diese bzw. unsere Ansprüche einzulösen.

einige Männer aus der Interim.

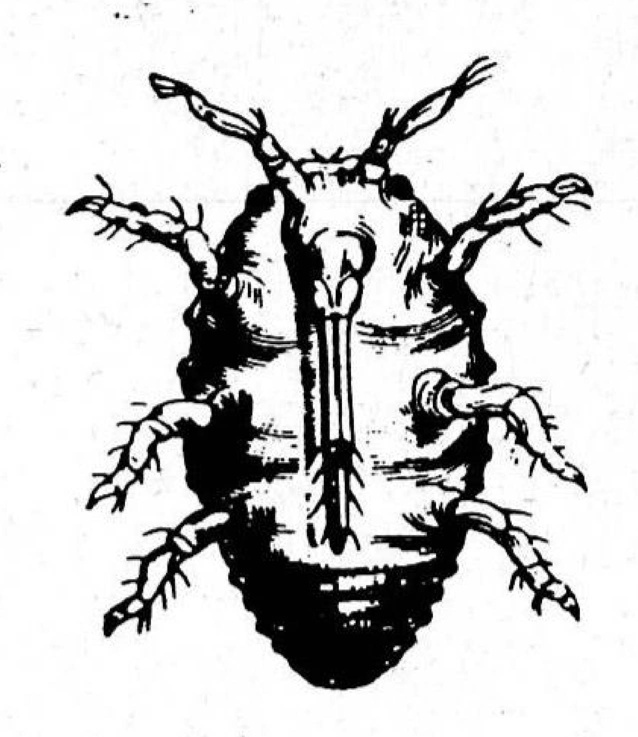


Plädoyer für eine Herbstoffensive '95

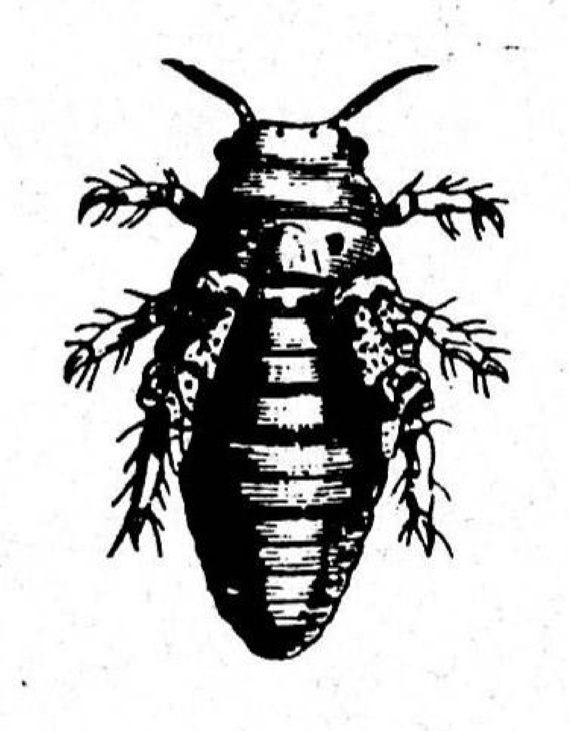


Der Spatenstich zum Tiergartentunnel war ein weiterer Schritt beim Umbau Berlins zur Hauptstadt bzw Yuppie- und Beamtenmetropole. Wie schon bei ähnlichen Anlässen zuvor gab es auch diesmal wieder Demos, die allerdings was Teilnehmerzahlen und Stimmung betrifft, äußerst kläglich abliefen. Mit Fortgang der Bauarbeiten ist zu befürchten, daß Proteste seltener werden und spätestens bei Eröffnung des Tunnels die Betroffenen mit einem Gefühl der Hilflosigkeit und Resignation zurückbleiben.
Zu umfassend sind die Umstrukturierungsprozeße in Berlin, als daß irgendwer in dieser Stadt sich ihnen entziehen könnte. Gleichzeitig entwickeln sie sich mit einer Dynamik, die bisher die Formulierung radikaler Gegenpositionen und die Entwicklung eines breiteren Widerstands verhindert hat.

Jetzt, da einige der Dienstleistungszentren in der Stadt kurz vor ihrer Fertigstellung stehen, wird immer offensichtlicher, daß die in den letzten Jahren großspurig verkündeten Pläne der Investoren keine Perspektive für die meisten Menschen in dieser Stadt darstellen. Von der "exclusiven Einkaufsmeile" in der Friedrichstraße etwa ist nicht mehr geblieben als ein potemkinsches Dorf mit dekorierten Schaufenstern. Die Diskrepanz, die sich hier zwischen Vision und trauriger Realität auftut, ist mittlerweile auch Thema in bürgerlichen Medien.

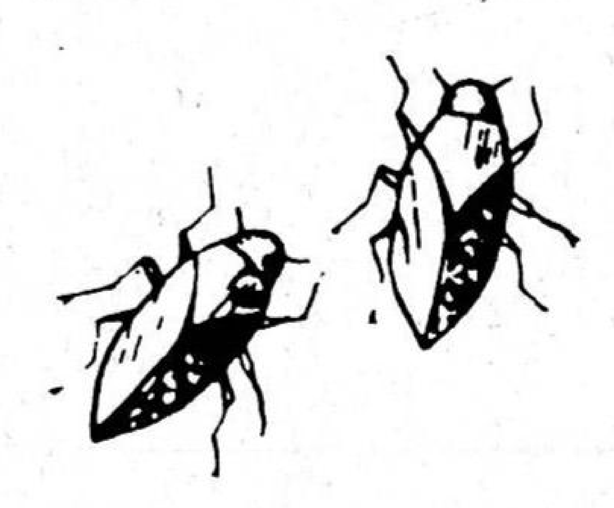


Was gegenwärtig in Berlin geschieht, ist nichts anderes als die Zurichtung der Stadtmitte, des eigentlichen kommunikativen und sozialen Zentrums einer Stadt, ausschließlich nach den Bedürfnissen/Interessen von Großkapital, Regierungsinstitutionen und ihrer Funktionsträger.
Zwischen Unter den Linden und dem Checkpoint Charlie entsteht z.B. eine Geisterstadt mit 450.000 qm Bürofläche und 63 Alibi-Appartements. Nach Schätzungen der Immobilienbranche werden bis Ende des Jahres in Berlin voraussichtlich 3 Mio qm Büro- und Dienstleistungsflächen auf dem Immobilienmarkt angeboten. Dieses Oberangebot führt dazu, daß nur die Hälfte der für die Großprojekte kalkulierten Mieten von 60 bis 80 DM pro Quadratmeter erzielt werden können. Daß trotz dieser Entwicklung auf Teufel komm raus weitergebaut wird, zeigt daß vorübergehender Leerstand für die Investoren kein Problem darstellt. Mit Subventionen (Erlaß der Parkplatzabgabe für Daimler und Sony, Verwendung von Geldern für den S-Bahn-Bau zum Bau des Tiergartentunnels...) durch Senat und Bund, sowie steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten sahnen sie auch so kräftig ab. Außerdem hoffen sie, im Zuge der Hauptstadtentwicklung, ihre Paläste in absehbarer Zukunft doch noch zu vermieten.



Aus diesem Grund versuchen die Investoren und ihre Lakaien in Senat und Marketinggesellschaften, den buntschillernden Hauptstadttraum mit großem finanziellem und propagandistischem Aufwand am Leben zu erhalten. Gleichzeitig soll so von der durch den Senat betriebenen Umverteilungspolitik und der tiefgreifenden Umstrukturierung der Kieze abgelenkt werden. Wachsende Armut, Obdachlosigkeit, die Kürzung von Jugend- und Sozialprogrammen, Mietsteigerung und die Zerstörung bezirklicher Infrastruktur sind die spürbaren Folgen.
An die "Vision" der prosperierenden Weltmetropole, die Wohlstand und Arbeit für alle bringt, glauben die Hauptakteure in Politik und Wirtschaft sowieso nicht. Entscheidend ist vielmehr, daß die Hauptstadtpropaganda verfängt und die Umstrukturierungsprozeße weiterhin reibungslos ablaufen.

... die soziale Situation der Menschen werden begleitet durch Ausgrenzung und Kriminalisierung sogenannter Randgruppen und Minderheiten. Die Vertreibung Obdachloser und Junkies von öffentlichen Plätzen, die Räumung von Wagenburgen, die Verfolgung und Abschiebung von VietnamesInnen, um hier nur einige Beisiele zu nennen, dienen der sozialen und rassistischen Spaltung der Gesellschaft.



Für uns, als radikale Linke, bedeutet diese Entwicklung neben der Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen auch eine Bedrohung unserer persönlichen und kollektiven Lebens(t)räume und Strukturen. Gerade deshalb sollten und müssen wir uns Gedanken über die Entwicklung von Gegenstrategien machen.

Ein Ansatzpunkt könnten die zahlreichen Großprojekte in der Stadt sein. Sie verkörpern eine lebensfeindliche Monofunktionalität in der jegliche Nutzung vorgegeben und keinerlei Raum für Veränderungen ist. Empfindungen werden schon durch die Architektur abgetötet und Menschen zu konsumierenden und malochenden Objekten degradiert. Wer nicht in dieses Raster paßt, wird durch administrative und polizeiliche Gewalt verdrängt, vertrieben und verfolgt.
Unsere Vorstellungen von Leben und Gesellschaft stehen diesem menschenverachtenden Konzept diametral entgegen!



Die symbolische(?) Besetzung eines leerstehenden Büropalastes und seine Umnutzung bzw phantasievolle Umgestaltung durch engagierte Menschen wäre eine Möglichkeit, deutlich zu machen, daß wir eine andere Stadt wollen. In Mitte und anderen Innenstadtbezirken gibt es zahlreiche Objekte die sich geradezu aufdrängen, um den Investoren kräftig in die Suppe zu spucken.

Widerstand endet nicht mit Grundsteinlegungen, Richtfesten und Einweihungen:

dup, oktober 95

Platz ist da - ziehen wir ein!!!



UNTERSTÜTZT DAS HÜTTENDORF

Gegen die A 20 gab es von Beginn annWiderstand ,kurz vorm ersten symbolischen Spatenstich brannten bereits Bagger (bei Wismar)
es gab auch einige Protestradtouren entlang der Ostseeküste, die erfolgreichste hatte einige hundert teilnehmer/innen!

Hier nun die cronologie Des Hüttendorfes gegen die A20

8. Juli: Demo in Greifswald, 300 Leute, im Anschluß Besetzung eines geplanten Trassenabschnitts nahe der Peene. Die Peene ist der Letzte unbegradigte Fluß Doitschlants, seine Bedeutung für Tier- und Pflanzenwelt ist garnicht hoch genug einzuschätzen. Die Todesbahn soll die Peene nicht nur queeren, sondern im langen Bogen ein groees Stück Peenetal Vernichten.
ES beginnt der Aufbau von Hütten, Aufbau einer"Infrastruktur" viele Leute Verbringen hier ihre Ferien und helfen mit.

27.7. Die CastornixCaravane besucht das dorf und schleppt ~~dax~~'nen Wagen Wagen ran, der fortan als InfoWagen verwendung findet.
Die ganze Zeit erscheint das Hüttendorf immer wieder in Presse, Funk, TV und heizt so die Disskussion um die A 20 an. Während Politiker immer wieder ihre stumpfen Scheinargumente herunterbeten, empören sich immer mehr Leute, vor allem direkt betroffene über die rücksichtslose Betondurchpowerung. Einschüchterung und Desinformatiion so will die Autolobby an die noch fehlenden Grundstücke kommen.
Die träge Masse verharrt leider in abwartendem Schweigen.



7.Aug. Das dorf wird um5 Uhr morgens erfolglos angegriffen, wobei die Angreifer, JarmenerAutoprolls, eine Trabbischeibe einbüßen.

9.Aug. Propagandashow pro A 20 in Wismar.

11. 8. Kino im dorf von"Filmbrigade Nord"
30 Prollkids versammeln sich, um das Hüttendorf niederzubrennen,
Die Bullen, vom Tankwart informiert , deeskalieren.

24.8. Konzert zu ehren von Kurt tucholsky

29.8. Tipi urlaub im dorf

NEWS AUSM BÖSEN OSTEN

4.Sep. Protest im Anklamer kreistag wegen Räumungsaufforderung für 4. Okt.
Große(8o leute) Informationsveranstaltung contra A2o in Breechen bei den Nachbarn in der Garage . BUND und B'90-größen versuchen Anwohnern und BIlern mut zu machen, Die nachbarn erhielten im Vorfeld übrigens telefonisch morddrohungen.

7.Sep. Umweltaußschuß Anklam kommt, PDS Landtagsfraktion bringt Freßkorb

16. 9. Erfolgreiche Demo in Anklam zum erhalt des dorfes:15o Leute,mehr als erwartet, gute Redebeiträge, hohe"Bürgerbeteiligung"
hinerher party im dorf mit Film "Spaltproßesse"
Diefolgenden tage sprießen die pilze und die gerüchteküche brodelt.

30.9. Demo gegens Atommülllager Lubmin, 700 Leute.

XX1.Okt.: Kundgebung vor Kaserne Stallberg/Pasewalk für Monty Schädel, Totalverweigerer, zu der Zeit 20 Tage im Hungerstreik!

3 Okt. Räumungsvorbereitungen.

4 Okt. Radiomeldung: Räumungsaufschub um vier wochen

14-16.1o.:Mitbausubbotnik,Einladung an alle!

Ab 1.Nov.:RÄUMUNG!?!

8.XXDEZ.: Beginn der Wagentage hier im dorf(geplant)

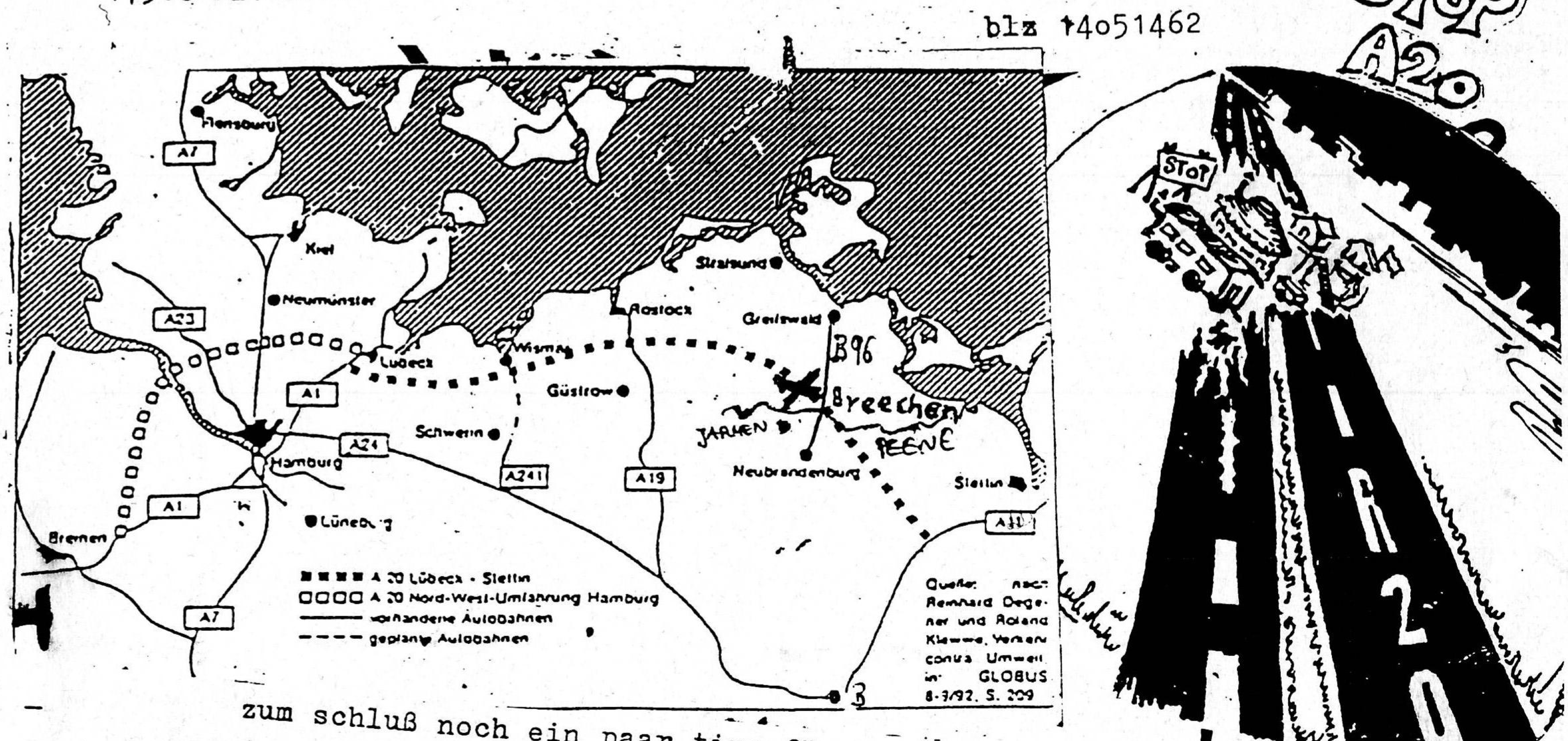
Kommt her ! erschwert die Räumung, helft bei der Neubesetzung! (ggf.)

Sie tun so ,als wär die Autobahn beschlossene Sache, dem ist jedoch nicht so und sie fürchten, sich daran die Zähne auszubeißen.

Hintergrundinfos, und bald auch telefonnr. gegen rückporto :

Hüttendorf gegen A 20
Peenestraße
17506 Breechen

Kontonr(Stichwort Hüttendorf nicht vergessen, sonst geht die Patte an BUND, XXXX steuerl.absetzbar):37003337
blz 14051462



zum schluß noch ein paar tips für leute die ohne auto kommen wollen (sauber!) : Büsse verkehren ab greifswald ,anklam, demmin,neubrandenburg bis ca. 18.oo uhroder später, in greifi und nbg. gibts zudem nette zecken die euch bei verweis aufs hüttendorf vielleicht weiterhelfen können!
nur mut!

vegane vokü, logo

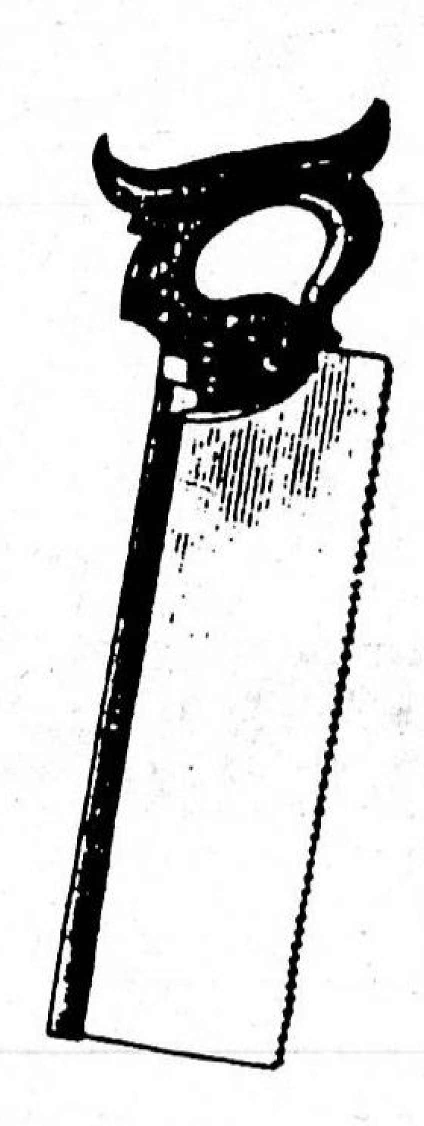
21.10.95

Meine Lieben,

grad war die Kundgebung, und ihr wandert wohl mit abgefrorenen Ärschen heimwärts. Ich muß mich auch erstmal aufwärmen, äußerlich jedenfalls, denn im Herzen ist's warm.

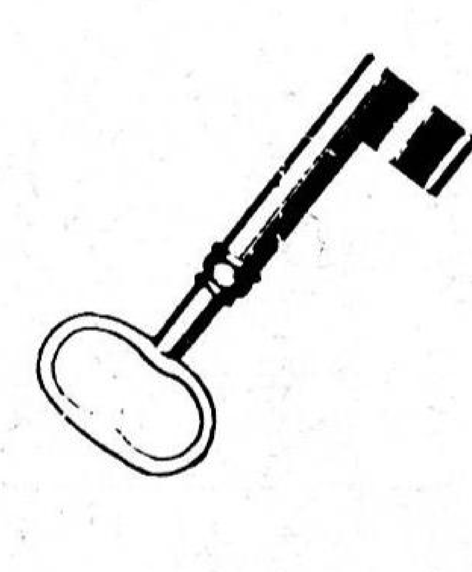
Respekt vpr den Kapellen. Geile Mucke, besonders der harte Stoff der letzten, kam laut + straight hier angeflogen. Da war's schon dunkel. Einige Kostverächter hier drin nölten "Ruhe", aber sie bekamen sofort die Quittung mit "Schnauze" und "Fenster zu". War das die Combo aus Magdeburg? Hatten die Handschuh an? Echt Hut ab vor den KlampferInnen, daß die sich bei den Temperaturen nicht die Flossen geknickt haben.

Das meiste kam bestens an, viel besser als im Juli. Ihr habt wohl noch paar tausend Watt zugelegt oder was? Wenn ich überlege, daß ihr beim Park seid, daß der Sound über die Mauer, dann über den E-Flügel rüber und sich dahinter zu mir runter senken muß - eine akustische Extravaganz sondergleichen!



Nur zwei Redebeiträge blieben stecken. Die Autoren kamen nicht so richtig aus sich raus hatte ich den Eindruck. Der eine war hinter dem zur Antifa-M (der kam allerbestens Wort für Wort an), da gings wohl um die Forderung nach Freilassung? Ich glaube ein Zitat aus einem Brief von mir gehört zu haben zu dem Thema. Wenn's so ist, schade, hätte mich interessiert.
Der andere war wirklich so leise, daß ich nur "Antifa" verstanden hab. Er kam zwischen dem Beitrag der Antifa Ini Moabit (klarstens!) und der Frauen-Combo PAY BACK (schöne Stimme!).
Ganz am Anfang war noch einer mit Löchern. Da habt ihr zum 13.6. erzählt, über Althans geflucht (der das bestimmt mitgekriegt hat, denn er liegt näher zur Straße als ich), und es hieß, daß Faschos und Sexisten weder drin noch draußen geduldet werden.

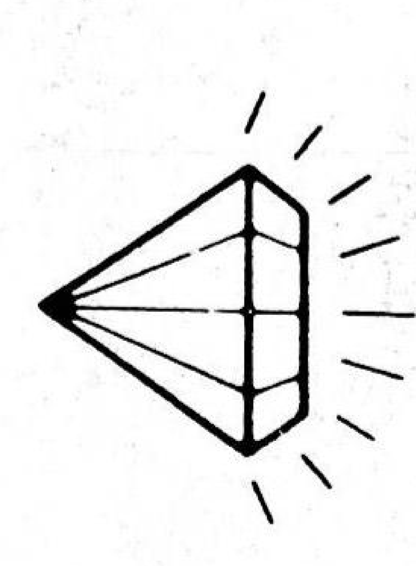
Ansonsten, wie gesagt, alles angekommen. Der Beitrag zu Benjamin, da wurde auch hier drin "Hoch die internationale Solidarität" gerufen, vereinzelt, aber entschlossen. Noch powriger schallte "berxwedan jîyane" (Leben ist Widerstand) übern Hof, nachdem ihr Ihsan erwähnt habt. Der kann zwar kein Wort deutsch, aber seinen Namen hat er wohl mitgekriegt, er liegt knapp 10 Zellen neben mir. Aber ob Benjamin was gehört hat? Ich zweifle, der liegt ziemlich nach Norden raus.



Nach FEMALE TROUBLES kam der Beitrag zur M, wo zuerst eine Frau sich wünschte, mich bald wieder zu sehen. Gerne doch! Ich hab die Stimme nicht erkannt, sonst würd ich mir eine denken.
Die lieben Kleinen hab ich beim zweiten Versuch sofort verstanden, nachdem ich mein linkes Ohr mit dem Gitter verknotet hatte. Die folgende Übersetzung zerstreute alle Zweifel. Das werden ja immer mehr, GEILO! Neulich in RTL konnt ich sie gar nicht alle erkennen, wie sie da quietschend in das Wasser schlagen. Umarmt sie mal von mir, sagt ihnen, mir gehts gut und

heute ist nicht alle Tage,
ich komm wieder,
keine Frage!

Und wenn bis dahin nicht die nächste Eiszeit ausgebrochen ist, spendier ich ne Riesentüte bis ihnen allen schlecht wird.



Auch die Grüße mit "der Faust in der Tasche" kamen an,

Am Ende, unser Franziskaner-Goalgetter mit Ladehemmung, das war ja schon fast ne Gruß-Rede. Wenn ihr auf dem 2.Platz steht, müßt ihr ja gut sortiert und vor allem bester Stimmung untereinander sein. Freut mich. Schick mal die Adresse von der Kneipe, dann kriegt ihr mal'n Kärtchen.

Vom Beitrag aus Weimar hab ich nicht alles mitgekriegt, aber nicht wegen der Akustik, sondern weil das so viel war und sich kompliziert anhört. Das Wesentliche ist aber gelandet. Hab erstmal gestaunt, daß der geschätzte Dr.Beyer auch dort seine Finger im Spiel hat. Wie kommts, daß zig Leute keine Aussagen machen, und eineR scheinbar sogar sein/ihre Großmutter am Tablett anschwärzt? Wenn ihr Zeit habt, schreibt mal was die Sache offiziell mit meinem Verfahren zu tun haben soll. Bisher weiß ich nur, daß die Erklärung zur Aktion gegen die 'Junge



Freiheit' in der radikal drin war und als 129a in meinem Hafti auftaucht.

Gegen Ende wurden wohl noch paar Termine verlesen. Da hab ich nur die geplante Kundgebung in Heimsheim mitgekriegt. Das find ich voll dufte, denn gerade der Ulf ist ja ganz schön weit weg von zu Hause. Aber er ist gut drauf, scheint mir, ich hab nen Brief von ihm bekommen.



Am Ende hat mir noch einer "Gute Nacht" gewüsscht, war ja schon dunkel, und das fand ich wie Sandmännchen aus'm Mega, lustig. Das "Power durch die Mauer" kam auch ohne Mikro hier an. Ich weiß nicht, wie die Knackis vorne auf die Frage reagiert haben, wie sie's famden. Die Begeisterung wird, entsprechend der Nähe zum live-Effekt, größer gewesen sein wie hier hinten, aber auch hier wurde gepfiffelt und gejohlt. Eine Umfrage würde bestimmt eine große Mehrheit für solche Konzerte ergeben, vielleicht gibts paap andere Musikwünsche, aber die Aktion an sich finden bestimmt die meisten gut. Ihr müßt bedenken, viele machen das Maul nicht auf, weil sie denken es kommt draußen nicht an, andre traün sich vielleicht nicht richtig. Mancher Schließer lauscht mit Wonne an den Türen, um im richtigen Moment rumzukeifen. Meiner hat mir "viel Spaß" gewünscht, sowas gibts auch (es war EsTe=SchlafTablette, einer der harmlosesten aff der ganzen Station).

Es gab zwischenzeitlich den Versuch, eine gemeinsame Parole hinzukriegen, die ab20 Stimmbändern vielleicht sogar ne Chance gehabt hätte, draußen gehört zu werden. Vergiß es. Das "berxwedan jîyane war schon ein Hammer, so 5,6 haben mitgemacht, Hälfte deutsch, Hälfte kurdissch schätz ich mal.

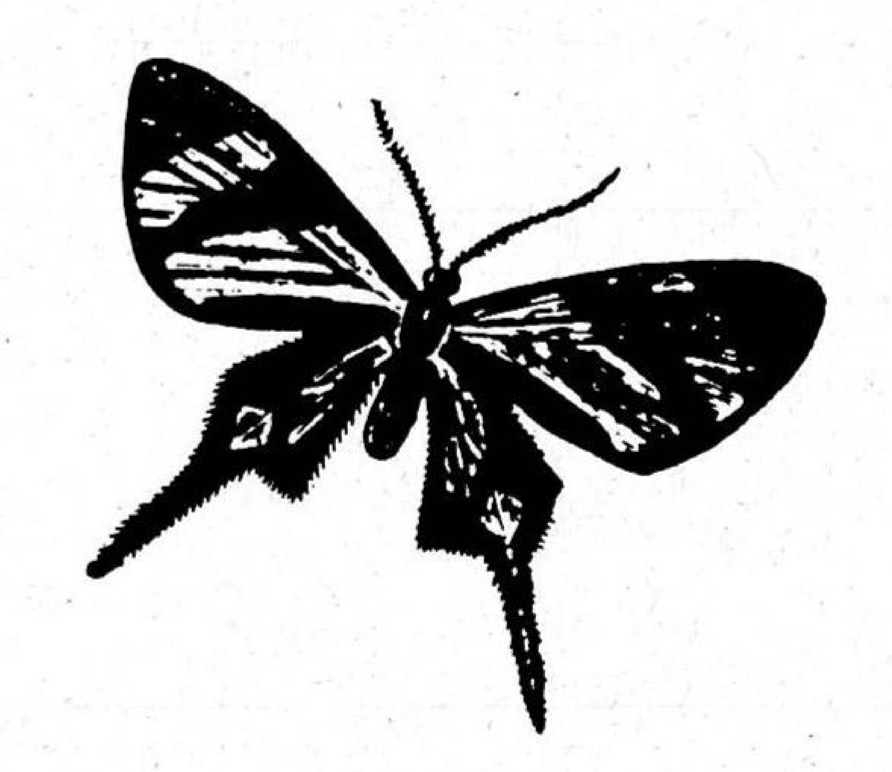
Mit den 'Zeiten' find ich ne superkorrekte Sache. Wenn ich was beitragen kann, wenn ihr ne Stellungnahme zu irgendwas wollt, sagts an. Die letzte Zeit hab ich mich lang und breit zum Knastleben und meiner Befindlichkeit ausgelassen, ich möchte mich jetzt, soweit es geht, auch mit anderen Themen auseinandersetzen. Die Forderung nach Freilassung wäre evtl. sowas gewesen, besonders wenn es ne Reaktion auf meine Vorlage gibt. Weiß natürlich nicht, obs der Bringer wäre, also nicht nur ein theoretisches Gefachsimpel über eine gar nicht so entscheidende Sache. Darum gings mir nämlich im wesentlichen, daß Freilassung zu fordern ziemlich weit weg ist, da müßte vorher die Auflösung der Knäste, der BAW,des BGH, eigentlich des ganzen Systems gefordert werden.

Meine Lieben, ich bin begeistert und beeindruckt von eurer Solidarität. So wie ihr dranbleibt würd ich wohl ziemlich alt aussehen, wenn ich schlapp machen würde. Sieht nicht danach aus.



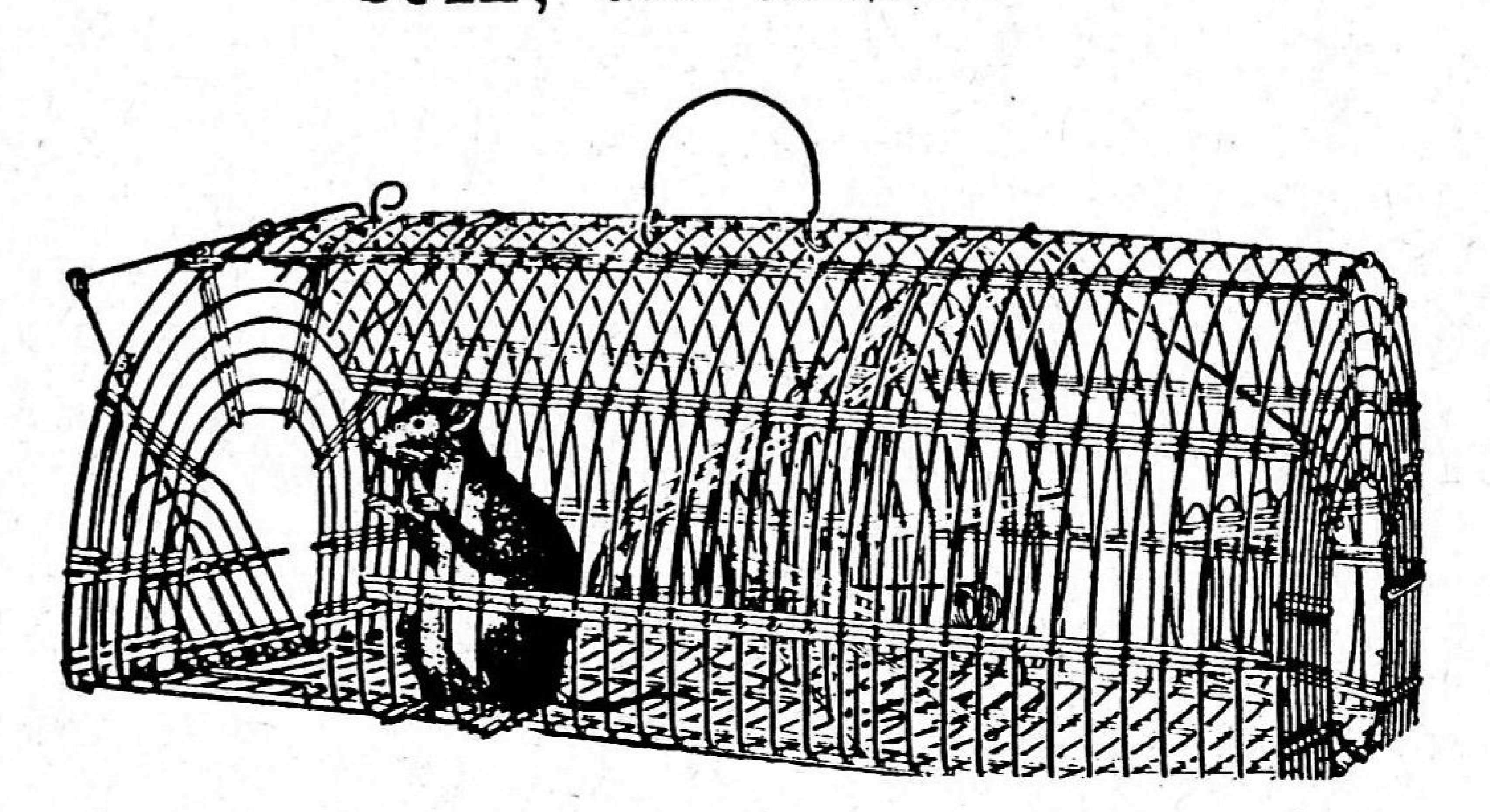
Ich umarme euch herzlich,

no justice no peace!

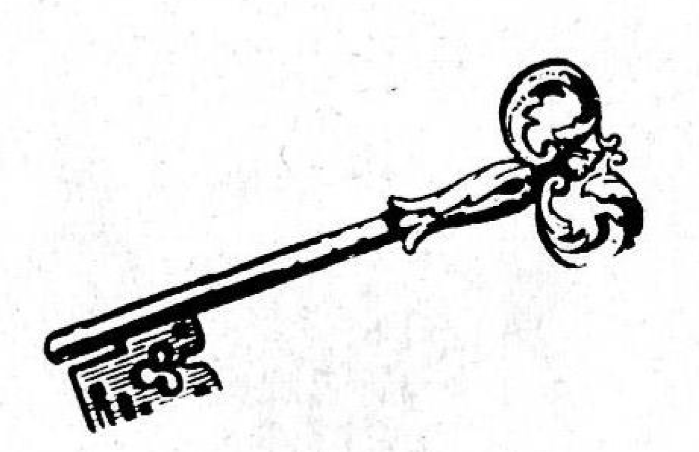


Werner

22.10
Die Kundgebung gestern ist hier Thema, wenn ich auf den Flur hinaus horche. Soll eine der lautesten und längsten gewesen sein, die Moabit erleben durfte, sagt ein Alt-Schlüssel



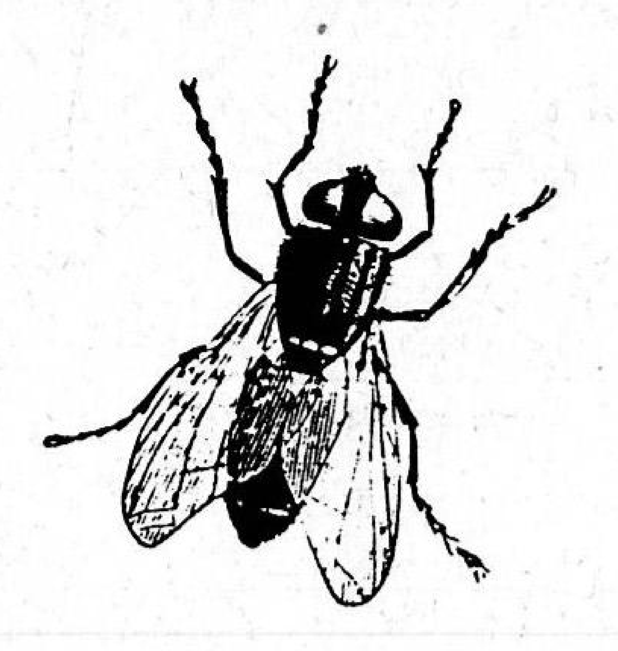


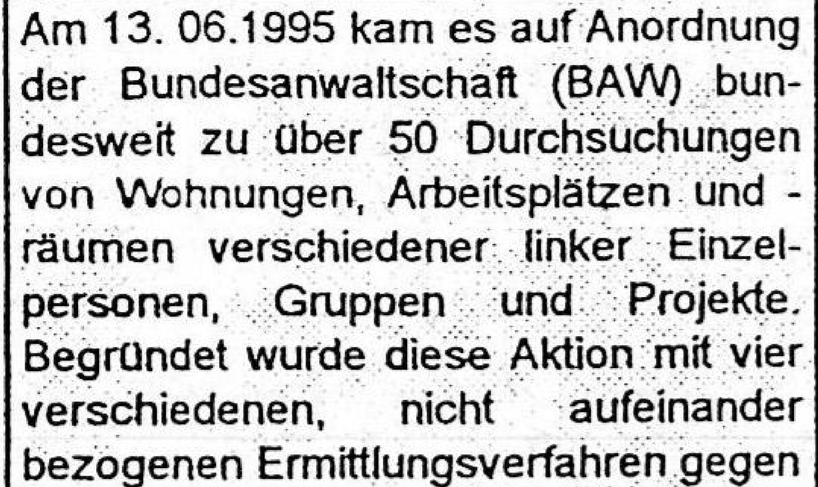




„Keine Fliege fliegt hier unkontrolliert“

Sonderhaftbedingungen und Isolation der Gefangenen im radikal-Verfahren





Am 13. 06.1995 kam es auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) bundesweit zu über 50 Durchsuchungen von Wohnungen, Arbeitsplätzen und -räumen verschiedener linker Einzelpersonen, Gruppen und Projekte. Begründet wurde diese Aktion mit vier verschiedenen, nicht aufeinander bezogenen Ermittlungsverfahren gegen

- angebliche HerstellerInnen und VertreiberInnen der Zeitschrift radikal
- angebliche Mitglieder der Antiimperialistischen Zelle (AIZ) wegen diverser militanter Aktionen seit 1992
- angebliche Mitglieder der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. wegen Anschläge auf eine Bundeswehrkaserne in Brandenburg und einen Abschiebeknast in Berlin
- eine Frau aus Köln, die der Unterstützung der RAF beschuldigt wird.

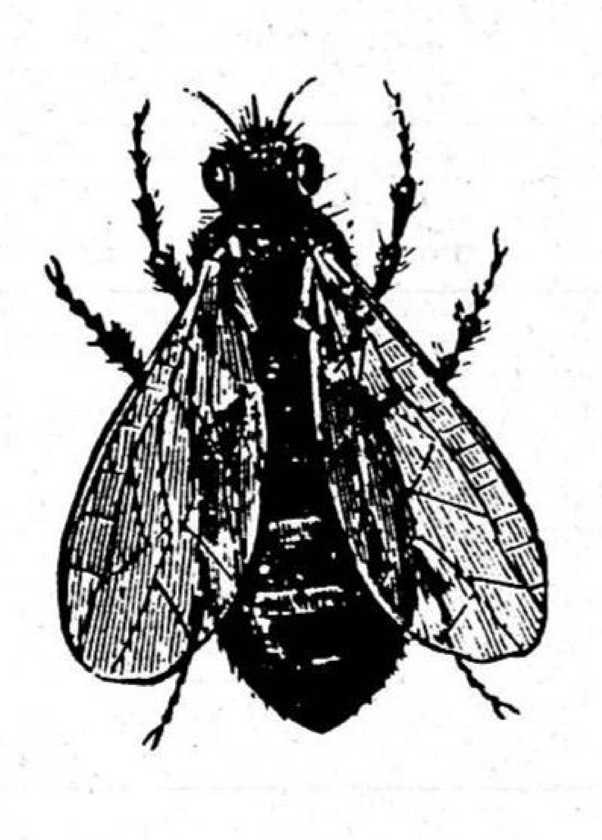
Seit dem 13.06. sitzen vier Männer in Untersuchungshaft (U-Haft), außerdem wurde am 04.07. ein Mann aus Bremen zu fünf Monate Beugehaft verurteilt. Konkret geht es um Andeas, Rainer, Ralf, Werner. Ulf wurde zur Beugehaft nach Heimsheim verschleppt.
30 der über 50 Durchsuchungen wurden im Zuge von 25 namentlichen Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift radikal durchgeführt. Der Vorwurf gegen die Vier und vier weitere Gesuchte, Jutta und Matthes aus Bremen, Uli aus Oldenburg und Frank aus Köln, lautet auf „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB) und „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§129 a StGB). Ihnen wird vorgeworfen, an der Produktion und Verbreitung der seit Mitte der 80iger Jahre verdeckt hergestellten radikal beteiligt gewesen zu sein. Von Ulf will der Ermittlungsrichter wissen, wo sich einer der Gesuchten aufhält. Ulf's Aussageverweigerung soll mit der Beugehaft gebrochen werden.

Die Verfolgung der radikal hat Geschichte: 1984 wurden die beiden Journalisten Benny Härlin und Michael Klöckner wegen angeblicher Herausgeberschaft der radikal zu je 2 ½ Jahren Knast verurteilt. Die Anklage hatte eine breite Solidarisierungskampagne zur Folge und die beiden erhielten durch ein Mandat im Europaparlament Immunität gegen die Vollstreckbarkeit des Urteils, das später in einem Revisionsverfahren aufgehoben wurde. 1986 versuchte die BAW erneut einen Schlag gegen die radikal: nach bundesweiten Durchsuchungen von Info- und Buchläden, Kneipen, Bäckereien u. a. Läden der linken - alternativen Szene, wurden im Sommer 1987 die ersten Prozeße gegen insgesamt 23 Angeklagte wegen Verbreitung der radikal eröffnet. Es gab mehrere Verurteilungen nach § 129 a. Die radikal erschien - nicht zuletzt in Folge der anhaltenden Repression - nur noch mit verschiedenen Adressen aus europäischen Nachbarländern.
Aktuell ist die radikal zu erreichen über:
1. Umschlag:
NN, Van Ostadestraat 233n,
NL-1073 Amsterdam.
2. Umschlag: ZK

Die Ermächtigung zu ausgedehnten Sonderbefugnissen: die §§ 129 und 129 a StGB

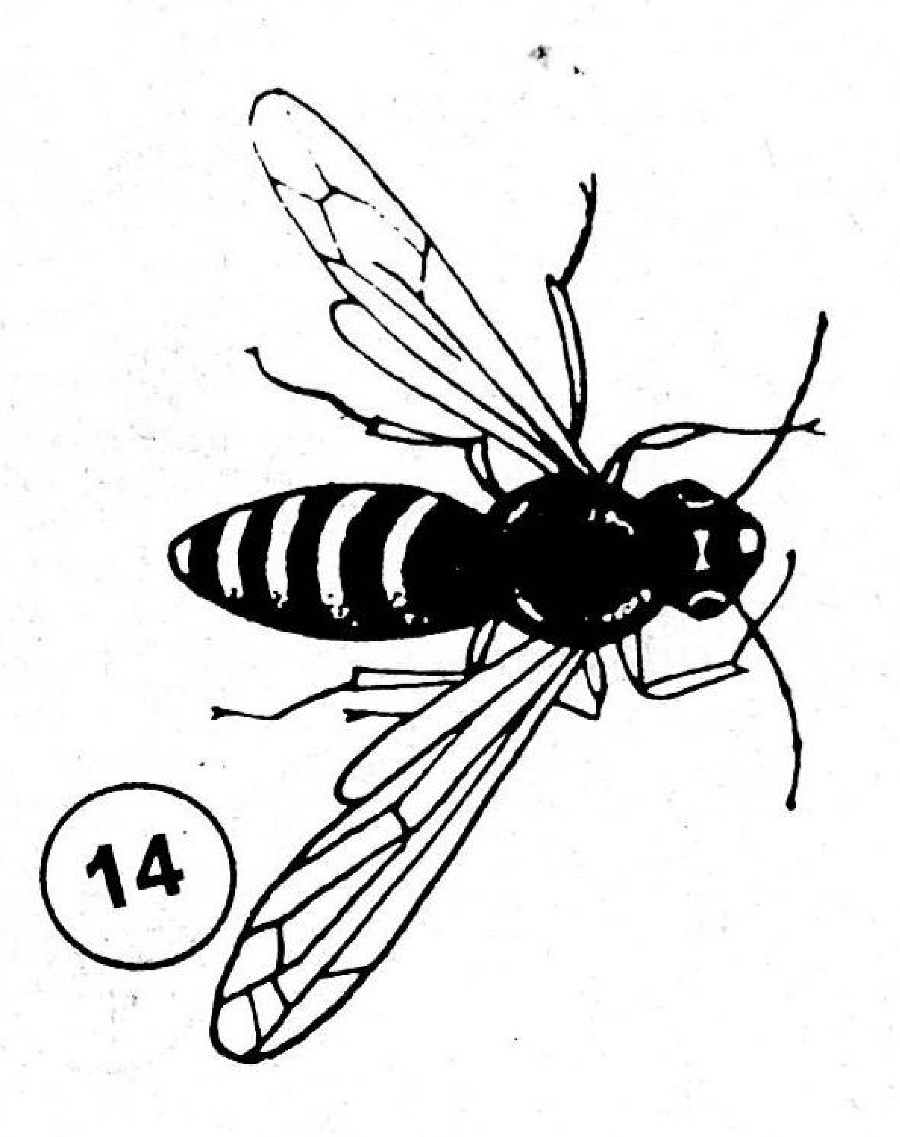
Die §§ 129 und 129 a dienten den Staatsschutzbehörden in den vergangenen fast 20 Jahren (§129 a wurde 1976 erlassen) überwiegend zur Ausforschung und Einschüchterung linksradikaler Strukturen und sympathisierender Gruppen. Zu diesem Zweck wurden sie jedenfalls ausufernd eingesetzt mit tausenden von Ermittlungsverfahren in erster Linie wegen Unterstützung oder Werbung für eine „terroristische Vereinigung“ und - im Vergleich zur Anzahl der Ermittlungsverfahren - mit nur ganz wenigen Verurteilungen. Allen gut in Erinnerung dürften die Ermittlungen wegen der Startbahnschüsse, die Durchsuchungen 1987 wegen Unterstützung der RZ und der Roten Zora sein.
Neben der Ermittlungsfunktion (gesetzlich geregelte Telefon- und Postüberwachung, Observationen, Hausdurchsuchungen, etc.) geht mit diesen beiden §§ gleichzeitig eine **ausgedehnte Sondergerichtsbarkeit mit Sonderhaftbedingungen, Einschränkung von VerteidigerInnenrechten etc.** einher. 1987 erfuhr der § 129 a seine vorläufig letzte Ausdehnung zur Verfolgung von einerseits autonomen Gruppen, ohne ihnen eine „dauernde Vereinigung“ nachweisen zu müssen, und andererseits zur Verfolgung auch ausländischer Organisationen, die ihren Sitz nicht in der BRD haben, z. B. der politisch organisierten KurdInnen.
Bemerkenswert ist, daß die BAW in den letzten 5 Jahren wieder mehr mit dem 1871 im Reichgesetz aufgenommenen § 129, mit dem vor 1976 auch Gruppen wie die RAF oder die Bewegung 2. Juni verfolgt wurden, arbeitet. Dieser Paragraph, der „Knüppel gegen Revolutionäre“, wurde um die Jahrhundertwende zur Verfolgung der ArbeiterInnenbewegung, in den 50gern zur Ausschaltung der KPD eingesetzt. Aktuell laufen Ermittlungsverfahren nach § 129 nicht nur gegen die radikal, sondern bereits seit ca. 1 ½ Jahren gegen die Göttinger Antifa (M).
So wie in Göttingen nicht allein die Inhalte, für die die Antifa (M) steht, kriminalisiert werden, so geht es der BAW nicht in erster Linie um den Inhalt der Zeitschrift radikal. Die BAW behauptet zwar, die „kriminelle Vereinigung“ radikal habe sich gegründet, um Straftaten nach § 129a zu begehen, aber wir meinen, daß hier vielmehr die wenigen verbliebenen Ansätze verdeckter oder offener linksradikaler Organisierung politisch getroffen werden sollen. So wie sich in der „Antifaschistische Aktion/bundesweite Organisierung“ eine Menge Antifa-Gruppen zusammengeschlossen haben, um effektiver arbeiten zu können, kann die radikal immerhin aus ihrer 10-jährigen Erfahrung der verdeckten Organisierung schöpfen.
In den aktuellen Verfahren, in denen fünf Genossen im Knast sitzen und vier weitere gesucht werden, wollen wir ein besonderes Augenmerk auf die Sondergerichtsbarkeit nach §§ 129 und 129 a lenken.
Zu den Sonderhaftbedingungen gehört, daß ein Ermittlungsverfahren wegen §§ 129 und 129 a während der U-Haft Isolierung in Einzelhaft nach richterlichen Sonderhaft-Statuten und anstaltseigenen Sicherungsverfügungen bedeutet.
Isolationshaft, wie sie gegen unsere vier Genossen / Freunde eingesetzt wird, wurde in den letzten Jahren insbesondere gegen Gefangene aus linken militanten Gruppen, bzw. UnterstützerInnen angewandt.





Haftbedingungen nach §§ 129, 129 a

Gleich nach den Verhaftungen vom 13.06. wurden Andreas, Rainer, Ralf und Werner, z. T. im Hubschrauber, mit bewaffneter, vermummter Bewachung durch Sondereinsatzkommandos (SEK) nach Karlsruhe zur Verlesung der Haftbefehle geflogen. Dort wurden sie für die nächsten Wochen in einzelne, möglichst vom Wohnort weit entfernte Knäste gesperrt.
Für die Vier wurde ein Sonderhaftstatut mit 8 Punkten ausgearbeitet, die die Haftbedingungen im Vergleich zu anderen U-Häftlingen noch einmal verschärfen:

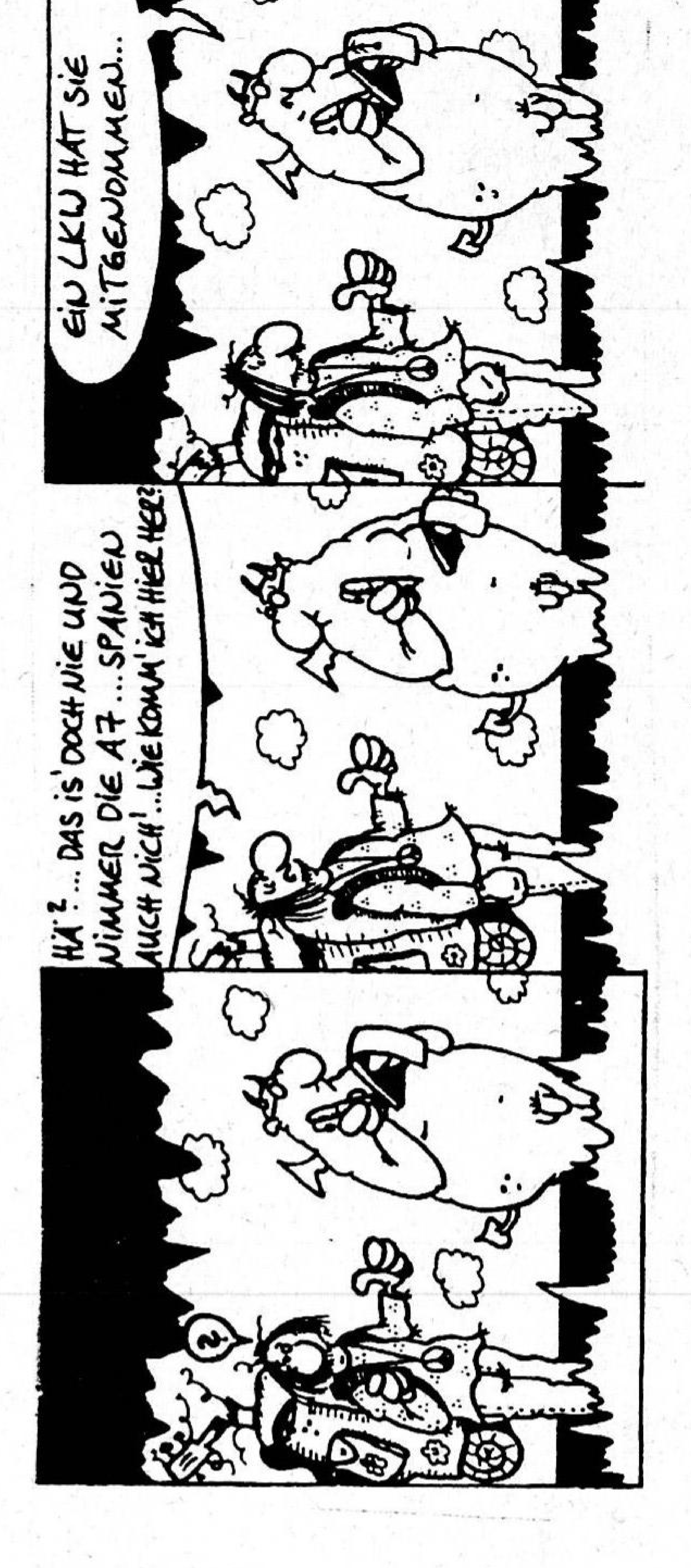


- neben dem üblichen 23-Stunden-Einschluß, sind die Gefangenen in „einem gesondert gesicherten Haftraum“ eingesperrt. Sie haben täglich eine Stunde Einzelhofgang auf einem gesonderten Innenhof, dazu Einzelduschen und Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen. D.h. Isolation rund um die Uhr. Im Haftstatut liest sich das so: „Mit Rücksicht auf den Gegenstand des Verfahrens ist der Beschuldigte von anderen Untersuchungsgefangenen und der Außenwelt streng getrennt zu halten.“
- Mindestens einmal die Woche werden die Zellen bei einer Zellenrazzia von oben bis unten durchsucht.
- Bei Verlegungen und/oder Terminen außerhalb der Haftanstalt (Haftprüfungstermin) werden den Beschuldigten Fesseln entweder an den Händen oder an den Füßen angelegt, z. T. beides.
- Bei jedem Verlassen der Zelle, zum Einzelhofgang oder zum Arzt, sind die Vier in Begleitung von zwei Schließern zur Sicherheitsüberwachung. Dadurch soll u. a. die Aufnahme von Kontakten zu anderen Gefangenen unterbunden und der Status der „Gefährlichkeit“ unterstrichen werden, was dazu führt, daß andere Gefangene Abstand zu ihnen halten.
- **Besuche von FreundInnen (alle zwei Wochen eine Stunde) und genauso von den AnwältInnen werden nur mit Trennscheibe genehmigt. Neben dem Berührungsverbot erfüllt die Trennscheibe den Zweck, die sinnliche Wahr-**

nehmung voneinander zu verzerren, konzentrierte Gespräche zu einer Anstrengung beider Seiten werden zu lassen. Eine Ausnahme vom Trennscheibenbesuch gibt es nur für die direkten Angehörigen.

- Bei den Besuchen sitzen mindestens ein Mitarbeiter des Landeskriminalamtes (LKA) und ein Schließer hinter den beiden Seiten der Trennscheibe. Die Gespräche werden protokolliert, so daß nur eingeschränkte Diskussionen stattfinden können. Besuche können jederzeit abgebrochen werden, wenn den „Aufpassern" Äußerungen nicht gefallen.

Diese Aufzählung ist exemplarisch. Hinzu kommen immer wieder einzelne Schikane-Aktionen sowie Verzögerungen und Verschleppungen.



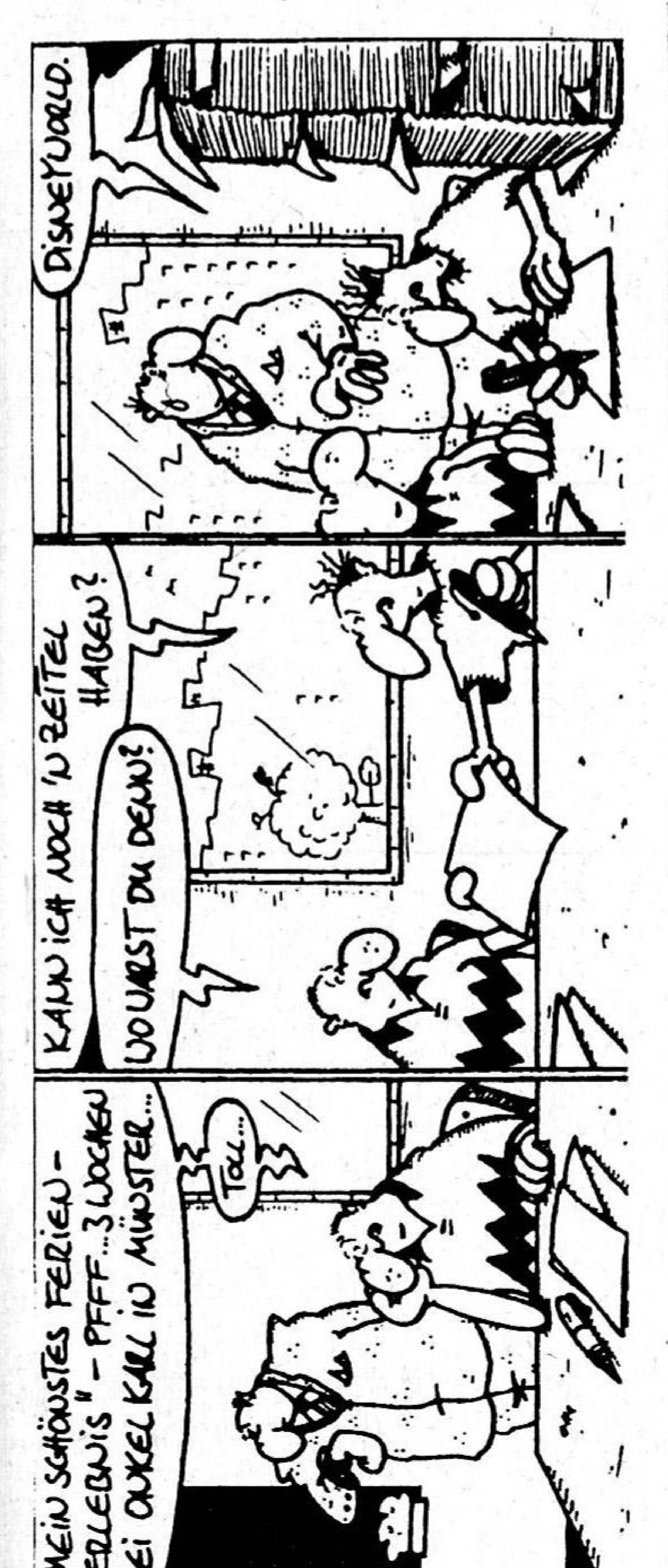
Zu den für die Gefangenen aus der Guerilla noch mal verschärften Haftbedingungen schreibt Christian Klar (Gefangener aus der RAF seit 1982):

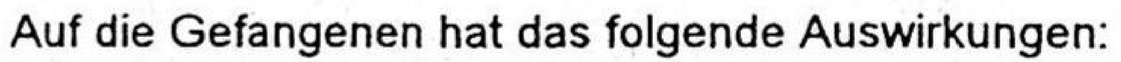
„einzelheiten aus dem 24-punkte-haftstatut: das ist vollständige isolierung: 23-stunden zelle, eine stunde einzelhof, einzeldusche und auch sonst keine möglichkeit, mit anderen gefangenen zusammenzutreffen. etwa die ersten 10 tage 24-stunden-beleuchtung in der zelle und optische überwachung im halbstundentakt. anwaltsbesuch mit trennscheibe, besuche von freunden mit trennscheibe und 2 bullen bewachung, besuche von angehörigen ohne trennscheibe und auch mit 2 bullen dabei. kein schritt außerhalb der zelle ohne mindestens 2 bullen bewachung. täglich eine kurze sicherheitskontrolle der zelle, zweimal wöchentlich genaue durchsuchung der zelle und aller gegenstände und schriftlichen sachen. zensur der post, zeitungen, bücher. mal wird weniger, mal viel angehalten, um eine unberechenbare situation zu schaffen. vor und nach jedem angehörigenbesuch nacktkontrolle und kleiderwechsel, genauso vor und nach jedem hofgang und vor und nach jedem gang außerhalb vom 7. stock, wo die zelle ist. (z.b. arzt, prozeßtage usw.)."

Inzwischen wurden die Vier in „heimatnahe" Knäste verlegt. Rainer nach Bielefeld-Brackwede, Andreas nach Lübeck, Ralf nach Neumünster und Werner nach Berlin-Moabit. Nur Ulf sitzt weiterhin in Heimsheim. Ihm speziell wurden in den ersten Monaten fast alle Besuche und Briefe von FreundInnen und GenossInnen verweigert. Die Begründung lautete immer gleich: die Personen hätten eine zu nahe Beziehung zu Ulf und in den Briefen würden Inhalte vertreten, „die der Erzwingungshaft nicht förderlich" seien. Mit der Androhung von Beugehaft sollte Ulf zu Aussagen über den Aufenthaltsort einer der Gesuchten erpresst werden. Diese Rechnung des BGH und der BAW ist nicht aufgegangen. Ulf hat die Aussage verweigert und als auch die Verhängung von zwei Bußgeldern nicht zum Ziel führte, wurde Ulf weggesperrt. Die Länge der Beugehaftanordnung und die tatsächliche Durchführung sind in der Geschichte der BRD beispiellos. Gegen die Anordnung und Ausführung der Beugehaft, von der ebenfalls Menschen aus anderen Städten und in ganz anderen Verfahren (Weimar wgen dem Anschlag auf die Druckerei, in der die „Junge Freiheit" gedruckt wurde; in Frankfurt die BewohnerInnen der Friesenstr., in dem auch der VS-Spitzel Steinmetz gewohnt haben soll) aktuell bedroht sind, hat Ulfs Anwältin Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Isolierung, um politische Information und Kommunikation zu verhindern

Die Maßnahmen in der inzwischen bereits vier Monate andauernden Untersuchungshaft konzentrieren sich im wesentlichen darauf, die Gefangenen - wie üblich in Verfahren nach §§ 129 und 129 a - von jeder politischen Auseinandersetzung und ihren FreundInnen und GenossInnen abzuschotten.
Dazu gehört auch das Verhalten der BAW gegenüber den AnwältInnen: Es besteht außer einem Ordner mit kopierten radikal-Artikeln und einem Stimmgutachten, mit dem angeblich die Beschuldigten zu identifizieren seien, immer noch keine Akteneinsicht. Anträge der VerteidigerInnen an den BGH werden wochenlang nicht beantwortet, die Verteidigung ist extrem eingeschränkt. Die Kontrolle der VerteidigerInnenpost kommt bei Ermittlungen nach §§ 129 und 129 a obligatorisch hinzu (§§ 146 / 148 StPO), d. h. sämtliche Post, die die Beschuldigten ihren AnwältInnen zukommen lassen und umgekehrt wird von einer/m Kontrollrichter/in mitgelesen, die Weiterleitung kann ggfs. untersagt werden.
In den ersten Haftprüfungsterminen präsentierte die BAW ein angeblich konspiratives Treffen in der Eifel im Herbst 1993, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln abgehört worden sei. Zur Begründung der Haftbedingungen wird von der BAW und dem BGH immer wieder das „hochkonspirative" Verhalten der Beschuldigten, wie z. B. das Verwenden von Codes, angeführt, bzw. betont, daß Verdunklungsgefahr bestünde, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Die von den AnwältInnen angestrengte Haftbeschwerde aufgrund der fehlenden Akteneinsicht erbrachte lediglich eine Teilakteneinsicht, nämlich das 700 Seiten starke Abhörprotokoll des LKA Rheinland-Pfalz von dem Treffen in Baar-Wanderath.





Auf die Gefangenen hat das folgende Auswirkungen:

- Mit der Begründung „Gefahr der unerlaubten Nachrichtenübermittlung" wurden alle Anträge an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen zu können, z. B. am Gemeinschaftssport, abgelehnt.
- Mit dem gleichen Wortlaut werden teilweise die ausgesprochenen Besuchsverbote und die bereits zahlreich angehaltenen Briefe begründet. Zusätzlich kristallisiert sich heraus, daß die BAW und der BGH dazu übergehen, Schreib- und Besuchsverbote für ihnen mißliebige Personen, darunter verstehen die Staatsschutzbehörden insbesondere die engeren sozialen und politischen Beziehungen der Gefangenen, durch die Konstruktion eines „radikal-Umfeld" zu kriminalisieren.
- Briefe von drinnen nach draußen und umgekehrt hält der Ermittlungsrichter beim BGH, Dr. Beyer, z.T. mehrere Wochen zurück, insbesondere, wenn die Briefinhalte sich auf die Razzia vom 13.06. oder andere politisch aktuelle Themen beziehen, so daß eine kontinuierliche Diskussion mit draußen nahezu unmöglich ist.
- Die Anordnung, keinerlei Druckerzeugnisse und Fotokopien außer den genehmigten Tageszeitungen und Zeitschriften durchzulassen, be- bzw. verhindert die politischen Informationsmöglichkeiten der Gefangenen zusätzlich.

Eine besondere Kuriosität erlaubte sich die BAW, als sie Briefe der Gefangenen, die sie aneinander geschrieben haben, als „verfahrensrelevant" beschlagnahmte. Die Logik der BAW lautet, weil sie sich mit „du" statt mit „Sie" angeredet haben, müssen sie sich gut kennen.

Es sind Sonderhaftbedingungen. Mit ihnen wird versucht,

- **jede politische Information und**
- **jede politische Kommunikation zu verhindern,**
- **die sozialen Kontakte zu entziehen,**

um die Gefangenen durch die Isolierung in ihrer politischen Identität zu brechen.

Isolationshaft - ein politischer Abriß

Die Haftbedingungen, denen unsere vier Genossen / Freunde momentan unterliegen, haben hierzulande eine lange Geschichte. Da die Auseinandersetzungen mit Knast allgemein, aber auch mit der Situation und den Kämpfen gefangener GenossInnen in den letzten Jahren immer mehr aus dem Bewußtsein gerückt sind, fanden wir es wichtig, den nun folgenden Anhang zu schreiben, um die Situation der Vier politisch zu verorten.
Die im folgenden beschriebenen Haftbedingungen werden immer mehr zum Alltag für viele Gefangene, in einem detailliert ausgeklügelten System von Sondermaßnahmen in ihrem perversen Teile-und-herrsche-Konzept. Dennoch werden sie auch weiterhin gegen kaum eine Gefangenengruppe so gebündelt eingesetzt, wie gegen die, an denen sie auch ursprünglich erprobt und entwickelt wurden, die Gefangenen aus der Guerilla und seit den 80er Jahren zunehmend auch aus dem kurdischen Widerstand.

Über die Anwendung und die Auswirkungen von Isolationshaft wurde bereits vieles veröffentlicht. Die direkten gesundheitlichen Auswirkungen von Isolationshaft u. a. auf die Verteidigungsfähigkeit der Gefangenen, ihre gesundheitszerstörende Wirkung insbesondere nach mehreren Jahren Isolierung, Konzentrationsschwächen, die Beeinträchtigung von Verbalisierungsfähigkeiten, die sich oft schon in den ersten Monaten zeigen, u. v. m. sind bekannt. Bekannt sind auch die zusätzlichen Schikanen, z. B. gegen Startbahn-Gefangene, die mit stundenlangen pfeifenden Geräuschen direkt neben ihren Zellen mürbe gemacht werden sollten.



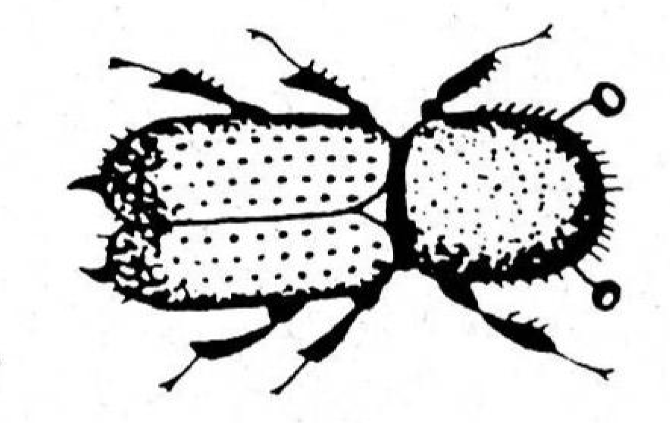
Wir wollen verdeutlichen, daß es unterschiedlichen Formen von Isolationshaft (bis hin zur Vernichtungshaft) gibt und in Erinnerung rufen, wie sich diese unterschiedlichen Haftbedingungen in der BRD entwickelt haben.

Gegen die Gefangenen von RAF, Bewegung 2. Juni war das Ziel von Isolationshaft vor allem, sie schnell zu zerstören, als politische Kraft auszuschalten und gleichsam an ihrem Zusammenbruch die Aussichtslosigkeit linksradikaler Politik und Praxis vorzuführen. Der Begriff „Vernichtungshaft", geprägt durch die permanente Sonderbehandlung der Gefangenen, hat bis heute seine Gültigkeit.

Die BRD machte sich bei der Entwicklung der Haftbedingungen vor allem das Konzept der „sensorischen und sozialen Deprivation" zu nutze. Die sowohl sinnliche als auch soziale Entziehung sämtlicher Reize wurde von einem ganzen Heer von US-Wissenschaftlern in den 50ger Jahren aus den verschiedensten Erfahrungen im Umgang mit politischen Gefangenen in den verschiedensten Ländern (u.a. auch aus Forschungen über die NS-Konzentrationslager und die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen) entwickelt als eine Form von Gehirnwäsche. U. a. der bekannte US-amerikanische Psychologe Shein erprobte sie an amerikanischen Gefangenen. Amnesty International nannte die sensorische und soziale Deprivation „weiße Folter". In akustisch isolierten Räumen, ohne soziale Bezugspunkte, unter 24 stündigem Dauerlicht und in weiß gestrichenen Wänden, wurden die Gefangenen völlig auf sich selbst zurückgeworfen. Dieser krassen Form von Isolationsfolter über mehrere Monate hinweg waren insbesondere Gefangene wie Ulrike Meinhof und Astrid Proll unterworfen.



Die amerikanischen Untersuchungen reicherte die BRD mit eigenen Forschungen an, bekannt wurden die für die Bundeswehr ausgearbeiteten Untersuchungen an der Uni-Klinik HH-Eppendorf über die organischen Auswirkungen von Isolation z. B. auf das vegetative Nervensystem und alle anderen Körperfunktionen (camera silens = stiller Raum).
Um die Gefangenen wirkungsvoll isolieren zu können, wurden Anfang der 70er Jahre die o.g. Gefangenen zuerst in ansonsten leergeräumten Flügeln der Knäste wie z.B. in Köln-Ossendorf untergebracht. Ab Mitte der 70er erst entstanden dann die architektonisch und psychologisch aufs genaueste konzipierten Hochsicherheitstrakte (Stammheim) zur vollständigen Überwachung jeglicher Bewegungen und vollkommenen Abschottung nach außen. Es sollte keine menschliche Regung mehr unüberwacht stattfinden können. Die totale Kontrolle zielte direkt auf die psychische und physische Vernichtung der Gefangenen aus der RAF. Sie gipfelte in Stammheim am 18.10.77 in der Ermordung von Jan-Carl Raspe, Gudrun Enslin und Andreas Baader, sowie dem Mordversuch an Irmgard Möller.
Die neue Form der Haftbedingungen hatte eine Vorbildfunktion für gesamt Westeuropa. Im Rahmen der Angleichung in puncto „Innere Sicherheit" sind heute europaweit politische Gefangene in verschiedenster Art dieser verschärften Form der Haft unterworfen.
Die Situation in der BRD Mitte der 70ger wurde nicht zuletzt wegen den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus in der liberalen und linken Öffentlichkeit anderer europäischer Länder scharf kritisiert. Es kam zu internationalen Anhörungen über die Menschenrechtssituation in der BRD, Jean Paul Sartre besuchte Andreas Baader, 1973 gründeten sich die ersten Anti-Folter-Komitees. Isolationshaft wurde mit in die UN-Anti-Folter-Konvention aufgenommen.



Versuche, die gefangenen GenossInnen zu befreien, wurden zu einem wichtigen Bestandteil revolutionärer Politik (Entführung des CDU-Politikers Peter Lorenz, Botschaftsbesetzung Stockholm, etc).

Die Diskussion um das, was sich „Normalvollzug" nennt

Zu Beginn der 80er entzündete sich u. a. an den Haftbedingungen der Gefangenen und ihren verschiedensten Versuchen, in Hungerstreiks diese Haftbedingungen zu verändern, vielfältigster Widerstand.
Im Laufe der Auseinandersetzungen ist der Staat vermehrt dazu übergegangen, die Isolations- und andere Sondermaßnahmen unter dem Deckmantel des „Normalvollzug" in die Knäste zu integrieren, bzw. mit der Schaffung von Kleinstgruppen dem Vorwurf der Isolationsfolter die Spitze zu nehmen.

In einem Brief vom Dezember 1988 beschreibt Hanna Krabbe die Isolation wie folgt:
„rein technisch gesprochen ist Isolation Entzug. Dir wird systematisch alles entzogen, was deinen Sinnen Nahrung geben könnte, deinem Leben Sinn: andere Menschen. Aber es ist nicht einfach Leere, die sie herstellen. Tatsächlich erfährst du's als dauernden Angriff, Druck, Streß, die Stille attackiert dein Ohr, die weiße Wand, Fliegengitter, Sichtblenden deine Augen, die Trennung von anderen macht dich nackt - was ich sagen will: du erfährst die Isolation als Krieg, kapierst, daß du in der dauernden Konfrontation mit der Vernichtungsmaschinerie lebst."

Permanente Sondermaßnahmen - wie sie an den Gefangenen aus RAF, 2. Juni, etc. entwickelt und durchgesetzt wurden - sind in die Architektur von neuen Knästen schon völlig selbstverständlich integriert. In den Neubauten Berlin-Plötzensee und dem im Bau doch stark verzögerten Weiterstadt ist die Isolation Konstruktionsprinzip. In ihnen wurden alle Erfahrungen der Vereinzelung und Umerziehung zusammengefaßt zu einer hochentwickelten Technik der Zerstörung menschlicher Integrität. Eine ehemalige Gefangene aus Plötzensee berichtete: „der neue Knast, da ist alles betoneingelassen wie in den Zellen von Hochsicherheitstrakten, da gibt es keine Ritzen und keine Fugen, des ist alles so wie ein Guß: Boden, Wände, die Decke, es ist alles eins. Die Gänge zwischendurch, z. B. auf Besucherzentrum, das sind so grüne Linoleumböden, die völlig geräuschlos sind, wenn man da drauf geht, daß da überhaupt kein Ton zu hören ist, wenn da ein Mensch drauf läuft. ... Es werden halt zwei bis drei Mal in der Woche Zellenkontrollen gemacht. ... In Plötzensee haben sie eben 10 Leute auf einer Station, das ist dann eine Gruppe (sog. „Wohngruppen"), und diese Leute müssen dann praktisch ihre ganze Haftzeit über zusammen sein. Da kommt nichts rein, da geht nichts raus, da bleibt immer alles auf einer Station. Denn die Stationen sind abgeschlossen, man kann nicht auf ne andere Station, jemanden drüben besuchen gehen, das gibts nicht. ... Wir Drogenabhängigen haben eine halbe Stunde Besuch, entweder mit Trennscheibe und Sprechanlage oder mit Schließerin, die hautnah an einem dran sitzt."
In neuen Pilotprojekten, z. B. dem Hochsicherheitsbereich der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede, wird angestrebt, durch die Belegung mit sog. Kurz- und Erstbestraften nach außen das Bild von einem „normalen" Knast zu vermitteln. Durch die Hin- und Herverlegungen wird die Verbindung von Hochsicherheitsbereich und „Normalvollzug" wie selbstverständlich hergestellt - der Trakt verliert seine „Besonderheit", er wird endgültig zum integralen Knastbestandteil. Daß gerade hier in einem Bereich mit Kameraüberwachung, speziellen Fensterkonstruktionen, Sicherheitsmöbeln, Extra-Hof, elektronisch kontrollierten Türen und Gegensprechanlagen ausprobiert wird, mit täglich Acht-Stunden-Akkord-Zwangsarbeit den Widerstand der Gefangenen zu brechen, erinnert an Arbeitslager.
An den Kämpfen der gefangenen Frauen in dem High-Tech-Knast Plötzensee (1987 und 1989) wurde deutlich, wie sehr sich die Haftbedingungen von politischen und sog. sozialen Gefangenen angeglichen haben (s.o.). Die Belegung des Hochsicherheitstraktes, die Entwicklung des „Wohngruppenknastes", Trennscheiben, Zensur, Körperkontrollen usw., alles begründet mit der „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt", spalten die Gefangenen insgesamt in „Resozialisierbare" einerseits und „Unbelehrbare" andererseits.



Auch wenn sich die Haftbedingungen im Laufe der Jahre angeglichen haben, darf allerdings ein wesentlicher Unterschied nicht übersehen werden. Die Aussicht auf Freilassung nach einer „Strafverbüßung" ist für ein Teil der Gefangenen aus der RAF nicht gegeben, im Gegenteil. Die erneuten Urteile auf weitere lebenslängliche Haftstrafen und die erneute Isolierung einzelner Gefangener demonstrieren das überdeutlich. Die Forderungen nach Aufhebung der Isolation, nach freier politischer Kommunikation und dem Austausch untereinander, der Aufhebung aller Sondermaßnahmen gegen Gefangene, usw. ziehen sich durch alle Widerstandsaktionen in den verschiedensten Knästen in den vergangenen Jahren hindurch. Für die, die für den Rest ihres Lebens weggesperrt sind, ist die Erfüllung dieser Forderungen überlebensnotwendig.

Schreibt den Gefangenen: Andreas Ehresmann, Ralf Milbrandt, Rainer Paddenberg, Werner Konnerth über Herrn Dr. Beyer, Ermittlungsrichter beim BGH, Herrenstr. 45 a, 76133 Karlsruhe

AG Außenwirkung, Berlin Oktober 1995

Bremer Frauen/Lesben-Solidaritätsaufruf

Am 13. Juni '95 wurden in mehreren Städten in der BRD ca. 50 Wohnungen, Arbeitsstätten, Läden, Vereine und Projekte durchsucht. Als Vorwand dienten der Bundesanwaltschaft (BAW) Durchsuchungs- und Haftbefehle nach §129 und §129a (Werbung, Unterstützung für und Mitgliedschaft in einer "kriminellen" und/ oder "terroristischen" Vereinigung.)

Die Durchsuchungen wurden mit vier verschiedenen Vorwürfen begründet:
- Verdacht auf Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in den "Antiimperialistischen Zellen" (AIZ), denen verschiedene Anschläge in den letzten zwei Jahren zur Last gelegt werden.
- Verdacht auf Unterstützung und Mitgliedschaft in der Gruppe K.O.M.I.T.E.E., der ein mißglückter Anschlag auf den Neubau eines Abschiebegefängnisses in Berlin und ein weiterer Anschlag auf eine Bundeswehrkaserne zugerechnet wird
- Verdacht auf Unterstützung und Mitgliedschaft in der Rote-Armee-Fraktion (RAF)
- Verdacht auf Herstellung und Vertrieb der Zeitschrift "radikal", verbunden mit Werbung und Unterstützung von "terroristischen Vereinigungen".

Im Zuge der Durchsuchungen wurden vier Männer wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung nach §129 verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie für die Herausgabe der Zeitschrift "radikal" verantwortlich seien.

Die Zeitschrift "radikal", die seit Mitte der 70er Jahre erscheint, wurde zu einem Forum, in dem über Erfahrungen und Strategien des linken Widerstandes in der BRD diskutiert wurde. Neben Diskussionsbeiträgen werden unterdrückte oder totgeschwiegene Nachrichten veröffentlicht, dazu gehörten und gehören unter anderem auch Erklärungen von feministischen und linken Gruppen zu militanten Aktionen in der BRD.

Weitere drei Männer und eine Frau werden aus demselben Grund (Verdacht auf Herstellung der "radikal") gesucht.

Zwei der Personen kommen aus Bremen: Matthias und Jutta. Einige von uns kennen Matthias. Viele von uns kennen Jutta: wir leben mit ihr und/oder arbeiten gemeinsam mit ihr in lesbisch/feministischen Gruppen, zu Themen wie sexistische Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und Knast.

Insgesamt laufen in der BRD seit dem 13.6.95 viele Ermittlungsverfahren, davon allein acht in Bremen. Seit dem 4.7.95 sitzt Ulf aus Bremen für fünf Monate in Beugehaft, weil er sich nicht zu Aussagen über seinen Mitbewohner zwingen ließ.

Wir erklären uns hiermit als feministisch/ lesbische Gruppen solidarisch:

- weil wir einzelne kennen, mögen und schätzen
- weil die Angegriffenen exemplarisch für politisches Denken und Handeln in feministischen und linken Zusammenhängen kriminalisiert werden
- weil wir wie die angegriffenen Einzelpersonen und Strukturen Teil des Widerstandes gegen Unterdrückungsstrukturen wie Sexismus, Rassismus, Klassenunterdrükkung, Zwangsheterosexualität ... sind
- weil wir noch immer die Gesellschaft verändern wollen!

Wir fordern:
Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
Einstellung aller Ermittlungsverfahren!
Sofortige Freilassung aller Gefangenen!

Für die Unterstützung der Lesben/Frauen aus Bremen, gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen §§129/129a läuft benötigen wir eure Spenden!
FrauenLesben-Solikonto: 0030548713, Sparkasse Bremen, BLZ 290 501 01



Kritische Solidarität und solidarische Kritik

In der Juli-Zeck (Seite 9) heißt es: *"Auch wenn es eine berechtigte Kritik gegen die Angriffsdurchführungen der AIZ gibt, wollen wir unsere Solidarität mit den AIZ-Beschuldigten gegen diesen Angriff des Repressionsapparates der BRD betonen."* Das heißt: Solidarität mit den Festgenommenen und den von der Repression Betroffenen. Das ist gut und richtig. Die "berechtigte Kritik", warum fehlt sie?

Politische Gefangene aus bewaffnet kämpfenden Gruppen gibt es seit gut einem Vierteljahrhundert. Und Solidarität mit ihnen auch. Nur mit der Kritik steht es schlecht. Es ist sogar dazu gekommen, daß Kritik mit Entsolidarisierung, ja Verrat gleichgesetzt wird.

In einem Flugblatt der Soligruppe Hamburg steht u.a. unter der Zwischenüberschrift *"bezogen auf die konkrete Solidaritätsarbeit leiten wir ... folgende Grundsätze ab: Wir werden uns in unserer Arbeit weder von den verfolgten Gruppen, noch von konkret angeklagten Genossen distanzieren. Innerhalb der Linken ist Solidarität unteilbar. Widersprüche zu den politischen Konzepten der angegriffenen Gruppen, ihren Analysen oder ihrer Praxis dürfen nicht darüber gelöst werden, daß man die Beschuldigten dem Staatsschutz überläßt. Die Betreffenden kommen aus unserer Mitte, sie sind uns aus vielen gemeinsamen politischen Initiativen bekannt und wir werden nicht widerstandlos hinnehmen, daß sie eingeknastet werden bzw. bleiben. Aus diesen Gründen rufen wir auch zur Aussageverweigerung auf."*

Kritik an den Analysen und der Praxis soll also heißen Distanzierung und "dem Staatsschutz überlassen". Anders ausgedrückt bedeutet das: Solidarität ist von der eigenen politischen Analyse, von der eigenen Moral zu trennen, denn das würde die Betroffenen dem Staatsschutz in die Hände treiben. Aber es heißt auch: "Innerhalb der Linken ist Solidarität unteilbar." Gerade deshalb gehört die Kritik unabdingbar dazu, umsomehr, als "die Betreffenden aus unserer Mitte kommen".

Die Schwierigkeiten, Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Kritik an ihren Analysen und Aktionen zusammenzubringen, gibt es, seit es bewaffnete und militante Gruppen gibt. Beides gibt es bis heute.

Als im Frühjahr und Sommer 1972 fast die gesamte erste RAF-Generation verhaftet wurde, wurden die Gefangenen in Isolationshaft gesteckt. Wir alle mußten erstmal lernen, was das überhaupt ist. Die Gefangenen erfuhren sie schmerzhaft am eigenen Leib, und die Besucherinnen und Besucher haben die Spuren dieser Art von Folter an ihnen gesehen.

Ich habe nur bei den ersten beiden Besuchen bei meiner SchwesterGudrun wirklich politisch mit ihr gestritten. Danach habe ich mich nur noch um ihr Überleben gekümmert und das der anderen RAF-Gefangenen.

In mehreren großen Städten der Bundesrepublik wurden Komitees gegen die Isolationshaft an politischen Gefangenen gebildet. Ich gründete zusammen mit einigen Freunden und politisch aktiven Menschen eines in Köln. Wir haben Christen, Liberale, Prominente aus dem Wissenschafts- und Kulturbetrieb angesprochen und einige davon überzeugen können, daß diese Haft in einer Demokratie nicht geduldet werden kann, und daß politische Gefangene hier ein nach den Regeln des Rechtsstaates geführtes Verfahren erhalten müssen. Wir machten also Öffentlichkeitsarbeit und trugen nicht unwesentlich dazu bei, daß die Haftbedingungen der Gefangenen zum Thema auch in den liberalen Zeitungen wurde.

Im Hungerstreik 1974/75 starb Holger Meins und einen Tag danach wurde der

Berliner Kammergerichtspräsident von Drenckmann erschossen. Es gab wegen des Todes von Holger Meins etwa 50 Demonstrationen und verschiedene Aktionen in der ganzen Bundesrepublik. Die Isolationshaft war zu einem Begriff in der Öffentlichkeit geworden, viele Menschen waren damals über diese Art der Folter empört und bereit, sich dagegen zu engagieren. Vielleicht hätten die Toten Trakts in dieser Zeit auf die Füsse derer fallen können, die sie verordnet haben. Die Schüsse auf von Drenckmann haben mit einem Schlag diese öffentlichen Diskussionen um die Isolationshaft beendet. Sie ist eigentlich auch nie wieder skandalisiert worden. Wir haben es nicht geschafft, sie als Vernichtungshaft, als Menschenrechtsverletzung der Ächtung preiszugeben. Wir haben es nicht geschafft, daß die Toten Trakts überall abgeschafft wurden. Bis heute nicht.

Die Komitees haben im Laufe der Zeit die RAF-Politik unkritisch propagiert, ganz entgegen ihrer ursprünglichen Funktion, nämlich durch Öffentlichkeitsarbeit den Schutz der Gefangenen zu gewährleisten. Stattdessen haben wir all diejenigen, die Kritik - wohlverstanden solidarische Kritik - als Scheißliberale und Spießer abgetan, abgewertet und schließlich verjagt, wenn sie nicht von sich aus gegangen sind. Und heute beklagen wir die mangelnde "liberale Öffentlickeit".

Viele der sog. Sympathisanten haben jede Kritik, jede Korrektur an der bewaffenten Politik gründlich mißverstanden, mißverstehen wollen, als Distanzierung, Entsolidarisierung - sofern wir überhaupt zugehört haben. Wir haben das rigide Freund-Feind-Schema der Gefangenen übernommen, obwohl wir nicht isoliert von den verschiedensten Diskussionen waren. Wir haben dadurch die Gefangenen zusätzlich isoliert und alleingelassen. Viele haben sogar auf eine Kritik von einzelnen Gefangenen an der RAF-Politik, die sie trotz Isolation und Gruppendruck erarbeitet haben, ebenso mit Ausschluß beantwortet wie die RAF selbst. Ein grauenhafter Vorgang.

Bei der Solidaritätsarbeit für Gefangene werden wir in der Regel nicht gefragt, wie wir zu ihren Taten stehen. Natürlich ist eine Verletzung der Menschenrechte bei z.B. einem Drogendealer nicht minder schlimm als bei einem politischen Gefangenen. Und die Solidarität mit ihm wird keineswegs teilbar, weil wir seine Tat verurteilen, sie gehört wie selbstverständlich dazu. Bei der Solidarität mit politischen Gefangenen wird uns ein Urteil über die Taten der Gefangenen abverlangt, weil es unklar ist, ob der oder diejenige sie gutheißt oder ablehnt, da politische Gefangene einen politischen und gesellschaftlichen Kampf personifizieren als dessen Teil wir uns verstehen und deshalb ihre Taten mitverantwortlich sind.

Um diese Arbeit dürfen wir uns nicht herummogeln, weil die Unklarheit in diesem Punkt die Solidaritätsarbeit nicht nur schwer behindert nach außen, sondern auch nach innen vergiftet.

Zur Erinnerung hier ein Abschnitt einer Erklärung der RZ vom Dezember 1991 zum Tod von Gert Albartus:

"Wir haben uns über all diese (Furcht vor Beifall von der falschen Seite C.E.) Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden."

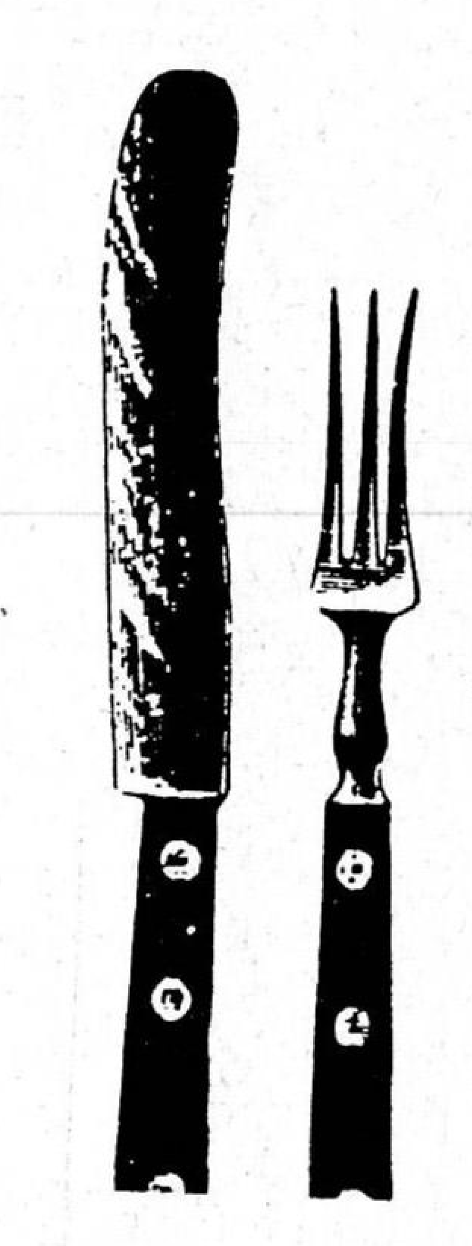
Es ist höchste Zeit, diese unsägliche Begriffsverwirrung, wo Weiterentwicklung mit Identitätsverlust, Korrektur des politischen Konzepts mit Counterstrategie oder Reformismus, Kritik mit Verrat und Militanz (unhinterfagt "an sich") mit revolutionär-links gleichgesetzt wird, aufzubrechen, zu klären.

Wenn wir die Menschenrechte zum Maßstab unserer Politik machen, dann müssen wir Menschenrechtsverletzungen stets und ohne Ausnahme zum Gegenstand unserer Kritik machen, zuerst und vor allem, wenn sie von bewaffnet kämpfenden Gruppen "aus unserer Mitte" gedacht oder begangen werden.

Wer in der Tradition der Aufklärung - Freiheit, Gleichheit und Menschlichkeit für alle - steht, muß der AIZ unmißverständlich sagen, daß sie sich mit ihren Aussagen zu Bündnissen mit fundamentalistischen islamischen Organisationen aus diesem Zusammenhang verabschiedet hat. Wer wie die AIZ behauptet "der antiimperialistische Kampf wohnt in den Herzen aller friedliebenden Menschen..." und nach der 25jährigen RAF-Geschichte von der Notwendigkeit von "potentiell tödlichen Aktionen" spricht, kann sich vom Denken vielleicht schon ganz verabschiedet haben und keiner Art von Kritik mehr zugänglich sein.

Christiane Ensslin
Hamburg, 12. September 1995

Dieser Text ist das Ergebnis einer längeren Diskussion mit einem Mann aus den Reihen der Autonomen, also einem aus eurer Mitte und entstand mit der Absicht, zu einer konstruktiven Auseinandersetzung beizutragen.



Freispruch für Vega: Weiter in Haft

■ Angebliches ETA-Mitglied wegen Urkundenfälschung freigesprochen. Auslieferungshaft bleibt weiter bestehen

Der 33jähriger Benjamin Ramos Vega ist gestern vom Vorwurf der Urkundenfälschung freigesprochen worden. Die 63. Kleine Strafkammer des Landgerichts konnte dem in Auslieferungshaft sitzenden Angeklagten die Benutzung eines gefälschten Peronalausweises nicht nachweisen. Das angebliche ETA-Mitglied Vega bleibt jedoch weiter hinter Gittern. Der Freispruch wegen Urkundenfälschung „hat nicht den geringsten Einfluß auf die Auslieferungshaft", sagte Justizsprecher Reiff.

Hinter dem Prozeß um die Urkundenfälschung verbirgt sich eine Auseinandersetzung zwischen dem Berliner Kammergericht und der spanischen Regierung. Auf Ersuchen der spanischen Justiz wurde der Baske am 28. Januar 1995 in Schöneberg festgenommen und von angereisten spanischen Kriminalbeamten identifiziert. Ihm wird die Beschaffung einer Wohnung für ETA-Attentäter in Barcelona vorgeworfen. Nach Ansicht der Vega-Verteidiger sollen vor der Festnahme durch Abhörtechniken Gespräche des Angeklagten in der Schöneberger Wohnung beschafft worden sein.

Seit der Inhaftierung versuchen die Anwälte von Ramos Vega, dessen Auslieferung an Spanien zu verhindern. Sie fürchten, daß dem HIV-Infizierten dort Folterungen bevorstünden und eine medizinische Versorgung nicht gewährleistet sei.

Das Berliner Kammergericht hielt die Bedenken des Angeklagten und seiner Anwälte, er sei der Gefahr der Folter ausgesetzt, für stichhaltig. Der 4. Strafsenat forderte deshalb am 13. Oktober von der spanischen Seite direkt eine Zusage, daß der Angeklagte nicht in Isolationshaft genommen und mögliche durch Folter erpreßte Aussagen nicht verwendet werden. Bis zum 10. Dezember dieses Jahres muß die spanische Justiz eine schriftliche Erklärung abgeben, in der sie die Unversehrtheit und medizinische Versorgung von Vega garantiert. Sollte dies nicht der Fall sein, könnte der ETA-Verdächtige freikommen.

Wegen Ramos Vega ist es zwischen Spanien und der Bundesrepublik zum Streit gekommen. Spaniens Innenminister Juan Alberto Belloch verlangte vor wenigen Tagen, daß die deutsche Gesetzgebung geändert wird, soweit sie die Auslieferung von Terroristen behindere.

taz/ADN

Verdächtige nach Knast-Anschlag

■ Ex-Freundin eines V-Mannes soll mit gesprengt haben

Berlin (taz) – Die Karlsruher Bundesanwaltschaft verdächtigt eine 30jährige Frau, am Sprengstoffanschlag der Roten Armee Fraktion (RAF) auf den Gefängnisneubau im hessischen Weiterstadt beteiligt gewesen zu sein. Bisher hatte die Behörde nur gegen Unbekannt ermittelt. Bei der Verdächtigen handelt es sich um Andrea W. aus Frankfurt am Main. Es ist die ehemalige Freundin des V-Mannes Klaus Steinmetz, der über seine Kontakte zur sogenannten Kommandoebene der RAF den katastrophalen Polizeieinsatz von Bad Kleinen im Juni 1993 erst ermöglicht hatte.

Die Bundsanwaltschaft gab sich gestern zugeknöpft. Sprecher Hannich bestätigte nur, daß seine Behörde wegen eines „Anfangverdachts" ein Ermittlungsverfahren gegen eine ihr namentlich bekannte Person eingeleitet hat.

Bei dem Anschlag auf den Gefängnisneubau am 27. März 1993 war ein Schaden von rund 150 Millionen Mark entstanden. Nachdem die RAF im April 1992 ihren Verzicht auf weitere Attentate gegen Vertreter aus Wirtschaft und Politik erklärt hatte, sollte mit dem Sprengstoffanschlag der Druck für eine vorzeitige Freilassung von RAF-Gefangenen erhöht werden.

Im Zusammenhang mit dem Anschlag war die 30jährige im Juli als Zeugin in einem Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt vorgeladen gewesen. Ursprünglich hatte sich dieses Verfahren gegen den V-Mann Steinmetz gerichtet, weil die Behörden ihn im Verdacht hatten, sein Wissen um den geplanten Anschlag verschwiegen zu haben. Gegen Steinmetz wurden die Ermittlungen eingestellt, anschließend ließ dann die Bundesanwaltschaft mehrfach die Wohnungen früherer Bekannter des Spitzels durchsuchen.

Eine der Hausdurchsuchungen bei Andrea W. wurde damit begründet, „entweder sie selbst oder dritte Personen" hätten die Fahrzeuge benutzt, mit denen der Sprengstoff transportiert worden sein könnte. Bei den Fahrzeugen handelte es sich um ein Motorrad und ein Auto, beide auf Steinmetz zugelassen.

Darüber hinaus soll eine beschlagnahmte Tasche Sprengstoffkomponenten ausgewiesen haben, „die in vergleichbarer Zusammensetzung am Tatort des Sprengstoffanschlages auf die JVA Weiterstadt gefunden wurden".

Andrea W. soll abgetaucht sein, meldete gestern *Focus*. Tatsächlich hat die jetzt Beschuldigte aber schon Ende August die Bundesanwaltschaft in der Berliner Szenezeitschrift *interim* beschuldigt, „ein Ermittlungsergebnis zu produzieren". Sie habe sich daher entschieden, „aus einer sicheren Entfernung zu beobachten, wie sich das weiterentwickelt".

Wolfgang Gast

Die neue dreiteilige Serie

Teil 2

„Zeitung für unkontrollierte Bewegungen" - die „radikal" von 1980 bis '84 eine essayistische Nachbetrachtung - dreizehn Jahre später

Der Wind dreht sich

Schon auf dem Titel der April-Ausgabe (Nr. 91) schaut einen ein trauriger Clown an und fragt *„Bewegung kaputt?"*. Zu diesem Zeitpunkt, an dem, wenn du dich heute daran erinnerst, die Bewegung eigentlich auf dem Höhepunkt gewesen ist, war sie real schon am Zerfallen. Im Frühjahr '81 werden wir zerrieben zwischen der Gegenoffensive des Staates (ereignishaft festmachbar an der Räumung des Fränkelufers) und den eigenen Fliehkräften, die kaum hatten sie sich gebündelt - schon wieder in alle Richtungen auseinandertrieben. In Berlin geht es um den Streit zwischen VerhandlerInnen und NichtverhandlerInnen, und den Versuch der Alternativen, uns ins System zu reintegrieren. **Konkret erfahren wird es jedesmal anders, strukturell ist es das Schicksal jeder Bewegung**. Heute liest sich das alles sehr ironisch. Die damaligen „Integrationsstrategen" sind heute in der SPD oder sonstwo, und „wir", d.h. die Leute, die du 1995 noch auf Kreuzberger Straßen treffen kannst, die damals die Alternativen heftig bekämpft haben, sitzen heute genau in jenen Alternativklitschen, weil sie uns ein ökonomisches Überleben und damit einen Fortbestand als linksradikale Szene ermöglichen. Im Rückblick betrachtet, ist es uns gelungen, einen Teil dieser Integrationsstrategie für unser Überleben umzudrehen. Viele andere sind uns völlig aus den Augen verschwunden. Die meisten hat mit gleicher Radikalität, wie sie damals die Integration ablehnten, die Existenzpanik erfasst und sie sind heute irgendwo, integriert und kaltgestellt, **... und war was ... ?**

Aber die Kräfte verschleißen wir auch in der *„nackten Konfrontation"*. Verzweifelt bemühen sich verschiedenen AutorInnen, einen Ausweg zu finden. Direkt kommt die Bewegung gegen den sich formierenden militärischen Apparat der Herrschenden nicht an. Und wir merken, daß wir doch etwas zu verlieren haben. Themrock formuliert dies so:

„Hört auf euch zu verheizen
wir wollen keine menschen entbehren
in diesem schweine-staat

haben wir nicht list genug
hinter den kanonen zu stehen
die sie auf uns richten

hört endlich auf euch zu verheizen
wir brauchen jedes bißchen leben
in diesem grauen land

haben wir nicht kraft genug
sie da zu treffen
wo sie nicht auf uns warten

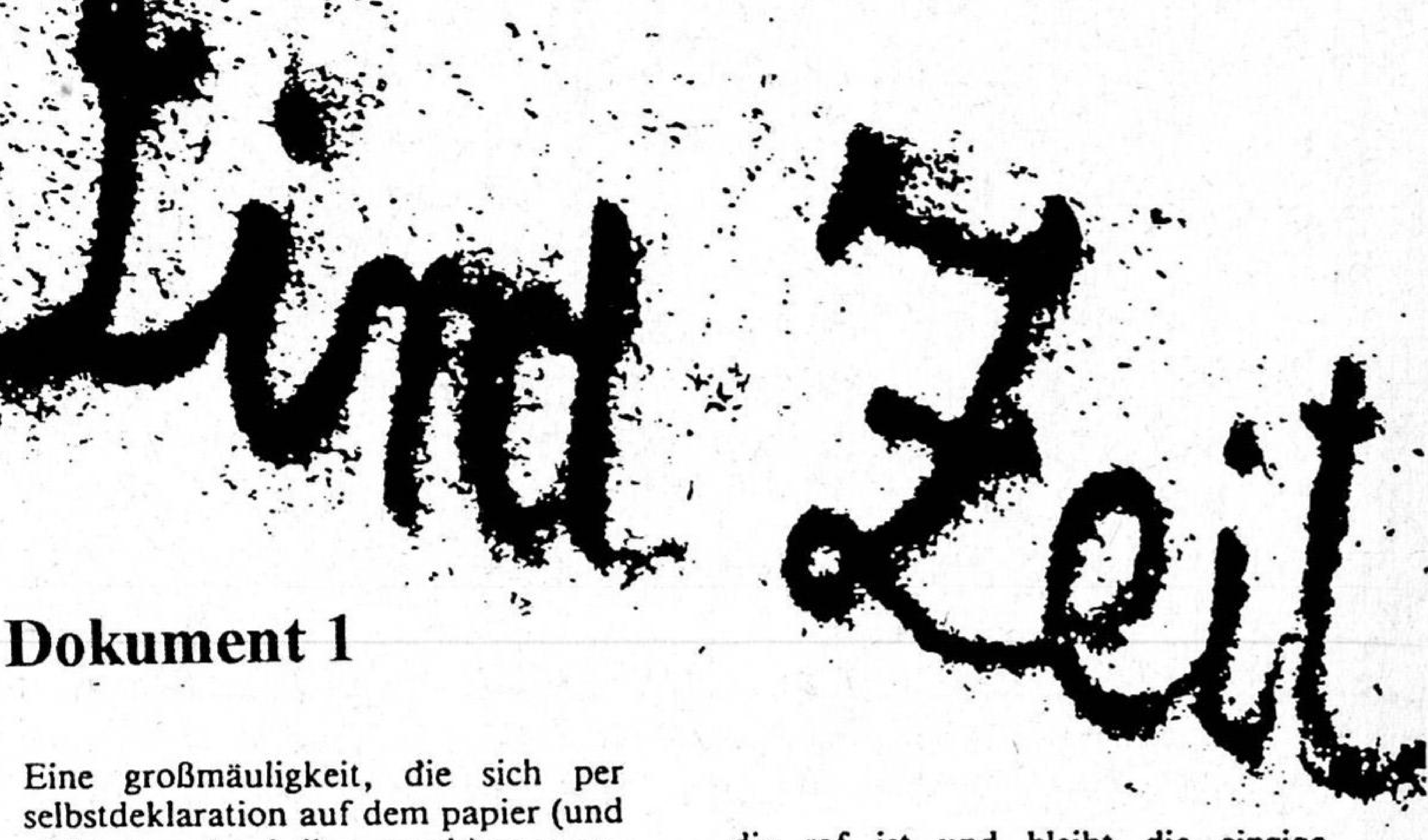
ich hab schon beton brennen sehen"

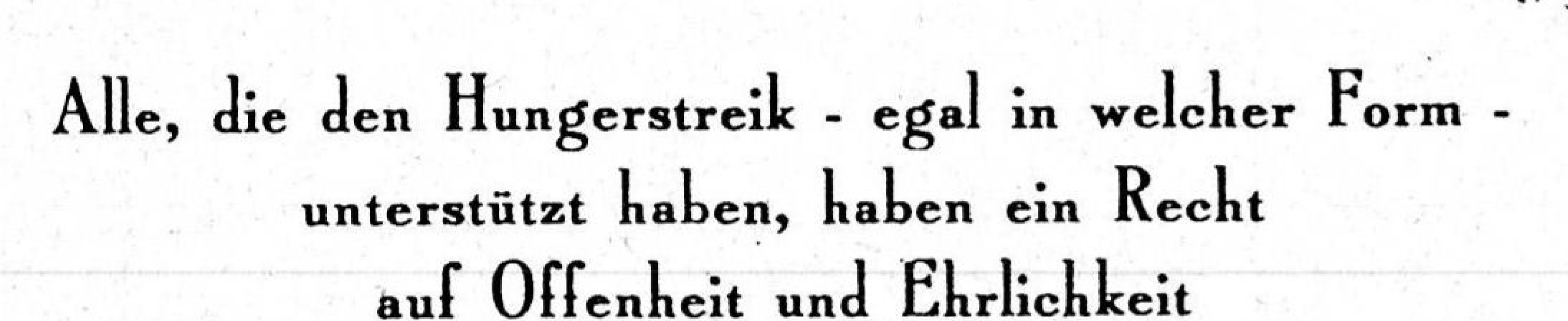
Im Vorspann zum Artikel *„Die alternativen Techniken des sanften Staatsschutzes"* ist gut zusammengefaßt, wie dieser andere Angriff des Staates aussieht: *„Was eigentlich schon jeder ahnte, vielleicht sogar wußte, hier haben wir es jetzt schwarz auf weiss: es finden Geheimverhandlungen zwischen Sozialdemokratie und Netzwerk statt, wie man sich der staatlichen Kontrolle entziehende Teile der Jugend wieder in den Staat integrieren, oder sie wenigstens auf einem alternativen Nebenzyklus kaltstellen kann. Dieser Statt will und kann nicht auf 10 - 20 % der Jugendlichen verzichten, dazu ist er ein viel zu anfälliges hochtechnisiertes Gebilde; diesen Bodensatz/Sumpf an Verweigerung, der jeden Augenblick zum Angriff übergehen kann, will der sozialdemokratische Staat jetzt endlich ausrotten/trockenlegen, weil er ihm, vor allem im Ausblick auf die kommenden Jahre, immer gefährlicher wird. Ohne uns. Wir lassen uns nicht integrieren. Wir werden hier schon noch alles zur Wiese machen. Paßt bloß auf!!!"* Das Ganze ist garniert mit einem Zitat von M. Foucault: *„Das Leben und die Zeit des Menschen ist doch nicht Arbeit, sondern eher: Lust, Unstetigkeit, Fest, Ruhe, Bedürfnisse, Zufälle, Begierden, Gewalttätigkeiten, Räubereinen, etc. ...".*

Die nächste Ausgabe (Nr. 92, 5/81) ziert dann ein Titelbild, daß sich mit den integrativen Angriffen auf den militanten Flügel der Bewegung auseinandersetzt: taz, Netzwerk, ufa-fabrik und AL sind von der „Bewegung 7.April“ entführt worden und gestehen nun ihre schändlichen Pläne. Doch politisch ist es genau damit den Herrschenden gelungen, die Auseinandersetzungen in die Bewegung zu tragen. Nicht mehr die CDU/SPD/FDP-Politik ist der Hauptgegner, sondern die relativ Nächsten, die obige Viererbande. Und gerade wir formulieren diesen Streit voll mit, ja ziehen sogar einen Großteil unserer politischen Identität aus diesem Konflikt. Wir sind „NichtverhandlerInnen“ und nicht mehr „HausbesetzerInnen“. **Gewinner in einem gesellschaftlichen Konflikt ist immer derjenige, dem es gelingt, sein Anliegen und den Streit darüber in die Reihen des Gegners zu tragen.**

Ein weiteres wichtiges Thema des Frühjahrs war der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF. In einem in dieser Ausgabe (Nr.92) veröffentlichten Papier einer RZ ist dazu alles gesagt. Die RAF antwortet darauf 11 Jahre später - 11 Jahre zu spät. Was wäre damals möglich gewesen, wenn das im April '92 erschienen Papier der RAF als Antwort auf das RZ-Papier zum Hungerstreik '81 erschienen wäre ?? Geloost !!
Zu diesem Zeitpunkt taucht ein erster Artikel auf, der versucht, sich politisch an den Begriff „Autonomie“ anzunähern und der kurz die

Fortsetzung zwei Seiten weiter





Dokument 1

das folgende papier ist von mitgliedern der revolutionären zellen geschrieben, die aktiv versucht haben den hungerstreik zu unterstützten. Sie ist keine äusserung aller genossen/innen, die in rz organisiert sind und auch nicht innerhalb der rz diskutiert worden. wir verstehen es einfach als beitrag zur momentanen diskussion.

Die umstände des hungerstreikabbruchs der raf-gefangenen zum zeitpunkt des juristischen todes von sigurd debus haben zu einer verbreiteten verwunderung, unsicherheit und ratlosigkeit bis hin zum frust bei denjenigen geführt, die - unabhängig von ihrer politischen position - aktionen, veranstaltungen etc. zur unterstützung des hs gemacht, bzw. getragen haben. Sicherlich mit ein grund dafür ist, das die vom staat befürchteten »krawalle« weitgehend ausgeblieben sind. Über die motive,die die raf-gefangenen zum abbruch ihres hs bewogen haben,können wir nur vermutungen anstellen. damit wollen wir aber nicht arbeiten.
fakt ist, das weder aus den offizellen verlautbarungen der herrschenden noch aus der abbrucherklärung der gefangenen (v. 16.4.81) ein grund zur beendigung des hs ersichtlich ist. wäre eine »lösung« (zitat aus abbrucherklärung), d.h. ein konkretes verhandlungsergebniss vorhanden, bestünde kein anlass zu derart vagen und nichtssagenden formulierungen wie z.b. die berufung auf zwei interventionen (!?) von amnesty international. Ist amnesty eigentlich plötzlich was anderes als ein bürgerlicher verein, ohne jegliche kompetenzen??? Ai war, ist und wird nie ein sprecher und vertreter von gefangenen zur artikulierung und durchsetzung ihrer forderungen und bedürfnisse.

Um mißverständnisse von vornherein auszuschließen, wollen wir klarstellen, daß es uns in keinster weise darum geht, den raf-gefangenen vorzuwerfen, das sie den hs abgebrochen haben. Jedenfalls hätte es andere gründe gegeben, den hs zu beenden bzw. fortzuführen: in anbetracht der tatsache, daß von anfang an klar war, daß die forderungen in der gegenwärtigen situation nicht durchsetzbar sind, hätte der hs schon zu einem früheren zeitpunkt abgebrochen werden können, mit der einfachen, realistischen und ehrlichen begründung, daß es sinnlos ist, weiterzumachen: wir investieren nicht unser leben für eine aktuell aussichtslose sache (womit wir nicht behaupten wollen, es sei überhaupt sinnlos, für aktuell nicht durchsetzbare ziele zu kämpfen). Das wäre weniger niederlage gewesen, als der abbruch mit dieser fadenscheinigen begründung.Genauso hätte der tod von sigurd debus ein grund sein können, denn hs fortzusetzen,weil gerade dadurch der öffentliche druck so verstärkt hätte, daß zugeständnisse möglich geworden wären.
So oder so - alle, die den hs, egal in welcher form, unterstützt haben, haben ein recht auf offenheit und ehrlichkeit.
Wo nehmen die gefangenen aus der raf die vermessenheit und den realitätsverlust her, einen satz zu papier zu bringen, wie:» aber wir meinen auch,das wir nicht die erfahrung der ira im dezember80 machen werden, nicht zuletzt,weil wir solidarität erfahren haben«. Die raf hat - auch nicht im entferntesten - die politische verankerung und militärische stärke der ira - ebensowenig lässt sich die solidarität, die die raf-gefangenen erfahren haben, mit der messen, die den irischen gefangenen in den h-blocks zuteil wurde.
das erinnert uns alles an die altbekannte, aber immer unerträglich und peinlicher werdende großkotzigkeit und selbstüberschätzung der raf, für die selbstkritik ein fremdwort ist und die damit zwangsläufig nur helden (fighter) oder verräter bzw. counterschweine kennt/produziert.

Eine großmäuligkeit, die sich per selbstdeklaration auf dem papier (und nicht etwa durch ihre praxis) zum nabel des widerstandes in den metropolen und zum hauptfeind des westlichen imperialismus emporstilisiert.
wir wollen unsere kritik an einigen beispielen deutlich machen:
- in den meisten papieren, so auch in der hungerstreikerklärung vom 6.2.81, ist immer wieder die rede von der »politisch - militärischen offensive der raf 77« . dies stimmt - bestenfalls -für die monate april bis september 77. was war aber die ganzen jahre davor? was danach? wo ist die rede davon, bzw. die problematisierung dessen, daß die raf spätestens nach zwei wochen der sechs wochen schleyer-entführung die politische initiative aus der hand gegeben hatte und sich auf mauscheleien und nichtöffentliche verhandlungen mit dem staat einließ, im gegensatz etwa zur lorenz-entführung die aktion immer mehr zum bloßen deal verkam? welche politische brisanz liegt allein in der person schleyers - für fast jeden deutschen arbeiter damals symbol und personifizierung des deutschen (faschistischen) kapitalistenschweins! und wie wenig wurde damit angefangen! wo ist die politische - propagandistische verwertung der informationen geblieben, die schleyer geben konnte? was bedeutete die entführung der »landshut« , was hat die raf mit der begründeten kritiken an dieser (selber produzierten counter)aktion, die ihre politische isolierung und niederlage 77 vollendete,angefangen? ....fragen über fragen. wo sind nur versuche von antworten von seiten der raf???
- die verhängnisvolle, politisch irrwitzige mär, »das illegalität das befreite gebiet des widerstandes in der brd ist, handlungsfähigkeit schafft« (hs erklärung vom 6.2.81). die raf selbst ist der existierende gegenbeweis für diese these: den zwar heftigen, aber kurzen strohfeuern der offensive folgte niederlage auf niederlage, kurzer handlungsfähigkeit lange handlungsunfähigkeit.

die raf ist und bleibt die einzige metropolen-guerilla,die die illegalität proklamiert. Diese proklamation der illegalität hat nichts mit der mit der notwendigkeit zu tun, die sich für jede guerilla stellt: die illegalität zu organisieren, d.h. die technischen,finanziellen und organisatorischen bedingungen zu schaffen, um illegal gewordenen mitgliedern und teilen der bewegung auch unter schwierigen bedingungen der illegalität die handlungsfähigkeit zu erhalten. handlungsfähigkeit mit minimalem aufwand besteht in der legalität, während die schaffung/erhaltung der handlungsfähigkeit in der illegalität mit großem aufwand und erschwerten bedingungen verbunden ist.
- die politische globalanalyse des westlichen imperialismus durch die raf, die keine widersprüche zwischen nationalen und multinationalen kapitalien, zwischen europäischen, japanischen und us - kapital kennt, nach der alle entscheidungen und richtlinien bis hin zu den haftbedingungen der raf-gefangenen im »spezial-coordination-comittee« des nationalen sicherheitsrates der usa gefällt und bestimmt werden,nach der die brd nur ein bundesstaat der usa ist........
analysen, bei denen für unsere begriffe viel zu viel unter den tisch fällt und die im grunde nur die legitimation dafür liefern, sich um die konkreten und sozialen auseinandersetzungen in diesen land einen dreck zu scheren und (da sonst niemand in europa das abstraktionsvermögen teilt) die raf zur avantgarde des antiimperialistischen widerstandes zu deklarieren.
die forderung nach anwendung der genfer konvention, die anerkennung als kriegsgefangene, finden wir falsch bis unmöglich. was haben wir zu tun mit den abkommen, die die herrschenden für ihre kriege treffen?? zweifellos befinden wir uns im krieg mit den herschenden, aber wir sind sozialrevolutionäre, keine soldaten, wollen es auch nie sein. soziale revolution ist weder

partei noch armee-sache. wenn sie es trozdem wird, verliert sie ihren revolutionären charakter, bleibt formal und putschistisch. es kann nicht verwundern,das ausgerechnet die raf eine solche forderung stellt, ist doch schon ihr name »rote armee fraktion« militärisch und ihre funktion nach eigener einschätzung avantgardistisch. in dieser logik ist auch die forderung nach einem kriegsgefangenenstatus eine forderung nach einem sonderstatus, die letztendlich jeden gemeinsamen kampf gegen den knast ausschließt,boykottiert. wenn an dieser stelle immer mit den bedingungen und erfahrungen der raf-gefangenen im normalvollzug argumentiert bzw. damit begründet wird, so hinkt diese argumentation an wesentlichen, prinzipiellen grundsätzen, nämlich:
daß man/frau sich niemals die politischen forderungen von den bedingungen und massnahmen des systems diktieren lassen kann und darf, sondern diese immer von der eigenen idendität bestimmt sein müssen. wir unterstellen der raf, daß sie ihre aussagen bezüglich des normalvollzugs lediglich als vehikel benutzt, um ihre forderung nach dem sonderstatus zu legitimieren. außerdem gehen wir davon aus, das sich unsere idendität grundsätzlich von der der raf unterscheidet.

wenn der normalvollzug für gewisse gefangene mit diversen mitteln und schickanen unerträglich gemacht wird, so heißt das kampf-nah-ziel nichtsdestotrotz: normalvollzug für alle!!!!bzw. zusammenlegung im normalvollzug, (selbstredend mit dem hintergrund:freiheit für alle!). das bedingt: abschaffung aller hochsicherheitstrakte und isolationsfolterkammern! Eine forderung im übrigen, die von der raf nicht explizit aufgestellt wurde. im gegenteil, hat sie sich jetzt auf die kleingruppenisolation im trakt eingelassen, die in berlin schon seit geraumer zeit praktiziert wird, und nichts anderes als eine schönheitsoperation ist.

»mit der raf können wir uns hinterher auseinandersetzen, müssen wir auch. aber nicht jetzt« (zitat nach faz,18.4.81) aussage eines »mitglieds« des berliner besetzerrates, die steht für viele derjenigen, die den hs unterstützen wollten und es auch getan haben, ohne sich als »sympatisanten« der raf zu verstehen, sich nicht idendifizieren mit ihren zielen und ihrer praxis, ja noch nicht einmal die konkreten forderungen des hs unterschreiben können. durch die zuspitzung in den letzten wochen des hs hatte sich dieses problem wieder aktualisiert, und wurde unter dem zeitlichen druck mal wieder nicht angegangen. wir meinen, daß es ein ausdruck des distanzierten verhältnisses zur raf ist,wenn viele genossinnen und genossen - wir schließen uns dabei ein - erst dann aktiv und öffentlich agierten, als das leben einiger menschem im knast auf dem spiel stand - was auch die teilweise humanitären/moralischen züge dieser solidarität offenbart. Und - als klar war, das sigurd debus sterben würde - wieder in relative passivität und hilflosigkeit verfielen..eine politische solidarität,die nicht moralisch ist und bleibt, setzt gerade eine genaue auseinandersetzung voraus.

- um mißverständnissen vorzubeugen: wir beziehen uns hier nicht auf die spontis, deren kritik lediglich die funktion hat, ihre passivität, ihr nichts-tun zu erklären und zu verschleiern. da spricht allein das schlechte gewissen der liberalen von heute.
eine genaue auseinandersezung meint die klärung der eigenen position, das verhältniss zu anderen,hier: zur raf allgemein und den hs forderungen im besonderen. und daraus entwickelt die bestimmung der punkte gemeinsamer betroffenheit, also gerade nicht kritik als bloße distanzierung und legitimation für passivität. dies ist u.e. notwendig,um sich zu aktuellen anlässen solidarisch, aber selbstbestimmt und politisch verhalten zu können, und über diese hinaus eigene politische inhalte und strategien zu formulieren und zu praktizieren, unabhängig von fakten, die von anderen gesetzt werden, deren position man/frau nur sehr oberflächlich teilen kann. das könnte z.b. heißen,über die aktualität eines hs hinaus gegen hochsicherheitstrakte, sonderbehandlung und isolation zu mobilisieren und zu kämpfen.
daß der erfolgreiche kampf gegen mörderische haftbedingungen eine enorme stärke der revolutionären bewegung erfordert,zeigt sich gerade am beispiel irland.Ein land, in dem die mobilisierung und solidarität eine breite hat, von der wir hier in der brd nur träumen können - und die herschenden verweigern trotzdem jedes zugeständnis.
so werden wir hier in der brd für und mit unseren gefangenen nur in dem maße etwas erreichen, wie wir draussen auf allen ebenen - auch gegen den knast - kämpfen und uns stück für stück unsere freiheit zurückerobern.

ES WIRD ZEIT, DASS WIR LEBEN

daß wir Leben!

Der Vernichtungswille der Herrschenden hat einmal mehr Opfer gefordert.

Sigurd Debus ist tot.

doch der kampf der unterdrückten innerhalb und ausserhalb der knäste geht weiter.
jede niederlage bedeutet unseren nächsten sieg.



italienische operaistische Theorie der „autonomia“ vorstellt. Es beginnt der Versuch, uns als Autonome zu definieren, denn die inhaltliche Leere der eigenen Rebellion wird auf Dauer doch gespürt. So fahren in diesem Sommer einige BerlinerInnen nach Italien, um sich als „Autonome in Aktion“ bei den „Autonomen der Theorie“ ein wenig umzusehen. Dazu später.
Immer wieder, in ‘zig Bildern, ist in der „radikal“ die Vorstellung von der Zerstörung der Städte zu finden. Nicht die Stadt umzubauen, sondern Städte so wie AKWs wieder zur Wiese machen, ist das Traumbild: *„Nichts erregte in ihnen soviel Ekel und Panik, wie der Gedanke, beim Wiederaufbau dabeisein zu müssen“.*
Als der Stern der „radikal“ als Bewegungszeitung aufgeht, geht es gleichzeitig dem ID (Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten) an den Kragen - er hat seine Zeit überlebt. Doch geht der Stern der „radikal“ wirklich auf? Das Kollektiv hat sich, wie gesagt, innerhalb eines Jahres aufgeraucht. Einige Leute treten, nervlich unter anderem wegen der ständigen Nachtwachen in den besetzten Häusern am Ende, der vielen Alarme wegen, der anstrengenden Kämpfe wegen, etc., aus dem Zeitungskollektiv wieder aus. Der Tag hat nun mal nur 24 Stunden und schneller, als mensch denken kann, stehen sich ‘zig Dinge, die mensch eigentlich gerne macht, alternativ gegenüber. Der „Häuserkampf“ ist für die eigene „politische Klasse“ zum full-time-job geworden. Die Wenigen, die sich entscheiden, weiterzumachen, suchen neue Leute für die „radikal“ und werden diese, aus all den ganz „Neuen“ des Häuserkampfes im Spätsommer gefunden haben. Ein neues Kollektiv entsteht. Aber nicht nur neue Köpfe, auch neue Ideen werden gesucht.
Durch den Sommer kommt die Zeitung mit zwei dünnen Extra-Ausgaben. Die Nr. 96 kündigt den Tuwat-Kongreß als *„Spektakel des Grauens“* und *„für den Untergang des Abendlandes“* an.
Zu einem zentralen Thema werden die Diskussionen um Befreiungsnationalismus - u. a. am Beispiel Nordirland und der IRA/INLA: *„Jetzt zu den inhaltlichen Schwierigkeiten, die ich mit dem Kampf in Nordirland hab: gefordert wird ein gesamtirischer Nationalstaat. Was ist eigentlich an dieser Forderung unterstützenswert? Wir fordern doch auch kein „vereinigtes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland“, obwohl dieses Terrain gleich von vier imperialistischen*

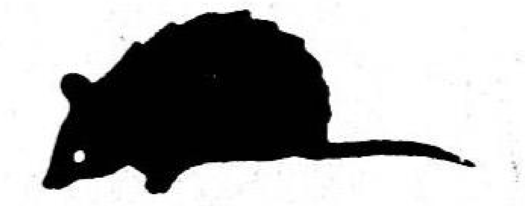


Mächten besetzt ist. Hier wissen wir doch, daß dies kein Schritt vorwärts in Richtung Befreiung, eher 200 Schritt zurück bedeuten würde. Warum soll das dann in Irland auf einmal revolutuionär sein?“ fragt „stiff little fingers“. Deshalb findest du heute so erschreckend, daß sich viele Diskussionen so alle 10 Jahre wiederholen; daß du mit jedem neuen Bewegungszyklus durch die selben Dummheiten noch mal durchmußt. Und wenn du dann „klug“ und differenziert genug bist, fehlt dir die Naivität und Begeisterung, um dich hemmungslos in die Dynamik einer Bewegung zu stürzen.
In der zweiten Extra-Ausgabe (Nr. 97, 8/81) erscheint unter dem Titel *„Anarchie als Minimalforderung“* der Versuch, sich als autonome Bewegung zumindest ein paar inhaltliche politische Eckpunkte zu geben. Wie gesagt, sind einige von uns in Padua bei den noch nicht verhafteten theoretischen Köpfen der „Autonomia Operaia“ gewesen. Diese hatten sie aufgefordert, ihre Bewegung mal inhaltlich zu skizzieren. Und genau um diese Thesen wird sich in den kommenden Monaten eine heftige Diskussion in der Berliner Bewegung entwickeln. Die „radikal“ wird das Forum dazu sein. Heute mußt du unwillkürlich grinsen, wenn du die Thesen nochmal liest. Und trotzdem, damals war es der authentische und richtige Ausdruck von unserem Denken. Aber der Hintergedanke, unserem diffusen rebellischen Lebensgefühl ein politisch-ideologisches Fundament unabhängig von Tagesereignissen zu geben, gelingt nicht so richtig, wie die heftige Diskussion zeigt (Nr. 98 I, 9/81). Bald schließt sich mit dem Text „Bildet Banden“ von Klaus Viehmann ein zweiter Versuch an, ein Theoriegebäude zusammenzuzimmern.
Doch nicht nur in Berlin hat sich der Wind gedreht. J. M. berichtet aus Zürich von seiner „Reise nach Zürich - Reise in einen Mythos“: *„zürich - die dortige bewegung ist mittlerweile ein trümmerhaufen - ein mythos - ein medienprodukt - eingekauft und integriert - zerschlagen - die reste liegen bekifft und besoffen in dem „gesellschaftlichen freiraum“ ajz rum - oder haben sich auf irgendwelchen trampelpfaden im dschungel verfangen ...“.*
Als Anmerkungen zu einem Artikel über Medien findest du dann die medientheoretischen Überlegungen der „radikal“: *„Kurz vor Schluß, morgens um 7 Uhr beim Layout, werden noch ein paar weitere Gedanken dazu eingeworfen:*
1. Jedes Medium schafft Realität und stellt keine dar. Deshalb gilt es, bewußt vom

subjektiven Standpunkt und immer das Auge des Kameramannes oder des Autors bejahend, Medien zu benutzen.
2. Jede Sprache ist Herrschaftssprache. deshalb will ich umsomehr Subjektivität und Nicht-Allgemeinheit in einen Text einfliessen lassen; „ich" und nicht „man".
3. Jedes Medium erzeugt eine gewisse Totalität von Situationen, die real so nicht gegeben sind - z.b. beim Film Reduktion des Sehens auf eine viereckige Fläche.
4. ein anderes mal ..."
So kurz und knackig formuliert hab ich dies noch selten gefunden. Und was ist heute: wieder die Langeweile von „*was wahr ist, wird auch gedruckt*", etc. Es ist eben nichts wahr!
Die nächste Ausgabe (Nr. 98 II, 10/81) trägt den Untertitel: „*Zeitung für Anarchie und Wohlstand*". Innen kommen deutlich die Kräfte zu Wort, die sich gegen die Ideologisierung des autonomen Lebensgefühls stemmen: „*Freizeit '81" hat irgendetwas mit Politik zu tun*". Nicht wenige - auch aus der Redaktion der „radikal" - bekommen, wenn sie solche Sätze lesen, einen Herzkasper.
„*Freizeit '81 ist gewaltlos oder militant, legal oder illegal, ängstlich oder stark, auf jeden Fall: GEFÜHL UND HÄRTE ! Freizeit '81 ist Widerstand aus dem Bauch, eine unkontrollierte Reflexbewegung. Niemand kann mit jeder Aktion einverstanden sein, aber jeder sollte seine eigenen Sachen machen. Nur Mut, aber PASST BLOSS AUF! Bildet kleine Gruppen (nur mit bekannten Leuten) oder bleibt Einzelkämpfer*" heißt es in einem auf der Rückseite abgedruckten Manifest von „Freizeit '81".
Trotz des Untertitels „*Zeitung gegen den freiwilligen Rückzug in die Reservate*" sind (in der Ausgabe Nr. 99 (11 + 12/81)) die auf Seite 3 geschilderten Rückzugsgefechte aber Realität. „*Warum ist es so ungeheuer schwer, autonome Strukturen aufzubauen, die es uns ermöglichen, unsere bisher gemachten Erfahrungen zusammenzutragen und umzusetzten und gleichzeitig den neu zu der Bewegung stoßenden Leuten die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Erfahrungsprozesse zu machen - und das alles, ohne uns zu isolieren?*". Der Satz könnte genausogut im Vorfeld des Autonomie-Kongresses Ostern '95 geschrieben worden sein. Der Unterschied ist nur, daß uns heute die damalige Torschlußpanik fehlt. Wir leiden eher unter der Gewißheit, daß es ewig so weiter geht. „*Ich will den zweiten Ansatz einer sozial-revolutionären Bewegung in deutschen Landen nicht einfach zur Geschichte zählen. Ich habe einfach die Angst, wir haben keine Zeit für einen Dritten.*"
Deutlich schlägt sich auch das Erschrecken über die Dimension des Krieges, der gegen die Bewegung geführt wird, in den Zeilen von „*Thesen zur Verweigerung des Krieges durch die Bewegung*" nieder (Seite 6). Im Prinzip ist darin alles gesagt und besser läßt es sich auch heute kaum formulieren. Subjektiver formuliert dies j.m. in einem Gedicht:

„irgendetwas ist tot in mir
ausgebrannt
meine radikaltität des sommers 80
vorbei?
oder nur literarisch existent
jener gelebte existentialismus - weg
damals lag trotz allem
noch etwas vor mir
heute spür ich zum ersten mal ein reales „no future"
wollte meine tagträume zur wirklichkeit machen
verloren geht die Spannung zwischen dem was ist
und dem, was ich will
die ästhetik des alltags
der alltag als spielfilm
realität macht banal und dumm
die revolte ist gelebt
vieles kein ferner traum mehr
ich wollte alles
und jetzt nichts mehr
fast alles hat seine erotic und exotic verloren
zurück?
ich will nie zurück - aber keine ahnung
wie und wo's weitergehen könnte
in richtung militärische eskalation für mich nicht
neue erfahrungen, situationen, orte, terrains suchen
aber wo ?"


Eine Seite weiter kommt die Fortsetzung von „Bildet Banden" - sicher damals noch der angenehmste Versuch, der Bewegung einen ideologischen Rahmen zu verschaffen. Am meisten stößt mir heute unser damaliges „primitives" Staatsverständinis auf: hier sind „wir" und dort ist der Staat. Das ganze als komplexes Gebilde und Austragungsort von 'zig Interessen und Kräften, und uns als Teil (wenn auch linksradikaler) der Gesellschaft zu sehen, war damals nicht drin, und ist ja auch heute noch eine sehr schwere Übung. Die Einfachkeit unseres damaligen Weltbildes finde ich heute fast herzzerreißend. Aber genau daraus zogen wir unsere Stärke, aus



diesem hier sind wir und da seit ihr, und wir sind die „Guten" und ihr die „Bösen". Vielleicht ist das eine Grundbedingung für eine Bewegung.
Und die naive Hoffnung, daß das, was wir tun, nur der Anfang für eine noch viel größere Bewegung ist. Da merkst du, wie eingerichtet du heute in einer prinzipiellen Hoffnungslosigkeit lebst. Es sind zwar Tausende von 80 Millionen, die rebellieren, aber eben nicht mehr, und du hast eben keine Hoffnung auf „siegen".
In der Januarausgabe '82 (Nr. 100) ziert ein alter Männerkörper - die Bewegung - das Titelbild. Und noch etwas ganz anderes sticht deutlich ins Auge: daß es einfach nicht stimmt, was unsere Ex-DDRlerInnen in Abgrenzung von uns Westautonomen uns vorwerfen, daß wir uns nie um den „Ostblock" gekümmert haben. Aus Anlaß der Verhängung des Kriegsrechts in Polen, ca. 80 km von Berlin-Kreuzberg entfernt, ziehen ca. 200 Leute im Anschluß an ein Treffen des Besetzerrates auf den Ku'damm und in einer kurzen, aber entschlossenen Demo unter dem Motto *„Aufstand in Ost und West - gegen Warschauer Pakt und NATO-Pest"* werden gezielt die Scheiben von den vier Fluggesellschaften Aeroflot, Lot, Pan Am und BA eingeworfen. Es gab Solidarität mit den kämpfenden Bewegungen im Ostblock, aber diese Solidarität brauchte erstens ein Subjekt und zweitens die Voraussetzung, daß die Kämpfenden **dort** sich nicht den Herrschenden **hier** in die Arme werfen. Gut, die Solidarität war - trotz Walesa und Papst - im Fall Polen leichter, da die Westbanken aus Angst um ihre Kredite den Militärputsch z.T. offen begrüßten. In der Ausgabe 108, in der auf drei Seiten die sozialrevolutionären Dimensionen von Solidarnosc (vor allem der geplante Übergang zum „aktiven Streik", in dem die ArbeiterInnen die Verteilung ihrer Produktion selbst in die Hand nehmen wollten) rausgearbeitet werden, ruft die „radikal" eindeutig zur Unterstützung des autonomen Widerstands der osteuropäischen ArbeiterInnen und Arbeiter auf. Aber wie ihr zu recht kritisiert, wenn Antiimperialisten mit der StaSi zusamenarbeiten, so ist euch die Zusammenarbeit mit den Westmedien vorzuhalten. Leider war die Position der „radikal" (und zudem in dieser Eindeutigkeit) damals in der Bewegung sicher nicht mehrheitsfähig, besonders nicht auf emotionaler Ebene. Auf der konkreten Erfahrungsebene war mensch eben nur mit den Amis konfrontiert (z.B. Startbahn West; Nato-Nachrüstung, etc.) und eben kaum mit der Roten Armee.



Der Titel der Ausgabe 101 (2/82) zeigt vor dem Hintergrund einer Karte, mit den in Polen errichteten Internierungslagern, einen nachdenklichen Maskierten, der das Motto ausgibt: *„Der Apokalypse ein Stück näher, bleibt uns der Ansporn, die Zeit noch intensiver zu verplempern."*
Die Zeitung beschäftigt sich ansonsten mit der Fortsetzung der Autonomie-Diskussion und dem Bemühen, durch irgendeine geniale Denkleistung den Stillstand der Bewegung zu durchbrechen. Heute kannst du nur lachen über all diese Übungen. Heute ist das Wissen um den strukturellen Ablauf dieses Zerfallsprozesses im eigenen Unterbewußtsein tief verankert. Je mehr Monate ins Land gehen, umso ideologischer werden die Texte. Der Staat wird nicht nur emotional zum Hauptfeind erklärt, es wird auch deutlich ausformuliert - wie viel haben wir in den Jahren danach lernen müssen, daß Nicht-Staat eben nicht herrschaftsfrei heißt und Macht und Herrschaft sich ganz anders konstituieren, als wir damals dachten. Allerdings klingt das auch schon in zwei Beiträgen zur Autonomie-Diskussion an.
Auffällig ist, daß Frauenthemen (außer zum Thema Vergewaltiger) in der „radikal" nahezu nie auftauchen. Es dauert bis zum Sommer '83, bis diese Themen erscheinen bzw. überhaupt erstmals ein subjektiver Frauenstandpunkt eingenommen wird. Ab Sommer '84 erscheinen einige Ausgaben der „Anagan", einer militanten Frauenzeitung, als ein Zerfallsprodukt der „radikal".
Nachdem die „radikal" seit Jahren auf den modernsten Satzgeräten, die es in Berlin gab, hergestellt wurde (bei Springer und dem Tagesspiegel verhinderten starke Gewerkschaften die Einführung des Fotosatzes), sind doch die Zeichen der Zeit unübersehbar. Es braut sich da etwas Bahnbrechendes zusammen. In der Ausgabe 102 (3/82) wird das heiße Eisen angepackt: Computer und die Mikroelektronic. Sehr süß liest sich heute, wie wir bereits damals das Kommende erahnen ...
Gleich in der nächsten Nummer (Nr. 103, 4/82) ein weiterer, entscheidender Bruch: noch mühsam, auf einer sehr konkreten Ebene (die Unterdrückung der Indianer an der Atlantikküste in Nicaragua durch die Sandinisten) beginnen wir zu ahnen, daß es sich bei vielen nationalen Befreiungsbewegungen doch nur um Modernisierungsbewegungen handelt. Radikal wie immer und nichts relativierend, rufen wir



Dokument 2

ANARCHIE ALS MINIMALFORDERUNG

Zur Einführung

untenstehende thesen sind eine weiterentwicklung eines von ein paar automaten (autonomen) in padua gemachten thesenpapier's, das die berliner bewegung inhaltlich ein wenig anskizzieren sollte. um das papier gab es in letzter zeit öfters ziemlich kontroverse diskussionen. uns ist klar, daß die thesen absolut unvollständig sind, noch massig schwache oder gar falsche punkte drin sind; andererseits wollen wir auch kein »manifest der berliner autonomen« fabrizieren. wir wollen das papier einfach mal in die bewegung werfen, um ne inhaltliche diskussion über unser selbstverständniss als autonome zu entfachen, es wird eh auf der eröffnungsveranstaltung zur autonomie-reihe am 30.8. um 13.00 uhr im KuKuCK und auf der autonomie-diskussion am 8.9. im drugstore bequatscht.

ein paar radis

1. wir kämpfen für uns und führen keine stellvertreterkriege, alles läuft über eigene teilnahme, politik der ersten person. wir kämpfen nicht für ideologien, nicht fürs proletariat, nicht fürs volk, sondern für ein selbstbestimmtes leben in allen bereichen, wohl wissend, daß wir nur frei sein können, wenn alle anderen auch frei sind. **volle regionale, kulturelle und individuelle autonomie für alle!**

2. keinen dialog mit der macht! wir stellen nur forderungen, die die macht nicht erfüllen kann oder die ganz „irrational" sind. durch innerhalb des systems erfüllbare forderungen wäre das system nur verbessert und als (wohlwollende) macht bestätigt.

3. die ständig latente drohung mit knast und deren anwendung ist eine entscheidende existenzbedingung dieses systems. unser kampf richtet sich primär gegen jede differenzierung im knast. „normalvollzug für alle" als erster schritt in richtung „freiheit für alle".

4. durch den relativen gesellschaftlichen reichtum haben wir die möglichkeit, uns der arbeit weitgehend zu entziehen; somit stellt die arbeit für uns keinen zusammenhang dar, wo wir uns kennengelernt haben oder der zum inhalt unseres kampfes wird. zusammengekommen sind wir über subkultur und diese stellt auch den ausgangspunkt für unseren kampf gegen den staat dar.

5. wir haben alle einen „diffusen anarchismus" im kopf, sind aber keine traditionellen anarchisten. die begriffe marxismus, sozialismus und kommunismus beinhalten für uns nach allen ihren theorien und praktiken den staat und können somit von uns, auch als „zwischenstufe" nicht akzeptiert werden. wir glauben auch nicht, daß es eine „eigentlichkeit" der obigen begriffe gibt, die immer nur verfälscht worden ist. auch mit dem begriff des anti-imperialismus, so wie er vertreten wird, können wir uns nicht identifizieren, da er bei der forderung nach **nationaler** unabhängigkeit stehenbleibt und somit den staat in keinster weise in frage stellt.

6. es gilt dem system überall punktuell gegenmacht entgegenzusetzen. diese gegenmacht darf sich allerdings nie totalisieren oder vereinheitlichen, darf nie als **die** gegenmacht institutionalisiert werden, sonst wäre die tendenz für einen neuen staat im keim bereits wieder angelegt. der ausgangspunkt für die bildung einer gegenmacht ist der staat, nicht der wunsch nach herrschaft; somit löst sich die gegenmacht dialektisch mit der macht auf — gibt es keine macht mehr, brauchen **wir auch keine gegenmacht. keine macht für niemand!**

7. westberlin hat eine sehr weit entwickelte alternative subkultur, deren strukturen, wie kneipen, buchläden, druckereien, werkstätten, etc. von der gesamten linken genutzt werden. die alternativen versuchen sich innerhalb des bestehenden systems freiräume zu erobern, um darin eine andere kultur und eine andere ökonomie aufzubauen, stoßen dabei jedoch immer wieder auf vom kapital vorgegebene gesamtgesellschaftlichen grenzen. auch unser kampf geht im moment meist nur um die eroberung und verteidigung von freiräumen. dies kann und darf aber nie unser ziel sein. aber je mehr freiräume wir gewinnen können, desto besser ist unsere ausgangsbasis um den staat und das system zu stürzen und im meer der geschichte zu versenken. freiräume bedeuten ein punktuelles außerkraftsetzen des staates, aber gleichzeitig kann der staat durch das **ghettoisierte** zulassen von freiräumen sozialen widerstand kanalisieren. die deutsche sozialdemokratie versteht es in den letzten jahren die alternativszene als experimentierfeld für soziale und technische probleme begreifend diese gezielt zu subventionieren und deren ergebnisse teilweise zu integrieren — die alternativszene als diagnose-und therapiefeld der kranken kapitalistischen gesellschaft.
politische aktivitäten entwickeln die meisten alternativen nur, wenn sie ihre freiräume bedroht sehen oder wenn der zunehmende ökologische ausverkauf ihr überleben/perspektive in frage stellt. dabei schließen sie eine zusammenarbeit mit der macht nicht grundsätzlich aus. durch diese orientierung auf ein anderes leben **innerhalb** des bestehenden ergibt sich ein latentes spannungsfeld zur radikalen/autonomen linken, deren orientierung hauptsächlich darauf gerichtet ist das bestehende zu beseitigen. inhaltliche diskussionen zwischen alternativen und autonomen finden nur sehr selten statt, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß die autonomen oft kein formuliertes oder zumindest kein einheitliches selbstverständnis haben. gerade in der häuserbewegung ist der konflikt offen ausgebrochen. der große teil der alternativ-orientierten hausbesetzer betrachtet die häuser als freiräume, in denen sie ein anderes (über-)leben entwickeln wollen. dabei arbeiten die meisten auf eine legalisierung hin — für den preis der anerkennung der macht. die autonomen dagegen erklären die häuser für enteignet und wollen sie nicht zum mittelpunkt ihres lebens machen, sondern zum ausgangspunkt um weiterzukämpfen.
trotz dieser teilweise grundsätzlichen differenzen kommt es immer wieder zu fruchtbaren aktionseinheiten und bündnissen.
wir lehnen eine selbstverwaltung des elends und der sozialen krise ab, d.h., wir würden z.b. nie ein selbsthilfeprojekt für arbeitslose machen. hier ist für die alternativen nichts weiter als eine falle aufgestellt. sie sollen sich in den randbereichen an der macht und ihrer verwaltung beteiligen — letztendlich um das system zu stabilisieren.

8. nicht einig sind wir uns darüber, ob wir eine revolte oder eine revolution wollen. ein paar wollen ne permanente revolution, der rest meint, das könnte man dann gleich ne permanente revolte nennnen. revolution ist für sie ein fixpunkt, ab dem dann angeblich das reich der freiheit da ist, und das gibt's ihrer meinung nach nicht. vielleicht ist freiheit nur der kurze moment, wo der pflasterstein in die hand genommen wird, bis zum zeitpunkt wo er auftrifft, d.h. der moment der veränderung, der grenzüberschreitung, der bewegung. einig sind wir uns darüber, daß wir den staat nur zerstören und uns ihm gegenüber nicht konstruktiv formulieren wollen.

9. wir haben keine organisation an sich, unsere organisationsformen sind alle mehr oder weniger spontan. besetzerrat, telephonkette, autonomen-plenum und viele, viele kleine gruppen, die sich entweder kurzfristig zusammensetzen, um irgendwelche actions zu machen, oder langfristigere gruppen, die sachen wie zeitungen, radios oder irgendwelche illegalen actions machen. es gibt keinerlei festeren strukturen wie parteien, etc., auch keinerlei anerkannte hierachie. die bewegung hat z.b. bis heute noch keinen einzigen exponenten hervorgebracht, wie z.b. dutschke, cohn-bendit, negri, etc. ....

10. wir sind ja alle sooo vollautonom. toll, wa?

gleich zum Sturz der Sandinisten auf. Dies ist einer der wenigen Punkte, an denen ich das Gefühl habe, hier sind wir in den letzten 13 Jahren inhaltlich wirklich weitergekommen. Wir haben über den IWF und die Jahre drumrum differenzierte Theorien über den Doppelcharakter von nationalen Befreiungsbewegungen als Befreiung und neuer nationaler Modernisierungselite ausgearbeitet und schriftlich dargelegt (u. a. in der Reihe „Materialien für einen neuen Antiimperialismus“ und auch einige Gruppen der RZ und Roten Zora haben dies formuliert). Selbst in Mittelamerika wurden diese Erfahrungen mittlerweile verarbeitet. Die EZLN in Chiapas/Mexiko spricht sich explizit auch gegen die Werte wie „Modernität“ und Effektivität“ eines erneuerten Kapitalismus aus.

Fortsetzung nächste Woche

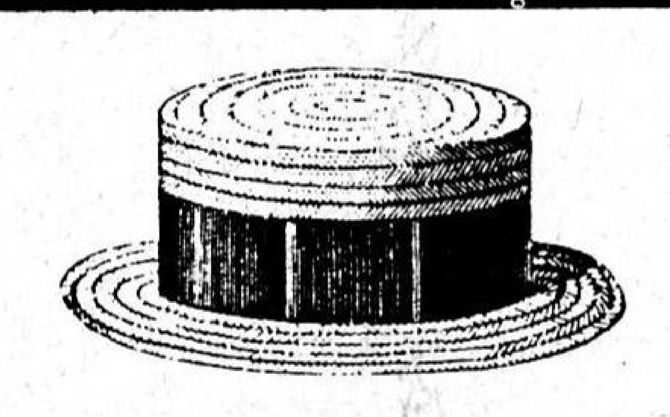
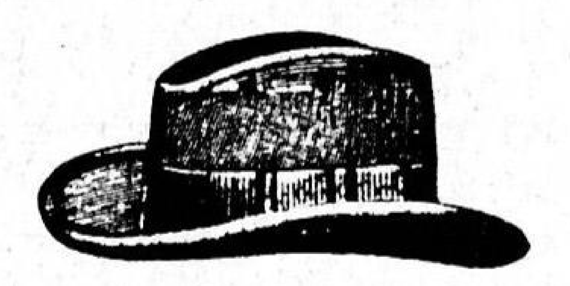
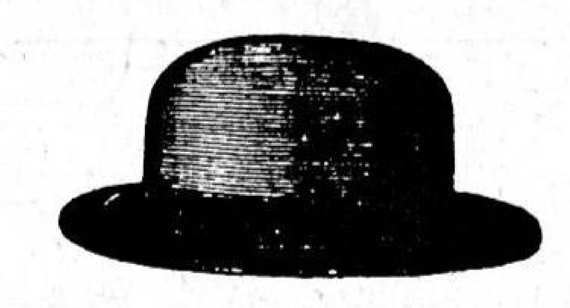
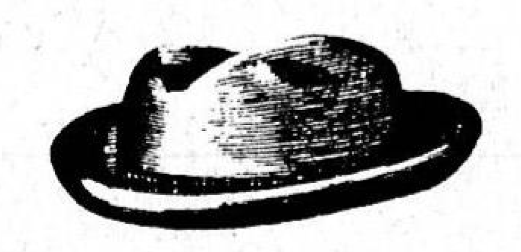
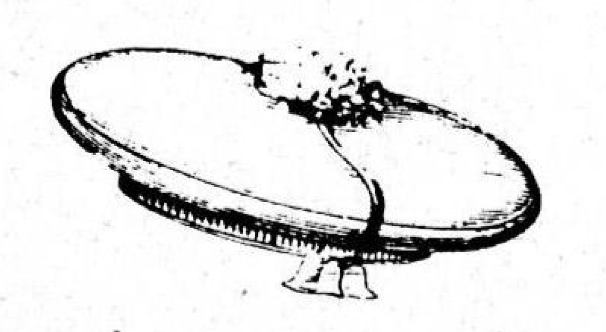
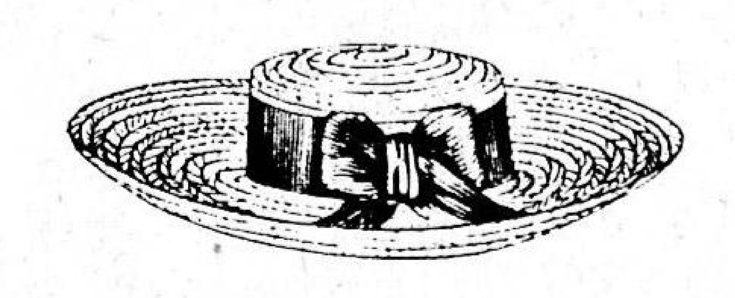
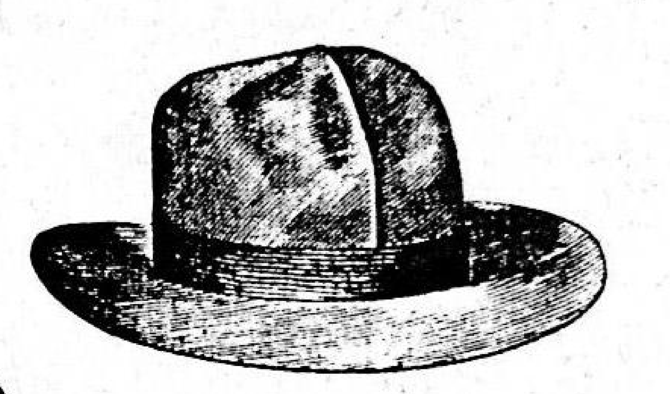
VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR EINEN FRAUENLESBENBLOCK AUF DER KURDISTANDEMO AM 18.11.95 IN KÖLN

Wir wollen am Montag den 6.11.1995 ein Vorbereitungstreffen für den LesbenFrauenblock auf der Kurdistansolidaritätsdemo machen. Die Demo findet am 18.11. in Köln statt, an der wir uns aus Soldarität mit dem kurdischen Befreiungskampf und insbesondere in Solidarität mit YAJK (Yekitiya Azadiye Jinen Kurdistan / Freier Frauenverband Kurdistan) beteiligen wollen. In der YAJK sind Frauen aus allen Teilen Kurdistans vertreten und sie sind eng mit der neu gegründeten Frauenarmee in Kurdistan verbunden. Die Idee auf dieser Demo einen FrauenLesbenblock zu organisieren, wurde von einer internationalistisch feministischen Frauengruppe BELLA aus Hamburg initiiert. Wir möchten diese hier aufgreifen und uns mit allen interessierten FrauenLesben daran beteiligen. Wir hoffen auf viel Beteiligung und viel eigene Initiative, die wir zusammentragen können.



Ort: Yorckstr. 59 2. Stock Rechts, HH in Berlin Kreuzberg 61
Zeit: &.11.95 um 20 Uhr



Kassel, 27.10.95

Hallo Leute!

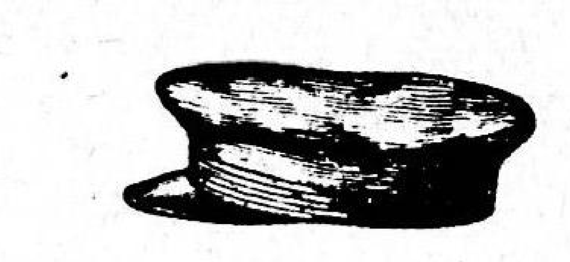
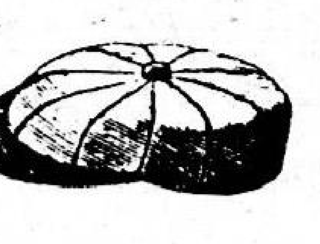
Wie ihr vielleicht schon gehört habt, wird am 2. 12. in Kassel eine bundesweite Demo gegen Abschiebung stattfinden. Anlaß und Aufhänger ist der Aufstand von Abschiebehäftlingen in der JVA Elwe im Juli ‘94 und die inzwischen abgeschlossenen Prozesse gegen die Meuterer.
Die Idee entstand auf einem bundesweiten Antira-Treffen. Am 8.10. gab es in Kassel ein Vorbereitungstreffen, bei dem 7 Städte anwesend waren (Kassel, Göttingen, Bad Hersfeld, Bochum, Hannover, Hanau und Tübingen).
Wir schicken euch jetzt den vielfach diskutierten Aufruf und unseren Plaktentwurf.
Wenn Ihr noch als UnterstützerInnen auf dem Aufruf erscheinen wollt, meldet Euch doch bitte bis spätestens zum 6.11. bei uns.

Kontaktadresse: Demo 2.12., c/o AStA der Gh Kassel, Nora-Platiel-Str. 2, 34127 Kassel
Tel.: 0561/804-2883
Fax: 0561/84247 (das wäre uns am liebsten)
Das Telefon, das auch Infotelefon für die ganze Demovorbereitung ist, ist jeden Freitag von 18.00 bis 20.00 Uhr, ab 27.11. zur gleichen Zeit täglich besetzt.

Der Aufruf wird dann endgültig layoutet und gedruckt. Es übersteigt unsere Finanzen, ihn selber für Euch alle zu vervielfältigen, deswegen wollen wir ihn nur in geringer Menge verschicken. Bei größerem Bedarf müßt Ihr mit einer Druck- oder Kopiervorlage vorlieb nehmen.
Das Plakat wird von uns gedruckt, es wird A 2-Format haben und zweifarbig sein. Hintergrund schwarz, Photos schwarz-weiß, Schrift rot.
Ihr könnt es bei obiger Adresse bestellen, es kostet 30 Pfennig pro Stück + Porto.
Überweisung: H.J. Laube, Stichwort: Kassel 2.12., Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 51, Kto. 392 0691.
Dieses Konto würde sich auch über Spenden jeder Art freuen, denn die Demo kostet viel Geld, das wir nicht haben.

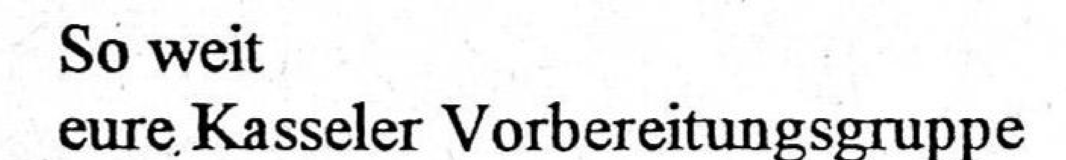
Wenn ihr eine Infoveranstaltung zur „Elwe“-Meuterei machen wollt, oder Infomaterial braucht, könnt ihr euch an die „Elwe“-Prozeß-Beobachtungsgruppe, c/o AStA der Gh Kassel, Nora-Platiel-Str. 2, 34127 Kassel, wenden.

Noch etwas zur Demo:
- Es gibt schon eine Menge Redebeiträge
- Wir werden uns um einen EA kümmern
- Es wird einen FrauenLesben-Treffpunkt am Auftaktsort geben. Es wäre schön wenn ein FrauenLesben-Block zu stande kommt. Schaut nach dem FrauenLesben-Zeichen.
- Die genaue Demo-Route und andere Infos werden wir mit den Plakaten schicken.

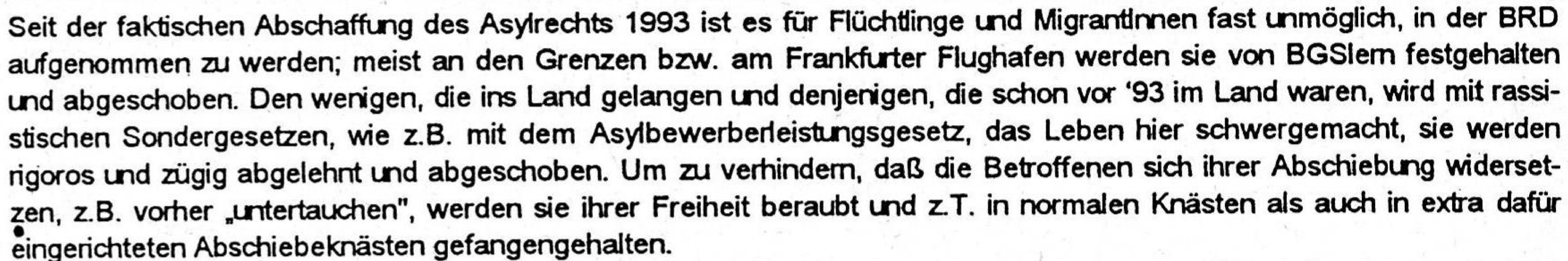

Wenn Ihr sonst noch Fragen habt oder etwas tolles auf der Demo organisieren wollt, meldet Euch bei unserem Infotelefon.

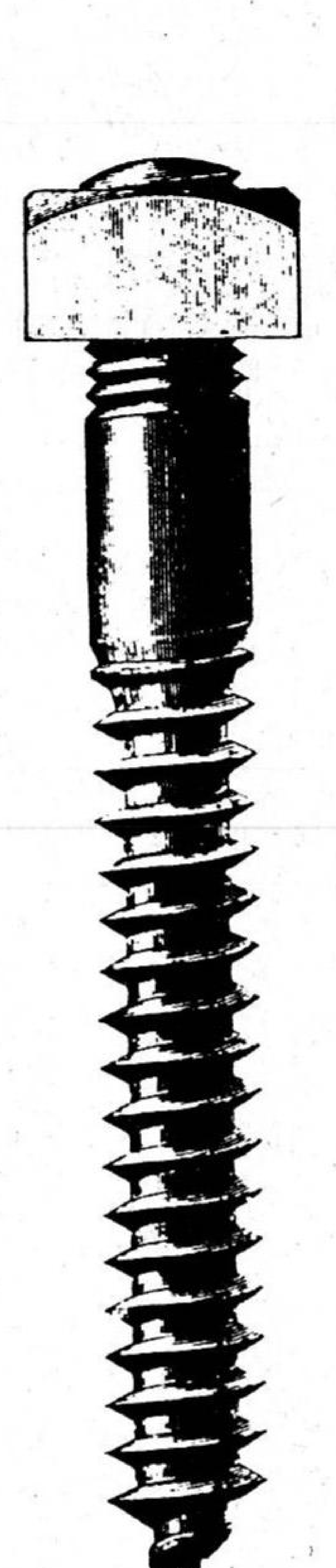
So weit
eure Kasseler Vorbereitungsgruppe



Aufruf zur

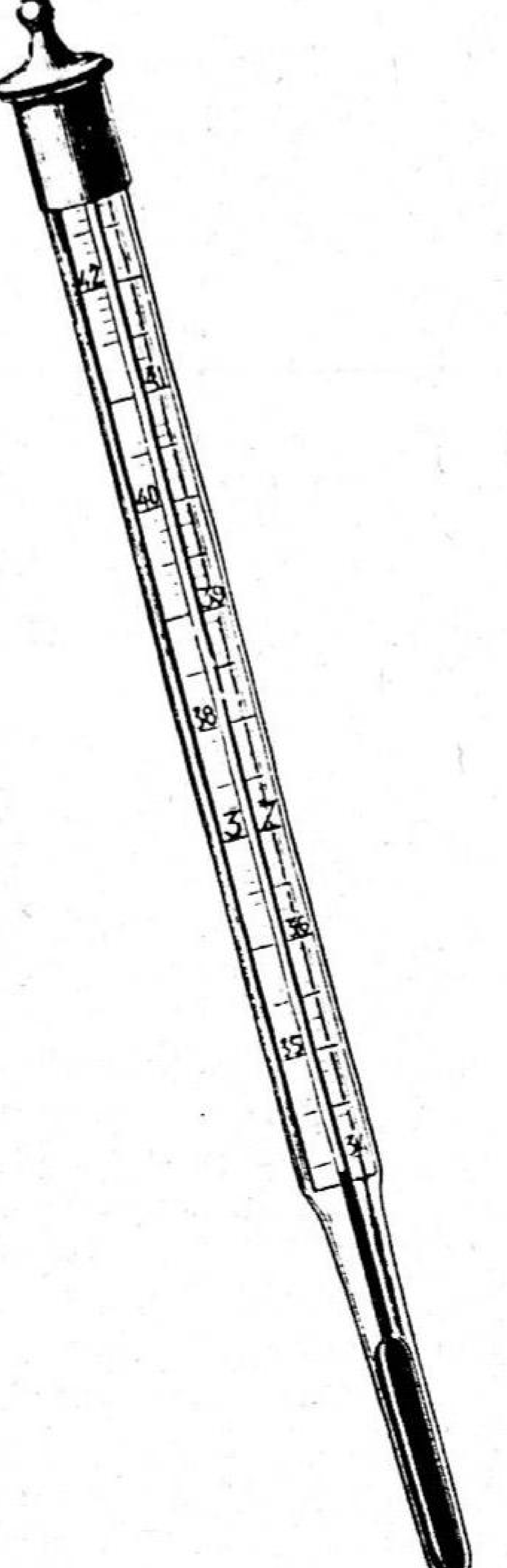
BUNDESWEITEN DEMO GEGEN ABSCHIEBEHAFT AM 2.12.95 IN KASSEL
FREIHEIT FÜR DIE MEUTERER AUS DER KASSELER „ELWE"





Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 ist es für Flüchtlinge und MigrantInnen fast unmöglich, in der BRD aufgenommen zu werden; meist an den Grenzen bzw. am Frankfurter Flughafen werden sie von BGSlern festgehalten und abgeschoben. Den wenigen, die ins Land gelangen und denjenigen, die schon vor '93 im Land waren, wird mit rassistischen Sondergesetzen, wie z.B. mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Leben hier schwergemacht, sie werden rigoros und zügig abgelehnt und abgeschoben. Um zu verhindern, daß die Betroffenen sich ihrer Abschiebung widersetzen, z.B. vorher „untertauchen", werden sie ihrer Freiheit beraubt und z.T. in normalen Knästen als auch in extra dafür eingerichteten Abschiebeknästen gefangengehalten.
Gegen die willkürlich verhängte Inhaftierung, gegen rassistische Behandlung und körperliche Mißhandlungen usw. wehren sich Flüchtlinge und MigrantInnen auf verschiedene Weise. Ihre Widerstandsformen reichen vom eigenmächtig verlängerten Hofgang, kollektiver Verweigerung des Essens, Hungerstreiks und Zellenzerstörung bis zu Knastaufständen, wie z.B. in Büren, Berlin und Kassel. Diesen Widerstand wollen wir mit der Demonstration unterstützen.

Kassel steht exemplarisch für den Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD. Die Stadt- und Landkreisverwaltung sowie die ansässigen Gerichte und Vollzugsanstalten sind wie andernorts Teil der von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geduldeten und befürworteten Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Abschiebemaschinerie. Der Aufstand von Abschiebhäftlingen in der JVA „ELWE" im Juli '94 hat die Verzweiflung der angeblich unerwünschten Flüchlinge verdeutlicht. Am 14.07.94 revoltierte eine große Zahl von Abschiebehäftlingen im Untersuchungs- und Abschiebeknast „ELWE". Sie nahmen einen Schließer als Geisel und forderten die freie Ausreise nach Frankreich, später die Verlegung in eine andere JVA. Am frühen Morgen des nächsten Tages stürmte die GSG 9 den „Fluchtbus" und schlugen den Aufstand nieder. 26 Aufständische wurden anschließend ins Polizeipräsidium und in die JVA Wehlheiden gebracht. Hier wurden die meisten von ihnen erheblich mißhandelt. So mußten sie z.B. durch ein Spalier von 10-20 Beamten gehen und wurden während dieses „Gassenlaufs" und auf dem Weg in die Zellen schwer geschlagen und getreten, sodaß einige der Mißhandelten dauerhafte Hör- und Sehschäden davontrugen. Inzwischen sind die Prozesse gegen die Aufständischen abgeschlossen, die vor dem Jugendschöffengericht und der 1. und 6. Strafkammer des Landgerichts Kassel geführt wurden. Ein Prozeß wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt, in allen anderen Prozessen wurden Haftstrafen zwischen 1,5 und 5,5 Jahren ausgesprochen. In zwei Fällen ging der zuständige Richter weit über das Strafmaß der Staatsanwaltschaft hinaus.
Die Prozesse wurden in Kassel kaum wahrgenommen. Die Abschiebehaft und ihre Praxis in Kassel, 23 Stunden Einschluß am Tag, mangelhafte Verpflegung, fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Bekannten und Verwandten, vielfach nicht gewährleisteter Rechtsbeistand usw., wurde öffentlich kaum in Frage gestellt und diskutiert; die Ermittlungen gegen die mißhandelnden JVA-Beamten wurden von der Staatsanwaltschaft und der JVA-Leitung verschleppt und sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Mit der Demonstation wollen wir diesen kollektiven Gedächnisschwund lautstark abbauen und die algerischen Flüchtlinge unterstützen.
Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen in großen Teilen der Welt, von denen die Wirtschaft der Metropolen, allen voran die USA, Japan und die EG profitieren, gibt es weltweit immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen, sexueller, rassistischer, politischer und religiöser Verfolgung fliehen oder wegen großer Armut und wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen. Diese und andere Motive sind im Einzelfall nicht zu trennen. Die Menschen, die sich auf den Weg nach West-Europa oder sonstwohin machen, haben ein Recht darauf, auch dorthin zu kommen ollen und zu bleiben, weil sie es wollen. Dafür wollen wir mit dieser Demonstration ein Zeichen setzen - gegen die Verantwortlichen von Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik und auch gegen diejenigen, welche diesen staatlichen Rassismus unterstützen, hinnehmen oder wegschauen.



WEG MIT DEN ABSCHIEBEKNÄSTEN UND DEN RASSISTISCHEN SONDERGESETZEN!
FREIHEIT FÜR DIE MEUTERER AUS DER „ELWE"!
AUFKLÄRUNG Der MIßHANDLUNGEN UND ENTLASSUNG DER BETEILIGTEN!

FÜR DAS RECHT DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN, HIERHER ZU KOMMEN UND BLEIBEN.

Erst-UnterzeichnerInnen(Stand 27.10.95):
Kassel: AStA der Gh Kassel; Autonomes Zentrum BAZILLE; Redaktion BRÜCHE; FANTIFA, Gruppe Autonomer Männer (GRAM); Iranischer Flüchtlingsrat; K.R.A.W.U.M. e.L; Libertäres Radioforum; StudentInnengruppe Kurdistan; **Göttingen**: Antirassismus-Plenum; Fachschaftsräte-Vollversammlung der Uni; AStA der Uni; Basisgruppe Geschichte; Basisgruppe Germanistik; Fachschaftsrat Historische Philosophie; SUMPF;
Weitere Gruppen: Antirassistische Initiative (ARI), Berlin; AG3F, Hanau; ARAK, Hannover; AK Antirassismus, Hannover; BIGAM, Marburg;

HbW - auch in der Provinz mit dem Rücken an der Wand

Geplant war ein störungsfreier Auftritt von HbW in der kleinen Stadt Salzwedel, Ex-DDR, südlich von Lüchow-Dannenberg am 21. 10. 95.

Der Veranstaltungsort wurde in der Nacht zum 21. 10. mit Buttersäure dekoriert. War wohl nicht genug, auf jeden Fall gab es am Abend eine Einlaß in einen ziemlich ekelhaft stinkenden Saal.

Das Lokal wurde von vier Frauen blockiert, andere GenossInnen verteilten Flugis gegen HbW. Die BesucherInnen, die trotzdem noch reinwollten, wurden durch den Hintereingang geleitet.

Und nun zu HbW: obersauer standen sie vor dem Lokal und verteilten das beiliegende Flugi (von dem selbst Michael sich distanzierte "zu platt"). Michael (Ochwart heißt er übrigens mit Nachnamen)redete und redete und beteuerte seine Unschuld und sowieso sei der Hintergrund der ganzen Kampagne gegen sie Neid auf ihren Erfolg. Einige Zitate von ihm:

"Wenn die Antifas mal keine action mit Nazis haben, müssen wir eben herhalten!"

"Nach dem Anschlag von letzter Nacht haben wir eigentlich mit einem Rollkommando gerechnet und ich habe mich schon richtig darauf gefreut, endlich mal einem in die Eierstöcke treten zu können" (das ist kein Tippfehler!).

Einer der Frauen, die die Tür blockiert hatten, rief er beim Weggehen "Nazitante" hinterher.

Ein zweiter HbWler gab bei den Diskussionen zum Besten, er sei Sozialarbeiter (also Profi) und sie hätten sich monatelang mit den Sexismus- und Vergewaltigungsvorwürfen auseinandergesetzt, sogar einen Therapeuten bemüht. Sie hätten auch Stellung bezogen, nur hätte kein linkes Blatt ihre Texte veröffentlicht. Es folgte ein Gleichsetzung von Interims-LeserInnen mit Bildzeitungs-LeserInnen: alles würde blind geglaubt. Wolli sei nicht wegen der angeblichen Vergewaltigung rausgegangen: er hätte schon ein Jahr früher gehen wollen aber nicht die gewünschte Abfindung bekommen und habe dann die Vorwürfe gegen HbW benutzt, um auszusteigen.Die Tatsache, daß die angeblich vergewaltigte Frau keine Anzeige gemacht habe sei doch Beweis genug, daß es keine Vergewaltigung gewesen wäre.

Soweit zu diesem stinkenden Abend und dem ätzenden Gelabere von HbW. Wir sind auf jeden Fall ganz zufrieden, daß HbW auch in Salzwedel nicht ungestört auftreten konnte.

Scharfe Aggression

Show drohte zu eskalieren / Buttersäure

Salzwedel (scha). Der Eingang zum „Hanseat" war durch Gegner der Show blockiert, Veranstalter, der Verein „Hanseat Kultur live", und Akteure, das Kölner „Härter bis Wolkig Faxenkombinat", rechneten mit gewalttätigen Auseinandersetzungen. Noch nie war eine Veranstaltung im „Hanseat" so umstritten, wie das Gastspiel des Ensembles im Rahmen seiner „Terroristen-Tour 95/96" am Sonnabend.

Schon am frühen Sonnabend Morgen hatten die Gegner der politisch linken Truppe – dieser wird aus links-autonomen Kreisen Sexismus und einem Mitglied sogar eine Vergewaltigung vorgeworfen – durch eine Scheibe eine Flasche Buttersäure in das „Hanseat" geworfen. Doch auch der beißende Geruch konnte am Abend hunderte Fans nicht davon abhalten, sich die Polit-Punk-Comedy-Show anzusehen.

Viele Fans betraten das Haus der Blockade wegen durch den Hintereingang. Die Polizei forderte die zumeist aus dem Wendland stammenden Veranstaltungsgegner, die ihre Anschuldigungen gegen die Künstler auf Flugblättern verteilten, auf, den Eingang zu räumen.

„Härter bis wolkig" angeblich sexistisch

Buttersäure gegen Comedy-Truppe

Salzwedel (kor). Fünf Feministinnen versuchten am Sonnabend abend vor dem „Hanseat" mit einer Blockade, den Auftritt der Gruppe „Härter bis wolkig" zu verhindern. Dazu ketteten sie sich am Eingang des Hansa fest und versperrten damit die Tür. Gleichzeitig teilten mehrere dazugehörige Männer auf der Straße Flugblätter aus. Die Polizei mußte gerufen werden, schritt jedoch nicht in das Geschehen ein. Die Demonstrantinnen entfernten sich nach einer Weile von allein. Die Frauen hatten zuvor das Programm des Kabaretts als „frauenfeindlich" und „sexistisch" bezeichnet. Schon am Sonnabend morgen hatte es Proteste gegen den Auftritt des Kölner Quartetts gegeben. Nach Angaben von Hansa-Mitarbeitern hatten Unbekannte gegen 5.30 Uhr Flaschen mit Buttersäure in den Klub geworfen, dessen übler Geruch noch am Abend in der Luft lag. Zusammenhänge mit der Blockade werden nicht ausgeschlossen.



PARTY FÜR KNETE
RADIKALE
BRAUCHEN GELD!
SA 4.11
20.00
mit Film über die
Geschichte der Radikal
in der A6
adalbert 6 • Kotti
SOLIKONZERT
für die
ANTIFA JUGENDFRONT
am 3.11.9
ab 21 Uhr
mit:
BERTZ RACH
(Sesamstr.-Punk
POSTREGIMEN
(Punk/HC)
BAN SHEE
(Punk Grove)
und
JENIGER
(Grindcore)
in der KØPI
Köpenickerstr. 137
(U-Bhf. Heinrich-Heine-
S-Bhf Hauptbahnhof)
EINTRITT: 500 Pfennich
danach: Party
mit versch. D
AGIP zeigt am Dienstag , den 7. November um 20 Uhr
den Film:
Der Attentäter
Nach dem gleichnamigen Buch von Lutz van Dick
Im Baobab, Winsstraße 53
10 JAHRE SYNDIKAT
WIR PARTY ! am Sa.4.11.95(mit Preisen wie 85) ab 20
im SYNDIKAT,Weisestr.56/Ubhf. Boddinstr. U8

Termine

Di. bis Sa. Sonntag		17 Uhr - 24 Uhr 15 Uhr - 22 Uhr	**Film, Video, Ausstellung, Bücher, Theater:** ***deutschsprachige Schriftstellerinnen im Exil***	**El Locco**, Kreuzbergstraße 43, Kreuzberg
Donnerstag	2.11.95	19.30 Uhr	**Videofilm:** ***Der Attentäter***	**Galerie Olga Benario**, Weserstraße 5, Neukölln
Donnerstag Freitag Sonntag	2.11.95 3.11.95 5.11.95	20 Uhr 21 Uhr 20 Uhr	**Lifeperfomance:** ***Die Rote Königin*** von Christa Biedermann	**El Locco**, Kreuzbergstraße 43, Kreuzberg
Freitag	3.11.95	21 Uhr	**Solikonzert** für die ***Antifa Jugendfront*** mit Bertz Rache, Postregimen, Bank Shee ud Jeninger, danach Partyn	**Köpi**, Köpenickerstraße 137, Mitte
Samstag	4.11.95	20 Uhr	**Party:** ***10 Jahre Syndikat***, mit Preisen	**Syndikat**, Weisestraße 56, U-Boddinsstr.
Samstag	4.11.95	20 Uhr	**Party:** ***RADIKALE brauchen Geld!*** mit Film über die Radi	**A6**, Adalberstraße 6, Kreuzberg
Samstag	4.11.95	21 Uhr	**Party:** Techno, Hip-Hop, Soul, Türkisch Pop	**Paradox**, Reichenbergerstraße 58, Kreuzberg
Samstag	4.11.95	22 Uhr	**Kiezdisko:** ***Die radikale Ma Dalton gegen Unlucky Kanther,*** Soliparty	**Rigaerstr. 83**, Friedrichshain
Montag	6.11.95	19 Uhr	**Vortrag und Diskussion:** ***Für eine neue Linke,*** Veranstaltung des revolutionären Funken	**@-Laden**, Rathenowerstraße 22, Moabit
Montag	6.11.95	20 Uhr	**Vorbereitungstreffen** für einen ***FrauenLesbenblock*** auf der Kurdistandemo am 18.11.1995	**Yorckstraße 59**, 2.Stock rechts, HH, Kreuzberg
Dienstag	7.11.95	20 Uhr	AGIP zeigt den **Film:** ***Der Attentäter***	**Baobab**, Winsstraße 53
Samstag	11.11.95	11 Uhr	**Demo** ***gegen die Abschiebepolitik der BRD***	**Hamburg** Schmuggelstieg zum Abschiebeknast Glasmoor in Norderstedt
Sonntag	12.11.95	13 Uhr	**Demo:** ***5 Jahre Mainzerstraßenräumung***	**Oranienplatz**, Kreuzberg
Samstag	18.11.95	???	**Kurdistandemo**	**Köln**, ???
Samstag	2.12.95	13 Uhr	Bundesweite Demonstration gegen Abschiebehaft : ***Freiheit für die Meuterer der JVA Elwe!***	**Kassel**, Messeplatz



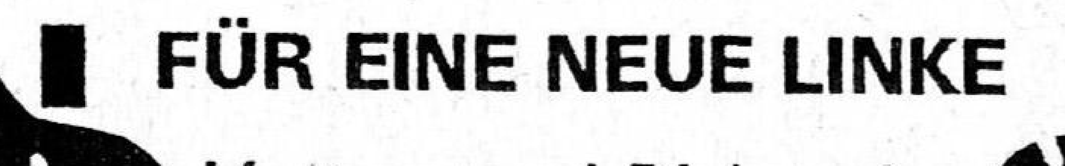
Ausstellung ..Film ..Video ..Reihe ... im El Locco

Die Ausstellung "deutschsprachige Schriftstellerinnen im Exil", vom Frauenbuchladen Nürnberg, ist das Ergebnis intensiver Beschäftigung mit Schriftstellerinnen , die während der NS-Zeit ins Exil gehen mußten. Auch Autorinnen, die mit einem Veröffentlichungsverbot belegt waren, oder in deutschen Vernichtungslagern umgekommen sind, finden hier Ewähnung. Die Ausstellung zeigt Materialien, die teilweise private Leihgaben sind, teils mit der freundlichen Unterstützung der Exilarchive Frankfurt und Marbach gesammelt wurden. Bilder, Dokumente, Briefe, Verlagsinformationen, Zeitungsberichte, Rezensionen und Bücher geben Auskunft über Leben und Werk deutschsprachiger Exilschriftstellerinnen.

Ausstellung vom 04.11. bis 03.12.95

geöffnet: Di. - Sa. 17.00 bis 22.00 Uhr, So. 15.00 - 20.00 Uhr

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN



Vortrag und Diskussion

MONTAG DEN 6. NOVEMBER UM 19 Uhr im A-Laden, Ratenowerstr. 22, Berlin-Moabit

Eine wirklich solidarische Position in einer anderen Form

Jetzt sitzen wir vor dem weißen Blatt Papier und möchten wieder ein "Wort zum Donnerstag" schreiben. Und zwar eins, was von allen diskutiert werden soll, was ja dann auch von daher wichtig ist. In der letzten Zeit sind wir auf dieser "Donnerstags-Seite" ein wenig einsam geworden, weil es wohl sonst niemanden mehr zu geben scheint, die sich hier das letzte Wort, das letzte Wort (tut, tut, tuwort) "singen, denn außer euch ist niemand da, dem sowas könnt` gelingen." (Schmetterlinge)

An den letzten Sachen gab`s `ne Kritik, weil die so kompliziert und schwierig war`n, zum Teil ja auch konkurrenzig und auch irgendwo unsolidarisch, wo die Form nicht gestimmt hat, und die Sachen dann einfach politisch schief werden, ohne das dabei noch was persönliches rumkommt. Deshalb wollen wir bei diesem Kommentar mehr was über unsere eigenen Widersprüche und Schwierigkeiten sagen, die wir haben, wenn wir versuchen, so `ne solidarische Position zu den ganzen Geschichten und so zu schreiben von der auch die Form in Ordnung sein muß. Denn klar ist ja, daß wenn wir selber etwas sagen, was die anderen nicht sagen, dann kann es ja sein, das die das deshalb nicht mehr sagen, weil man das selber ja schon gesagt hat, was wiederherum was mit Herrschaft und Macht zu tun hat, die wir auf keinen Fall wollen, auch weil Herrschaft erstmal was ist, wogegen man dann sofort was dagegen tun muß, jedenfalls bei einem selbst, bevor man überhaupt einen ganzen Gedanken zu fassen kriegt und den dann mit der ganzen Macht so sagt, ohne vorher mit den anderen Genossen genau darüber einmal gesprochen zu haben, ist nicht richtig, weil wir dann genau so werden wie die, die, die jetzt die Macht haben, und die wir auf keinen Fall gut finden. Da können doch nicht ein paar Leute einfach was zu sagen, was wir doch erstmal selber unklar haben, was ja vielleicht auch total falsch sein kann, wenn das einfach so gesagt wird, dann kommt das auch zu einer Desorientierung von den ganzen Diskussionen, die nicht geht wenn das jeder so machen würde, dann wird das irgendwo diffus, besonders dann wenn wir bei uns auch einen ganzen Haufen Widersprüche sehen, über die wir eigentlich lange reden müssen, ohne sie dabei `rauszulassen, und wo`s ja auch in der letzten Zeit `ne ziemlich herbe Auseinandersetzung d`ran gab, die zum Teil von den Genossen, die da dabei waren nur schlecht vermittelt worden ist.

Wir meinen, daß es doch wichtig ist, das wenn man was versucht zu sagen, vielleicht auch bevor man was sagen will, daß dann wenigstens die Form in Ordnung sein muß, wenn man versucht was zu sagen, was ja dann auch ruhig einen Inhalt haben kann, wogegen ja dann erstmal nix einzuwenden ist, auch so was zu so `n paar Geschichten zu sagen, und das Hauptsache mit `ner Form, die auch so geht, wobei auch klar ist, das daß ganz alleine für sich erstmal auch nix bringt. Natürlich ist es wichtig Inhaltlich gute Sachen zu sagen, was völlig in Ordnung geht, auch wenn es die Wahrheit dabei sowieso nicht gibt, weil jeder erstmal so seine eigene Wahrheit für sich so hat. Sowas hängt ja dann auch wieder mit Macht und Herrschaft zusammen, woran es ja auch `ne totale Kritik gibt und niemand da sagen kann, daß er inhaltlich Recht hat, wobei streiten dann einfach nur noch `ne doofe Form ist, die nicht richtig ist, weil sich dann die Leute immer so profilieren wollen, womit das dann wieder anfängt mit den ganzen Eitelkeiten, von der wir erstmal ja auch nicht frei sind, weil`s da erstmal die ganzen Strukturen hier in diesen Verhältnissen gibt, wo wir einfach nicht sagen können, daß wir nichts damit zu tun haben, und das es wichtig ist, total lange darüber nachzudenken, was man selber damit zu tun hat auch weil man ja auch von diesen Strukturen profitiert, weshalb wir auch erstmal immer eine Selbstkritik an uns selber sagen müssen, was man falsch macht, und unklar hat, damit wir glaubwürdig für uns selber und dann ja auch für andere sind. Wenn wir das schaffen, weil wir das dann so wollen, das insgesamt so `rüberzubringen, dann kriegen wir eine Grundlage auf deren Basis wir ein Fundament haben, wo wir eine Auseinandersetzung über unsere Inhalte führen können, die erstmal als Position ja ganz gut sind, um die wir uns dann auch streiten können, damit da ein Prozeß anfängt, mit dem wir was zu tun haben, der stimmt und wo jeder und jede was dazu sagt, die das für sich so wollen um auf dieser Grundlage aufbauend Basispolitik zu machen, bei der andere auch mitmachen können, was nicht heißt, daß sie dann auch kommen müssen, weil das ja Gründe hat, die mit uns zusammenhängen, wo wir uns dann ziemlich kümmern müssen, was alles vorher nicht gelaufen ist, von dem wir ja wollen, das daß in der Zukunft klappen soll und wir von daher auch bei uns selber ansetzen müssen, ohne die anderen draußen vor zu lassen, weil das ja nur gemeinsam geht, damit wir "mehr werden" gegen die ganze Scheiße, zu der wir uns gemeinsam verhalten müssen, auch wenn wir da erstmal viele Unterschiede und Schwierigkeiten sehen, von denen wir ausgehen müssen, weil die alle auch irgendwo ihre Berechtigung haben und wichtig sind zu begreifen, damit wir sehen, wie die anderen das meinen.

Wir würden das ziemlich gut finden, wenn sich die verschiedenen Zusammenhänge und Gruppen zu dieser inhaltlichen Position in diesem Papier, wo wir auch denken, daß die Form `ne Andere ist, mal äußern könnten, wie sie die so finden, was ihnen daran wichtig ist, damit es gemeinsam auf einer inhaltlichen Basis weitergehen kann, wobei klar ist, daß wir erstmal ziemlich vieles richtig falsch finden, was uns selber aber auch noch unklar ist, worüber wir diskutieren müssen. Wenn die Form für euch auch in Ordnung geht, denken wir das dieses Paper die ganzen Auseinandersetzungen aus der letzten Zeit endlich mal inhaltlich so auf den Punkt bringen. Diskutiert in den Gruppen, um da die Ideen und Gedanken und alles was euch sonst noch so dazu einfällt, zusammen zu bringen. Auf geht`s !

Timur und sein Trupp

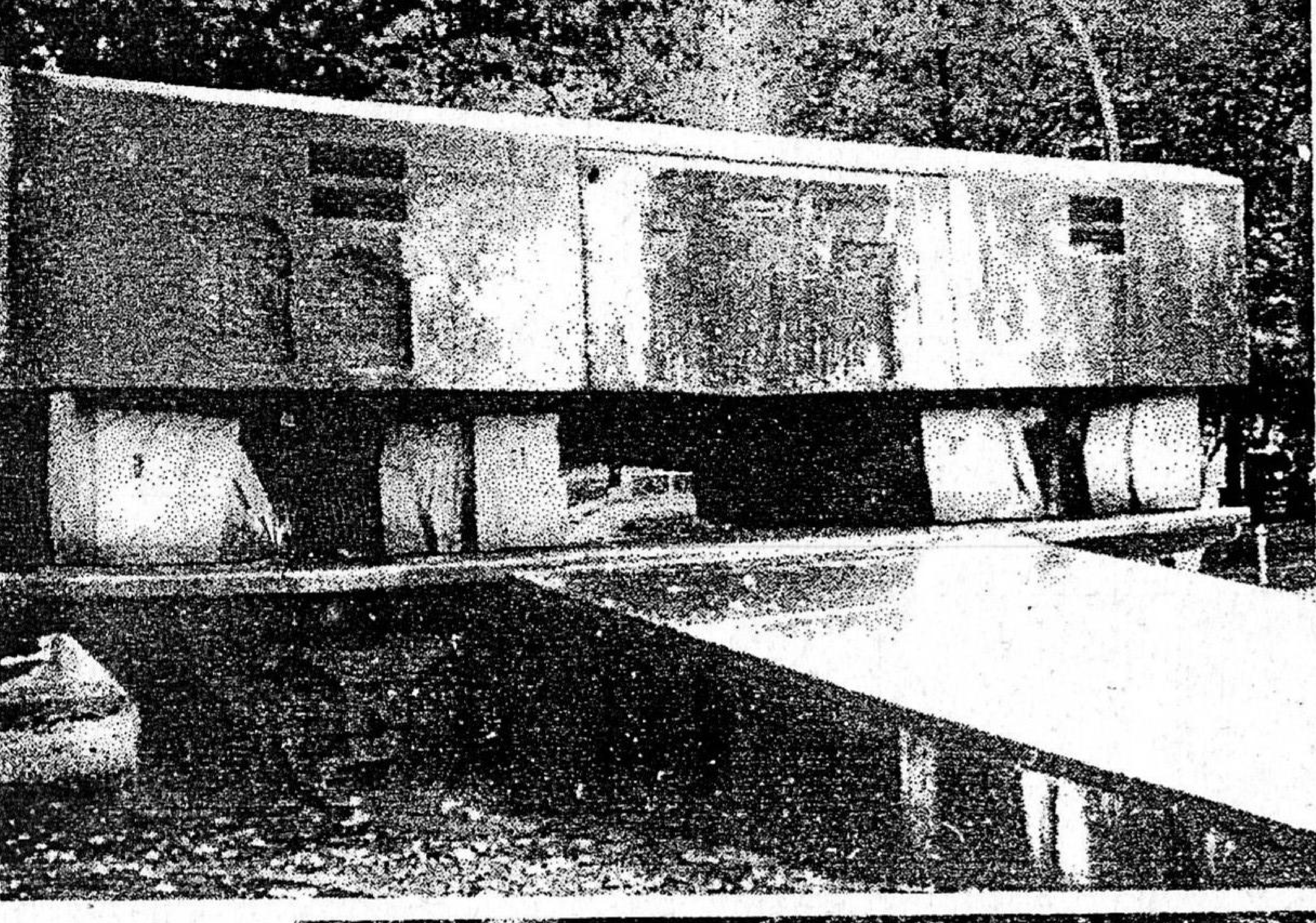


6. ANTIFA-DEMO-MOABIT

57. Jahrestag der Reichsprogromnacht

Do. 9.11.95 17 Uhr

Gedenkveranstaltung am Mahnmal Levetzowstraße anschließend Demo



Teilansicht des Mahnmals in der Levetzowstraße auf dem Platz der ehemaligen Synagoge



Abschiebeknast/ Kruppstraße

Solidarität mit Flüchtlingen und ImigrantInnen!

Abschiebungen verhindern! Bleiberecht für alle!

WIR VERGEBEN NICHT!

UnterstützerInnen:

AK Kassiber, BDA in Berlin e.v. / Pankow e.V / Hohenschönhausen/Weißensee / Treptow / Lichtenberg / Friedrichshain, VVN / VdA, Antifa Jugend Front, AGiB, PDS Wedding / Reinickendorf / Charlottenburg / Tiergarten, Grüne Antifa Tiergarten, Antifaschistische Initiative Moabit, Jusos in der SPD Tiergarten, AG gemeinsam gegen rechts, Sozialhilfe-Treff Tiergarten, Bündnis 90/Die Grünen (AL) Tiergarten, Asta TU, Bündnis 90, AL in Charlottenburg